

Die Politische Meinung

PoM 25/V, 12 €

Nr. 593, 70. Jahrgang

ISSN 0032-3446

politische-meinung.de



Friede und Streit

Wie gelingt
Verständigung?

Sankt Nikolaus mal anders. Ausgerechnet der gütigste aller Heiligen soll handgreiflich geworden sein? Beim ersten Konzil der Christenheit – vor 1.700 Jahren in Nicäa – verlor der Bischof von Myra die Beherrschung. Vor den Würdenträgern der damaligen Welt verpasste er einem anderen Kleriker eine Ohrfeige, so die Legende.

Diese Episode fügt sich nicht in das heutige Bild von „Santa“ und wirft ein Licht auf die idealisierten Vorstellungen von Frieden, wie sie insbesondere in der Weihnachtszeit gepflegt werden. So verständlich die Sehnsucht nach Frieden und Harmonie sein mag, so selten hält sie der Realität stand. Wer jemals versucht hat, zu festlichen Anlässen in familiären Kontexten Spannungen zu vermeiden, weiß um die Vergeblichkeit solcher Bemühungen.

Friede auf Erden ist kein Zustand ohne Streit. Er setzt Auseinandersetzung voraus, begrenzt sie – und bewältigt sie im besten Fall. Dieses paradoxe Zusammenspiel von Friede und Streit wird nirgendwo deutlicher als im demokratischen Diskurs: Er lebt vom Streit, darf dabei aber weder den Frieden noch das Ziel, dessentwegen er geführt wird, aus den Augen verlieren.

Wenn Regierungspartner, wie einst in der Ampelkoalition, in der öffentlichen Wahrnehmung mehr streiten als entscheiden, verliert der Streit seine produktive Funktion. Umgekehrt ist die Umgehung von Konfliktebenen („Kettensäge“) kein Beitrag zum Frieden, sondern Ausdruck von Machtkonzentration. Besonders problematisch wird es, wenn Streit ideologisch überhöht oder religiös aufgeladen wird. Dann gibt es Frieden nur zu den eigenen Bedingungen. Absolut und dennoch verloren ist der monolithische Friede in der Diktatur, die jeglichen Streit unterdrückt.

Die hiesige Polarisierungsdebatte zeigt, dass das Verhältnis zwischen Friede und Streit gestört ist. Diese Ausgabe widmet sich daher der Frage, wie die Balance wiederhergestellt werden kann. Das Ziel ist nicht Pazifizierung, sondern eine konstruktive Auseinandersetzung in Friede und Streit.

Die Politische Meinung verortet sich in der Tradition Konrad Adenauers, dessen 150. Geburtstag bevorsteht. Adenauer hat politische Auseinandersetzungen nie gescheut – etwa bei der umstrittenen Westbindung und Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Es war eine Entscheidung, mit der andere erst weit später ihren Frieden gefunden haben und die sie hoffentlich weiter mit vertreten.

Übrigens: Das Konzil ließ Nikolaus die Ohrfeige nicht durchgehen. Er wurde seines Amtes enthoben und ins Gefängnis gesteckt. Erst ein Marienwunder verhalf ihm zur Rehabilitierung. Auch das zeigt: Frieden braucht Streit, aber auch Grenzen.

Ihr Bernd Löhmann



Nikolaus von Myra ohrfeigt Arius auf dem Konzil von Nicäa. Detail einer spätmittelalterlichen griechisch-orthodoxen Ikone, Foto: © Erazo Collection / Alamy

1 Editorial

Thema:
Friede und Streit –
wie gelingt Verständigung?

18 Zwischen Konflikt und Konsens

Norbert Lammert
Respektvoller Umgang im politischen Streit

22 Mit Engelsstimmen

Alexander Deeg
Die Weihnachtsbotschaft in Zeiten der
vermeintlichen Macht der Stärkeren

33 Welchen Streit braucht die Demokratie?

Christian Bermes
Über Profidemokraten und Amateur-
demokraten

42 Integration durch Konflikt

Jens Hacke
Intellektuelle Streitkultur in der (alten)
Bundesrepublik

48 Anders gespalten

Thomas Petersen
Die These der gesellschaftlichen Polarisierung
in Umfragen

67 Restbestände einer bürgerlichen Tugendlehre

Astrid Séville
Die Beschwörung liberaldemokratischer
Streitkompetenz

73 Interview: „Sisyphos war ein glücklicher Mensch“

Thorsten Frei über Streit und Staatseffizienz
in Demokratien

78 Die neue Härte

Ralf Konersmann
Wie die Beschwörungen der Gemeinschaft
die Sprache verändern

88 Vergeltung oder Versöhnung

Vera King, Konrad Kuhn
Rachegefühle und ihre Verwandlung am
Beispiel von Puccinis „Turandot“

96 Der Umschwung zum Autoritären

Christopher Beckmann
Historische Erfahrungen über die Verab-
solutierung des gesellschaftlichen Friedens

102 Die humane Möglichkeit des Gesprächs

Carsten Dutt
Gadammers dialogische Hermeneutik heute

107 Unbestreitbar?

Richard Ottinger
Zur Subjektivierung von Gewissens-
entscheidungen in deutschen Parlamenten

112 Der streitbare Weg zum Frieden

Kaltërina Latifi
Konsens und Disput als literarisches Thema

Vom Streit zum Kampf
und umgekehrt

54 Neue Klassenkämpfe?

Ursula Weidenfeld
Aktuelle Auseinandersetzungen über
die Wohlstandsverteilung

58 Freie Rede und Regelwerk

Julia Klöckner
Wege zu einem lebendigen demokratischen
Diskurs

118 Wenn Ideen kippen

Felix Neumann
Über die Abwehr von Extremismus

Kommentiert

63 Pluralismus oder Kleinkrieg?

Simon Strauß
Über Streitlust und Streitmüdigkeit in
Deutschland

Impulse

84 „Kampf gegen rechts“

Kristina Schröder
Zur Aufkündigung des antitotalitären
Grundkonsenses

Erinnert

29 Die Fähigkeit, „wir“ zu sagen

Frank-Walter Steinmeier
Zum 150. Geburtstag von Konrad Adenauer

Gelesen

122 Zölle, Handelskonflikte, Wirtschaftskriege

Victor Mauer
Werner Plumpe analysiert, was sie für die
Weltordnung und Weltwirtschaft bedeuten

126 Aus der Stiftung

PoM fürs Ohr
Artikel unserer
Zeitschrift gibt
es auch als
Hörfassung.



www.articly.de/die-politische-meinung

Friede und Streit

Wie gelingt Verständigung?

Geste und Gegengeste
Handzeichen der Verständigung
und Verständnislosigkeit



Fotos: @ Stan Hema, Berlin / Alexander Govoni

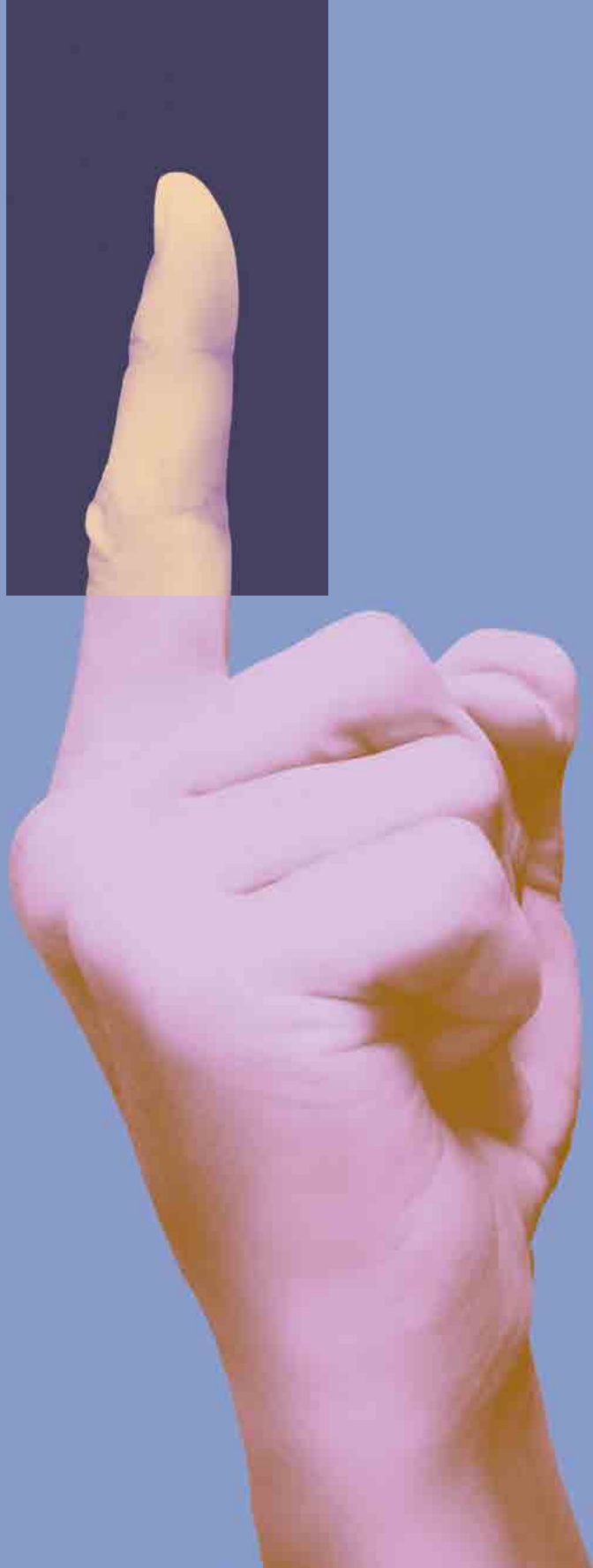
Gesten sind vermutlich älter als Worte. In Momenten überforderter Kommunikation – wenn zu viele Worte im Umlauf sind und dennoch fehlen – wächst ihre Bedeutung. Unser Zeitalter, das sich der Digitalität verschreibt (*digitus* = Finger), sucht offenbar nach verdichteten, intuitiven Formen der Verständigung.

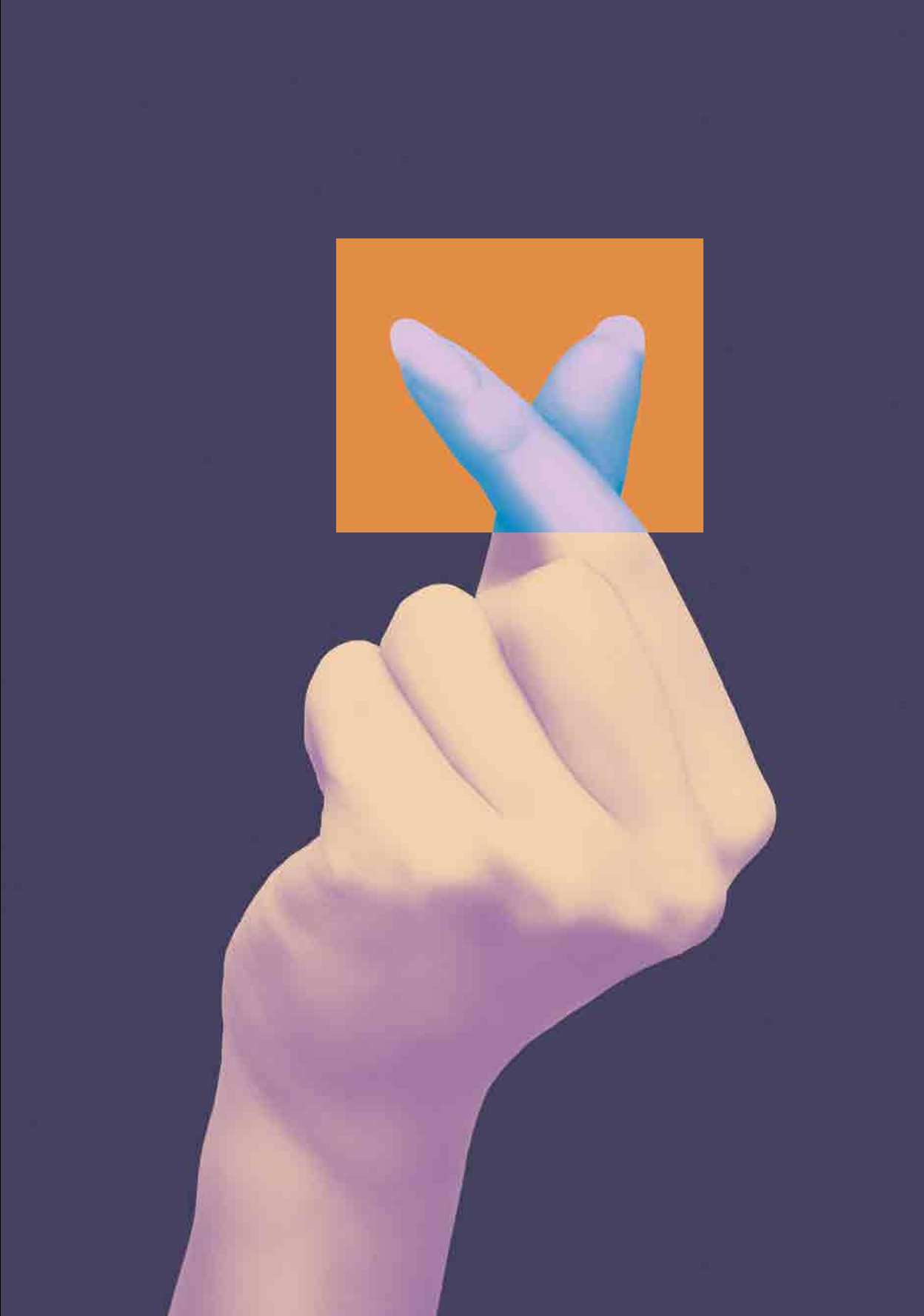
Die Hand ist eines der ausdrucksstärksten Werkzeuge menschlicher Kommunikation: Sie zeigt, warnt, segnet, droht, bittet, schützt. Kulturgeschichtlich gilt sie als physisches Gegenstück des Geistes, ihre anatomische Schönheit als Zeichen göttlichen Wirkens. Die berühmte Geste der zwei ausgestreckten Finger steht für Schöpfung und Segen. Doch dieselbe Hand kann auch verletzen und beleidigen.

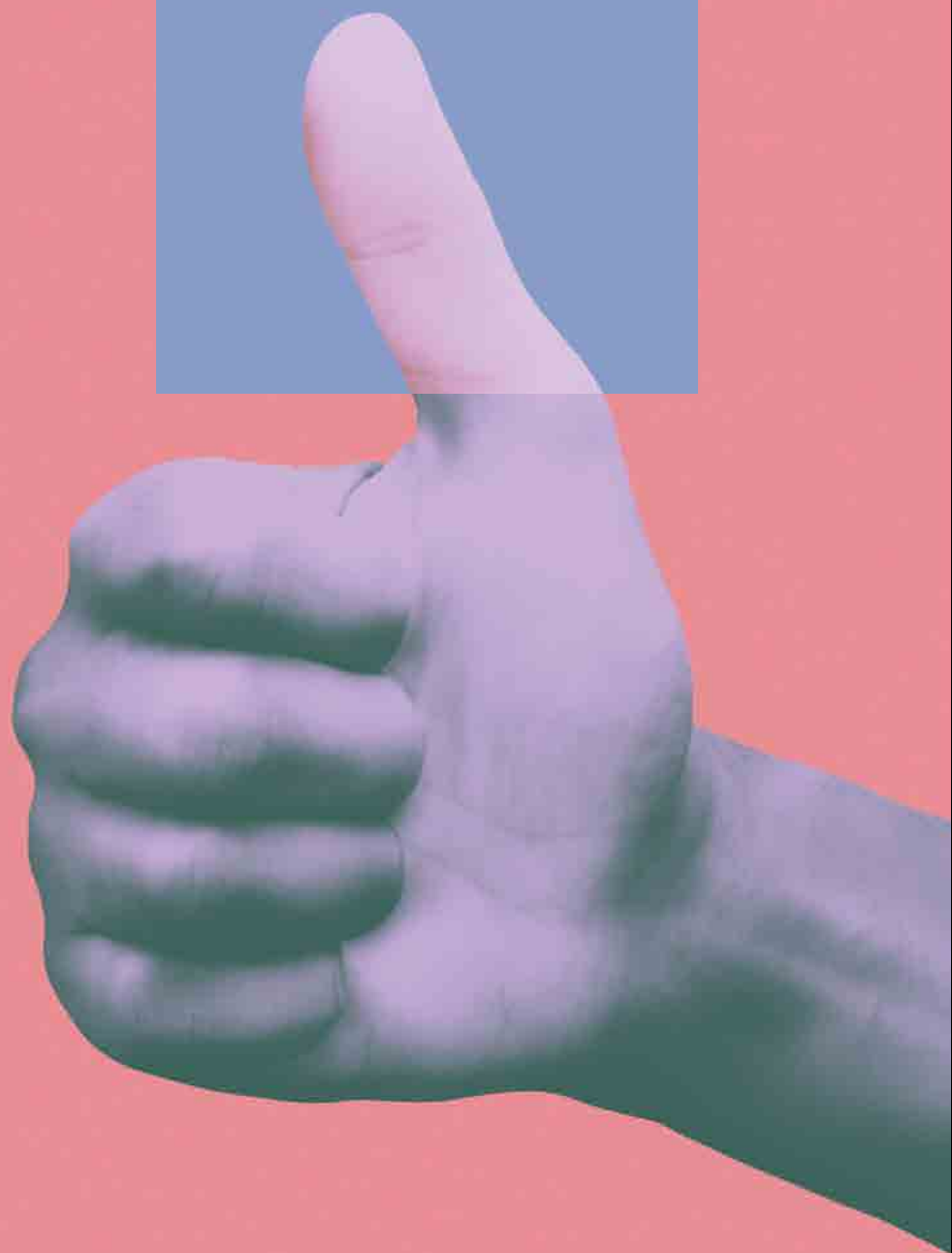
Viele Beleidigungsgesten sind älter als Zeichen der Demut: Schon die Griechen kannten den ausgestreckten Mittelfinger, die Römer nannten ihn *digitus impudicus* – den schamlosen Finger.

Diese Bildserie zeigt kontrastierende Handgesten: Die eine steht für Entgegenkommen oder Zustimmung, die andere für Angriff und Protest.

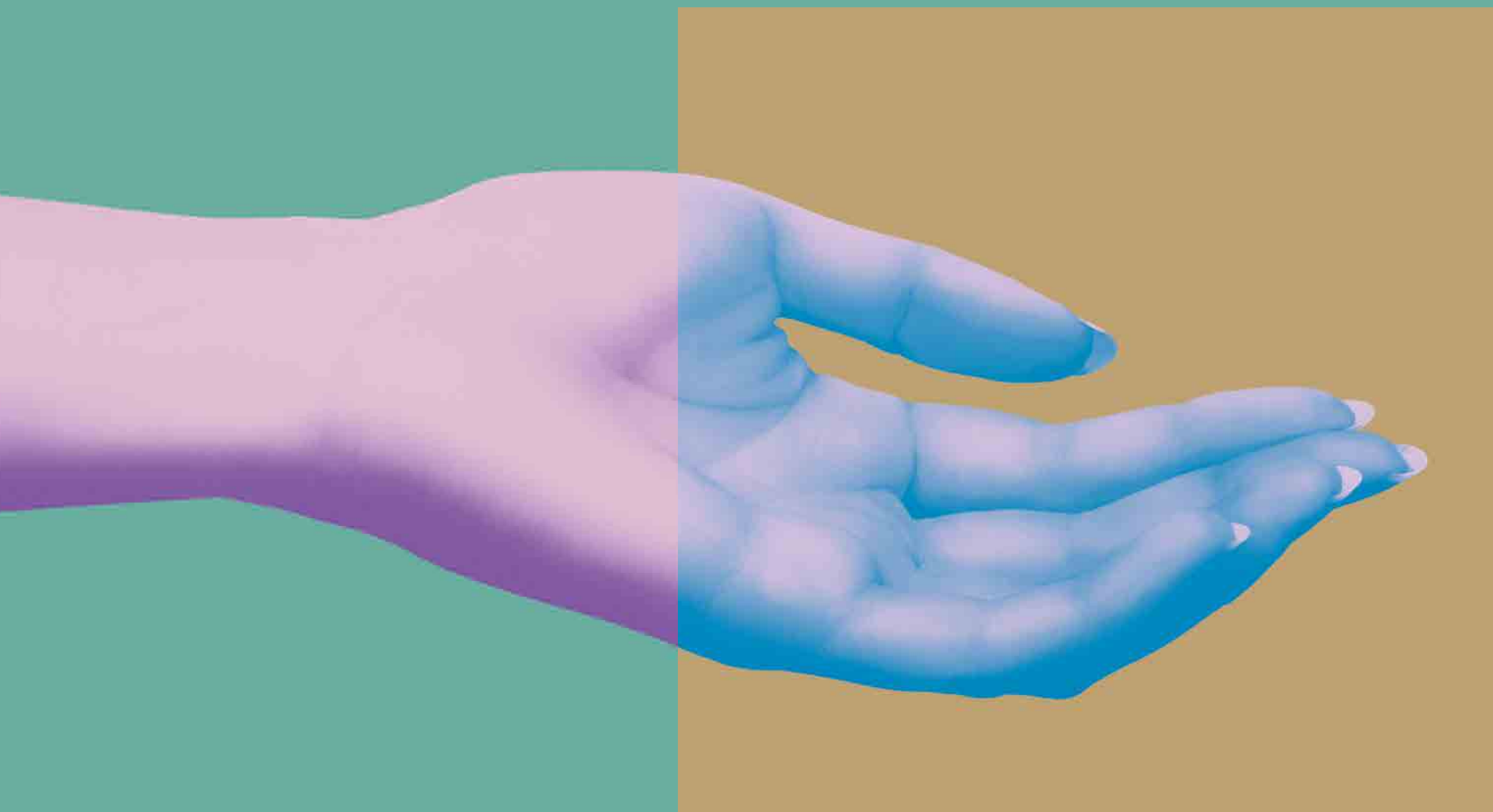












Zwischen Konflikt und Konsens

Norbert Lammert
Geboren 1948 in Bochum, Sozialwissenschaftler, 1998 bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 2005 bis 2017 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2018 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Respektvoller Umgang im politischen Streit

„Keiner ist im Besitze der alleinigen Wahrheit. Nur durch Rede und Gegenrede und durch gegenseitigen Austausch kann man hoffen, doch der Wahrheit möglichst nahe zu kommen.“¹ Diese Einsicht Konrad Adenauers ist aktueller denn je. Eine vitale Demokratie braucht Streit und Diskurs zum Atmen.

Unsere freiheitlich-pluralistische Gesellschaft erlaubt und braucht Auseinandersetzungen im besten Sinne des Wortes. Sie sind nicht nur nicht vermeidbar, sondern unverzichtbar im Ringen um die beste Lösung. Streit muss sein.

Ein wesentliches Merkmal der Demokratie ist, dass es gerade *keine* „volonté générale“ gibt, auf die sich Diktaturen gern berufen, keinen allgemeinen Willen oder Gemeinwillen, sondern dass sich das, was

1 Konrad Adenauer in Köln auf einer Veranstaltung der CDU am 11.08.1946, st. N., S. 1, ACDP S. Ad.

2 Martina Kix / Sophia Schirmer: „Es knallt dauernd, weil das auch unterhaltsam ist“. Interview mit Nils C. Kumkar, in: Der Spiegel, 14.08.2025, S. 36-38.

3 Benedict Neff: „Der Ungeist der Cancel-Culture“, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 224, 27.09.2025.

eine Gesellschaft will, erst aus der Debatte ergibt. Hartnäckig hält sich in dem Zusammenhang auch das Missverständnis, Demokratie sei ein Verfahren zur Verhinderung von Streit. Das genaue Gegenteil ist richtig: Die Demokratie ist das – bislang jedenfalls – bestmögliche Verfahren zum zivilisierten Austragen unterschiedlicher Auffassungen, Meinungen und Interessen und zur Herbeiführung eines Ergebnisses, das für alle verbindlich ist. Das ist der Gegenstand von Demokratie. In einem *Spiegel*-Interview hat der Soziologe Nils C. Kumkar formuliert: „Moderne Politik operiert über Konflikt. [...] Polarisierung ist im politischen System angelegt. Sie erfüllt wichtige Funktionen, ordnet, spitzt zu, macht Alternativen sichtbar. Und integriert Menschen in den politischen Prozess, nach dem Motto: In diesem Konflikt geht es um was, es ist wichtig, dass du jetzt mitmachst, dass du dich einbringst, dass du wählen gehst.“²

Integration des Unvereinbaren

Dabei ist ein Mehrheitsentscheid im demokratischen Rechtsstaat keineswegs Nachweis der Richtigkeit oder Wahrheit der jeweiligen Meinung. Denn wäre die Richtigkeit offenkundig oder nachweisbar gewesen, hätte keine Abstimmung stattfinden müssen. Es handelt sich vielmehr um notwendige Entscheidungen unter legitimen Alternativen, über die durch Mehrheit entschieden wird und die dadurch rechtliche Verbindlichkeit erlangen, aber die eben nicht notwendigerweise richtig sind. Sie gelten, bis neue Mehrheiten anderes beschließen. Ohne diesen Konsens kann eine freiheitliche Gesellschaft ihre Konflikte nicht bewältigen.

Insoweit ermöglicht Politik die Integration des Unvereinbaren in einer Gesellschaft – allerdings unter der Bedingung der unverrückbaren Geltung von Regeln, nicht von Wahrheiten. Wir haben unsere jeweiligen Meinungen und Überzeugungen, aber wir wissen nicht, was wahr ist – und gerade *weil* wir die Wahrheitsfrage nicht beantworten können, ist Politik nötig und Demokratie möglich.

Weil wir begriffen haben, dass niemand über absolute Wahrheiten verfügt, haben wir uns auf demokratische Verfahrensregeln verständigt. Jeder muss die Möglichkeit haben, das zu vertreten, was ihm wichtig und richtig erscheint. Zugleich darf aber niemand für seine Überzeugungen und Meinungen einen Absolutheitsanspruch erheben. Die *Neue Zürcher Zeitung* schrieb kürzlich: „Die demokratische Souveränität kommt letztlich nicht in der freien Meinungsäußerung zum Ausdruck, sondern in der Duldung und Anerkennung von anderen Meinungen. Umso mehr, wenn sie der eigenen diametral entgegenstehen.“³

Genau das droht seit geraumer Zeit immer weniger zu gelten; die Einsicht und Bereitschaft, dass die für die friedliche Austragung von Streitigkeiten ausgehandelten Regeln über den Zielen stehen, erodieren

zunehmend auch und ausgerechnet in der westlichen Welt. Immer häufiger werden die Regeln den Eigeninteressen unterworfen. International erleben wir die Aufkündigung der von den westlichen Demokratien propagierten und vermeintlich allgemein akzeptierten regelbasierten Weltordnung ausgerechnet durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten: Er lässt sowohl bei seinen innenpolitischen Maßnahmen als auch bei außenpolitischen Ankündigungen keine Zweifel daran aufkommen, seine Vorstellungen von einem „neuen goldenen Zeitalter Amerikas“ weder von geschriebenen Verfassungsregeln noch von internationalen Vertragsverpflichtungen abhängig zu machen und stattdessen auf „deals“ gestützte, jeweils bilaterale Vereinbarungen zu treffen – mit immer kürzeren Halbwertszeiten. Ein solcher, beinahe beliebiger Anspruch macht es schwierig, wenn nicht unmöglich, globale Herausforderungen, Krisen und Konflikte im gegenseitigen Einvernehmen zu bewältigen.

Was auf internationaler Ebene wie eine weitere, bei genauerem Nachdenken vielleicht sogar wie die eigentliche Zeitenwende anmutet, ist auch bei vielen Debatten und Auseinandersetzungen im eigenen Land zu beobachten. Viele Diskussionen über strittige Fragen und streitbare Themen werden mit fundamentalistischem Eifer geführt, verbunden mit Verzerrungen und falschen Vorwürfen, Beleidigungen und Anfeindungen.

Die Versuchung durch soziale Medien

Nicht zu übersehen ist, dass durch die zunehmende Verdrängung konventioneller, klassischer Medien durch die elektronischen Medien mit ihren Kommunikationsplattformen mit ungleich höheren Nutzerzahlen die Versuchung noch größer und beinahe unvermeidlich geworden ist, komplexe Vorgänge zu vereinfachen, zuzuspitzen, zu dramatisieren, nicht selten auch zu skandalisieren. Offenkundig ist die Verlockung übermächtig geworden, sich durch Polemik und Übertreibungen jene Aufmerksamkeit zu erkaufen, die eine differenzierte Stellungnahme in der Regel nicht mehr erfährt. Denn etwas schlicht Vernünftiges zu sagen, ist beinahe eine Garantie dafür, nicht wahrgenommen zu werden.

Diese Entwicklung beschädigt und gefährdet die Demokratie, die auf eine aufgeklärte Streit- und Debattenkultur angewiesen ist. Gerade in den sogenannten sozialen Medien ist das früher Unsägliche längst sagbar geworden. Das Internet ist sicher nicht die Ursache von wahrgenommenen oder eingebildeten Verrohungstendenzen in unserer Gesellschaft, aber mit Abstand deren wichtigster Katalysator.

Inzwischen bleibt es nicht mehr nur bei Beleidigungen und Beschimpfungen im digitalen Raum: Laut einer Befragung von 2024 unter Politikern auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene⁴ haben

4 Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.: Aggressionen und Gewalt gegen Politiker*innen. Erste Ergebnisse einer deutschlandweiten Befragung, KFN-Forschungsprojekt 2023-2026, 27.05.2025, <https://kfn.de/wp-content/uploads/2025/05/Factsheet-erste-Ergebnisse-der-Dunkelfeld-befragung.pdf> [letzter Zugriff: 07.10.2025].

5 dbb beamtenbund und tarifunion: dbb Bürgerbefragung „Öffentlicher Dienst 2025 – Gewalt gegen öffentlich Beschäftigte“ (Sonderteil), S. 8, www.dbb.de/artikel/einfacher-schneller-digitaler-das-erwarten-die-deutschen-vom-staat.html sowie www.dbb.de/fileadmin/user_upload/globale_elemente/pdfs/2025/250903_forsa_Gewalt_gegen_oeffentlich_beschaeftigte.pdf [letzter Zugriff: 07.10.2025].

6 Ahmad Mansour: „Das Debattenverbot in Deutschland“, in: Die Welt, 14.08.2025.

46 Prozent – fast jeder Zweite – in den letzten sechs Monaten Aggressions- oder Gewalterfahrungen gemacht. Bei dreizehn Prozent davon war auch das private Umfeld betroffen. Von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst – so eine weitere aktuelle Studie⁵ – wurde jeder Zweite während seiner Tätigkeit schon einmal behindert, beschimpft oder sogar tötlich angegriffen.

Viele der rhetorischen Eskalationen, die wir seit geraumer Zeit erleben, folgen einer fatalen Eigendynamik, bei der am Ende nur noch die schrillsten Rufe öffentlich wahrgenommen werden. Wahr ist leider auch, dass zu dieser Spirale verbaler Entgleisungen und Beschimpfungen nicht nur Populisten kräftig beitragen, sondern auch manche ihrer übereifrigen Gegner.

Balance von Konflikt und Konsens

Die Antwort auf die spürbaren Veränderungen in unserer Streitkultur kann und darf nicht lauten, Debatten und Diskussionen künftig aus dem Weg zu gehen – im Gegenteil. Ahmad Mansour hat es auf den Punkt gebracht: „In einer Zeit sozialer Medien, wachsender Polarisierung und gesellschaftlicher Radikalisierung darf die Antwort von Demokratinnen und Demokraten nicht darin bestehen, Debatten zu verbieten oder künstliche Harmonie zu inszenieren. Die Antwort muss Debatte sein – echte, harte, manchmal unbequeme Debatte.“⁶

Als Gesellschaft im Ganzen muss es unser gemeinsames fundamentales Interesse sein, dass wir in freiheitlichen Diskursen zu Ergebnissen und Entscheidungen kommen, deren Akzeptanz auch darauf beruht, dass alle Beteiligten den Eindruck haben, dass der dazu notwendige Prozess nachvollziehbar und demokratisch verlaufen ist. Die Demokratie ist eine besonders anspruchsvolle politische Versuchsanordnung, die von dem kunstvollen Verhältnis von Konflikt und Konsens lebt und mit dieser Balance steht und fällt. Eine freiheitliche Gesellschaft wird nie eine konfliktfreie Gesellschaft sein können. Umgekehrt ist das Vorhandensein von Konflikten geradezu das Indiz für die prinzipiellen Freiheitsräume einer Gesellschaft, jedenfalls wenn diese Konflikte nicht nur schlicht stattfinden, sondern auch akzeptiert werden.

Für die politische Kultur und die Stabilität der parlamentarischen Demokratie in unserem Land sind wir alle gemeinsam verantwortlich. Wähler wie Gewählte stehen gleichermaßen in der Pflicht, wollen wir sie nicht fahrlässig den Vereinfachern, Demagogen und Gegnern der Demokratie überlassen.

Mit Engelsstimmen

Alexander Deeg

Geboren 1972 in Rehau (Oberfranken), Professor für Praktische Theologie und Dekan der Theologischen Fakultät, Universität Leipzig, Leiter des Liturgiewissenschaftlichen Instituts der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD).

Die Weihnachtsbotschaft in Zeiten der vermeintlichen Macht der Stärkeren

Wenn am Heiligen Abend die Kirchen voll sind, sehnen sich viele Menschen danach, dass der „Friede auf Erden“, von dem die Engel auf dem Feld über Bethlehem singen (Lk 2,14), auch bei ihnen real wird – sei es nur in den hoffentlich stress- und streitfreien familiären weihnachtlichen Tagen, auf denen hohe Erwartungen und ebenso hohe Enttäuschungsrisiken liegen; aber ganz sicher auch in dieser Welt der Kriege und Krisen und der brutalen Macht der Stärkeren. Diese Sehnsucht ist berechtig-

ter, als es manche Gottesdienste, manche Stille-Nacht-Romantik des 19. Jahrhunderts mit „holdem Knaben im lockigen Haar“ und ihre gegenwärtigen Transformationen in idyllische oder heiter-besinnliche Weihnachtsmotive vermuten lassen. Lukas, der Evangelist, dem wir die

Weihnachtsgeschichte verdanken, erzählt von einer politischen Revolution, die mit der Geburt des Kindes am Rand von Bethlehem verbunden ist – und die ganz unmittelbar auch ins Jahr 2025 spricht.

So sehr die Sehnsucht nach weihnachtlichem Rückzug aus der Welt nur allzu verständlich ist: Die biblische Weihnachtsgeschichte berichtet vom Gegenteil, von Gottes Einmischung in diese Welt. Biblisch ist Weihnachten ein ebenso religiöses wie politisches Fest. Ich meine, es könnte sich lohnen, dieser Spur zu folgen und die biblische Weihnachtserzählung bewusst hineinzulesen in die politisch-gesellschaftlichen Dynamiken unserer Tage – gerade *weil* Sentimentalität und Innerlichkeit, allzu viel gutes Essen und allzu viel Konsum die Revolution des Himmels, von der Weihnachten erzählt, zu ersticken drohen.

Der Engel müsste schon laut schreien, um mit seiner unterbrechend-hoffnungsvollen Botschaft inmitten von Kitsch und Konsum heute noch gehört zu werden. (Und wenigstens in Klammern sei es gesagt: Ja, ich bin mir der Einseitigkeit des bisher Formulierten durchaus bewusst; und auch ich feiere gern Weihnachten, freue mich auf Familie, Essen und Geschenke – und schreibe diese Zeilen daher auch, um mich selbst zu erinnern!)

„Pax Augusta“ – Frieden durch militärische Macht

Die lukanische Weihnachtsgeschichte beginnt mit einer Notiz, die wenig beachtet wird: Das Geschehen wird durch ein Gebot von Kaiser Augustus in Gang gesetzt, „dass alle Welt geschätzt würde“ (Lk 2,1). Augustus (63 v. bis 14 n. Chr.), der als Gaius Octavius geboren wurde und erst 27 v. Chr. vom Senat den Ehrentitel ‚Augustus‘ erhalten hatte, war es gelungen, das von blutigen Bürgerkriegen über Jahrzehnte geplagte Römische Reich zu stabilisieren. Eine Ära des Friedens brach aus, die auch ‚Pax Augusta‘ genannt wurde; symbolisch wurde in Rom ein Friedensaltar ‚Ara Pacis Augustae‘ errichtet (13 bis 9 v. Chr.). Allerdings ist das nur die eine Seite der Medaille; die andere ist die immense Machtkonzentration bei Augustus und die Zentralisierung des Reiches. Unter dem Vorwand, die Republik wiederherstellen zu wollen, verwandelte er das Römische Reich in eine autoritäre Monarchie und setzte den ‚Frieden‘ mit militärischer Macht durch.

Dass ein Gebot zur allgemeinen „Schätzung“ ausging, zur Volkszählung, war ein durchaus bekanntes Machtinstrument der römischen Besatzer. Die Menschen mussten sich in ihrer Heimatstadt in Listen eintragen, die für die Steuererhebung, aber auch für die Rekrutierung zum Wehrdienst genutzt wurden. Übrigens ist ein solcher Zensus unter dem in der Bibel erwähnten Statthalter Quirinius tatsächlich historisch belegt,



Olivenzweige, Symbole des Friedens, verbinden die irdische und himmlische Sphäre. Im Zentrum: die Anbetung Christi. Oben: Ein Engelsreigen öffnet den Himmel. Unten: Engel und Menschen umarmen sich.

Die griechische Inschrift am oberen Bildrand lautet auszugsweise: „Dieses Bild malte ich, Alessandro, am Ende des Jahres 1500, in den Wirren Italiens ...“ Sandro Botticelli, „Mystische Geburt“, Öl auf Leinwand, 108,6 × 74,9 cm, National Gallery, London. Quelle: Public domain, via Wikimedia Commons.

allerdings für das Jahr 6/7 n. Chr. Wie sich dies zu den weiteren Datierungen der Evangelien verhält und was es für die Zeit der Geburt Jesu bedeutet, beschäftigt die Wissenschaft seit Jahrzehnten – spielt aber für diese Überlegungen zur Politik der Weihnacht keine Rolle.

Die Weihnachtsgeschichte nach Lukas wird in Gang gebracht durch eine Demonstration politischer Macht, durch die Ausübung eines bekannten Disziplinierungs- und Unterdrückungsinstruments. Sie erinnert die Leserinnen und Leser des gegen Ende des ersten Jahrhunderts verfassten Evangeliums, die immer noch unter dem ‚römischen Frieden‘ und wahrscheinlich unter Kaiser Domitian lebten, an die Schattenseiten der ‚Pax Augusta‘ – und überrascht nun von Vers zu Vers. Denn nicht eine der bedeutenden Städte, nicht Caesarea, die Stadt der politischen Macht, oder Jerusalem, die religiöse Zentrale, wird zum Ort der Geburt des „Heilands“, sondern Bethlehem, ein Städtchen am Rande, das politisch keinerlei Bedeutung hatte, mit dem sich jedoch die Erinnerung an König David verbindet und die messianische Hoffnung, es möge dereinst wieder einer wie David kommen. Der Retter wird auch nicht von bedeutenden Menschen geboren, sondern kommt in einer augenscheinlich eher mittellosen Familie zur Welt; es gibt keinen Raum in der Herberge, so dass sich die Geburt in einem Stall ereignet. Schritt für Schritt erzählt Lukas eine Gegengeschichte gegen den Glanz der römischen Herrschaft und gegen die dominierenden ökonomischen und realpolitischen Logiken – damals und durch die Zeiten.

Himmlische Revolution

Dann öffnet sich der Himmel – und ein Engel verkündet die frohe Botschaft von der Geburt des „Heilands“. Im griechischen Original steht dafür *soter* – ein Wort, das in den östlichen Provinzen des Römischen Reichs auch für die römischen Kaiser verwendet wurde. Überhaupt begegnet im Osten ein gesteigerter Kult der Kaiserverehrung. In der Stadt Priene etwa, in der heutigen Westtürkei, wurde eine Inschrift gefunden, auf der es heißt: „Die Geburt des Gottes [gemeint ist Augustus] war für die Welt der Beginn der guten Botschaft [wörtlich: des Evangeliums].“ Es ist alles andere als Zufall, dass der Engel im Himmel nun das Baby im Stall, „in Windeln gewickelt“ (Lk 2,12), als „Retter“ bezeichnet. Lukas schildert inmitten irdischer Machtkonstellationen eine himmlische Revolution.

Daher fangen die himmlischen Heerscharen an zu jubeln: „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden bei den Menschen seines Wohlgefallens“ (Lk 2,14). Der „Friede“ verbindet sich mit der Ehre Gottes: Wo Gott allein geehrt wird (und nicht ein Mensch auf dem Thron in Rom sich als Gott verehren und sich Altäre des Friedens bauen lässt),

wird Friede. Und wo Gott in der radikalen Hilflosigkeit eines Babys auf dieser Welt erscheint, werden die Machtansprüche der mächtigen Männer ebenso leise wie wirkungsvoll infrage gestellt.

Die Weihnachtsgeschichte nach Lukas liest sich wie die Inszenierung dessen, was Maria in ihrem Lobgesang bereits gesagt hatte. Nachdem der Engel ihr die Geburt des kommenden Königs verkündet hatte, sang sie: „Er [Gott] stößt die Gewaltigen vom Thron und erhebt die Niedrigen“ (Lk 1,52). Weihnachten ist ein Fest der friedlichen Revolution. Es spricht vieles dafür, dass der Termin des Weihnachtsfestes im Westen des Römischen Reiches auch deshalb im vierten Jahrhundert auf den 25. Dezember festgelegt wurde, weil dies der Tag war, den Kaiser Aurelian 274 n. Chr. als Festtag des „Sol invictus“ bestimmt hatte. Die politisch-kritische Unterbrechung, die Weihnachten bedeutet, hat sich auch in die Datierung eingeschrieben.

Auf die Engel hören und wie die Engel reden

Es dürfte sich lohnen, die Geschichte des Lukas gegenwärtig nicht in Glühweindunst und Weihnachtsgansseligkeit, in Plätzchenduft und Besserungen aufgehen zu lassen, sondern neu auf die Stimmen der Engel zu hören. Freilich: Das Kind in der Krippe vermochte nicht, den ‚Friedensgott‘ Augustus, den Autokraten in Rom, zu stürzen: Augustus blieb bis zu seinem (natürlichen!) Tod an der Macht, und das Römische Reich behielt über Jahrhunderte die Herrschaft auch im heutigen Israel/Palästina. Aber die Botschaft der Engel von Bethlehem wird bis in die Gegenwart weitergetragen und auch an diesem Weihnachten von rund 2,6 Milliarden Christinnen und Christen gehört; demgegenüber ist der Friedensaltar in Rom längst zerstört, und die Macht des Augustus taugt nur noch als Stoff in Schulbüchern. Die Worte der Engel verheißen Menschen, die unter den Potentaten und Autokraten dieser Welt leiden, dass diese Mächtigen doch nur „kleine Große“ sind, wie es Pfarrer Philipp Friedrich Hiller 1755 einmal zum Trost für die Christenmenschen seiner Tage gedichtet hat: „Trachten irdische Monarchen / dieses Herdlein anzuschnarchen, / o mein Hirte lacht dazu; / er lässt diese kleinen Großen / sich die Köpfe blutig stoßen / und den Schafen gibt er Ruh.“ Das wäre durchaus eine Perspektive weihnachtlicher Ruhe, die nichts mit einem selbstgenügsamen Rückzug aus der Welt zu tun hat, sondern mit einem hoffnungsfrohen Hören auf die Worte der Engel, die die Machtverhältnisse gegen allen Augenschein zurechtrücken – und Menschen somit das geben, was wir heute als Resilienz bezeichnen würden: Es muss ja nicht immer schlimmer werden! Die Großen spielen sich mächtig auf, ja, und viel zu viele leiden und sterben deshalb. Aber sie bleiben nicht auf ewig

mächtig. Kein Putin und kein Trump dieser Welt wird sich als bedeutender erweisen als das Baby von Bethlehem. Gerade deshalb ist es nicht vergeblich, wenn Menschen schon jetzt Wege gehen, die die Macht des Geldes und der Waffen unterlaufen.

Wenn wir so auf die Worte der Engel hören, stellt sich auch die Frage, ob wir nicht selbst mit Himmelsstimmen reden und von ihnen lernen könnten – inmitten aufgeheizter gesellschaftlicher Debatten und vielfältiger Kommunikationsabbrüche. Der Friede, den die Engel verkünden, ist ein Geschehen in Beziehung: Gott tritt verletzlich und dienend in die Geschichte ein. Der Friede in der Logik der Macht und Kontrolle und der Friede in der Logik der Liebe und der Beziehung stehen einander gegenüber. Und es stellt sich die Frage, ob auch wir so miteinander reden können, dass wir neu in Beziehung treten. Dass klar wird, dass wir den Menschen als Gegenüber akzeptieren, aber gerade deshalb nicht jede seiner Meinungen für richtig halten. Dass aber auch klar ist, dass auch wir die Wahrheit nicht einfach ‚haben‘ und uns nur überlegen müssten, wie wir diese mit Sprach- oder Medienmacht durchsetzen. Gott riskiert sich im Kind von Bethlehem – kann auch ich mich riskieren im Dialog? Und wird gerade so in all dem polaren Gegenüber neu ein ‚Wir‘ sichtbar, das uns verloren zu gehen droht?

Darum könnte es gehen: wahrhaftig reden und nicht verletzen; Frieden zusprechen, anstatt den Hass zu kultivieren; von Hoffnung reden und nicht die Eskalationsdynamik der Krisenrhetorik weiter anheizen – und als Theologe darf ich sagen: Gott groß machen und ihm die Ehre geben, nicht vor allem den eigenen Machtinteressen folgen. Der jüdische Dichter Jehuda Amichai (1924 bis 2000) hat einmal von dem „Ort, an dem wir recht haben“ gesprochen und das folgende Gedicht über ihn geschrieben:

„An dem Ort, an dem wir recht haben,
werden niemals Blumen wachsen
im Frühjahr.

Der Ort, an dem wir recht haben,
ist zertrampelt und hart
wie ein Hof.

Zweifel und Liebe aber
lockern die Welt auf
wie ein Maulwurf, wie ein Pflug.
Und ein Flüstern wird hörbar
an dem Ort, wo das Haus stand,
das zerstört wurde.“

Die Engel wollten nicht „recht haben“. Sie wiesen vielmehr weg von sich und auf das Kind hin. Von Maria erzählt der Evangelist Lukas, dass sie hört, was die Engel ihr berichten, und „alle diese Worte“ „behielt“ und sie „bewegte in ihrem Herzen“ (Lk 2,19). Ein letzter Blick auf das Griechische: „*sym-ballousa*“ steht da; Maria ‚symbolisierte‘ alle diese Worte. Wörtlich heißt das: Sie warf sie zusammen; sie brachte zusammen, was die Hirten von dem „Retter“ sagten und von dem „Frieden auf Erden“ und was sie nun gerade erlebt hatte: die Geburt ihres Kindes, das nun schlafend oder schreiend in der Krippe liegt. Ob das Sinn ergibt? Vielleicht noch nicht – aber sie lässt es nicht los, sondern hält daran fest – und kann so zum Vorbild werden auch für alle, die Weihnachten 2025 die viel zu großen Worte von der Entmachtung der Mächtigen und Gottes friedlicher Revolution hören, von der Pax Christi in Zeiten der vermeintlichen Pax Augusta.

Die Fähigkeit, „wir“ zu sagen

Frank-Walter Steinmeier

Geboren 1956 in Detmold, seit 2017 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Aus Anlass von 75 Jahren Bundesrepublik erschien 2024 sein Essay „Wir“ im Suhrkamp Verlag.

Zum 150. Geburtstag von Konrad Adenauer

Vor bald siebzig Jahren hielt in Andernach der erste Kanzler unserer Republik seine Rede aus Anlass der Vereidigung der ersten Soldaten der Bundeswehr. Als ich diesen Herbst meinen Amtssitz für drei Tage in die Stadt am Rhein verlegt habe – die siebzehnte meiner „Ortszeiten“ in ganz Deutschland –, war der Besuch am historischen Ort der Bundeswehrgründung Pflichtprogramm. Mit dem Faksimile jener Rede in der

Traditionsbaracke der Krahnenberg-Kaserne vor Augen wurde mir einmal mehr klar, wie bedeutend und wie aktuell das politische Erbe von Konrad Adenauer für unser Land gerade heute ist.

Mit Konrad Adenauers Kanzlerjahren verbinden wir nicht nur politische Klugheit und Durchsetzungsstärke, er prägte darüber hinaus die Ausgestaltung der bundesrepublikanischen Verfassungsordnung in einer Zeit, als das Grundgesetz jung war, noch unerprobt, und sich noch

keine Staatspraxis der Nachkriegsdemokratie etabliert hatte. Die Belastungen des Neuanfangs waren riesig, schier untragbar. Ein Land, das buchstäblich in Trümmern lag, eine Bevölkerung ohne politischen Kompass nach den Verheerungen des zurückschlagenden Krieges und nach der Katastrophe totalitärer Diktatur, die von außen niedergekämpft und besiegt werden musste, eine Nation, die ihren moralischen Kredit restlos verspielt zu haben schien, geradezu geächtet von den Opfern des Nationalsozialismus, den Überlebenden des Holocaust, von denen, die von deutscher Besatzung und Vernichtungskrieg heimgesucht worden waren. In diese Zeit hinein ragt die Orientierungskraft Adenauers als das unverzichtbare Momentum des beinahe unglaublichen Erfolgs der Bundesrepublik.

Adenauers Andernacher Rede ist so bemerkenswert, weil sie eine der strittigsten seiner Weichenstellungen dokumentiert, die Wiederbewaffnung, verbunden mit der Einbindung in das westliche Bündnis. Die Bundesrepublik ist über diese und andere große Streitfragen ihrer Gründungszeit nicht zerbrochen, sie ist daran gewachsen. Woran liegt das?

Das Ringen um die richtige Position

Demokratie braucht den Streit, sie braucht aber nicht minder eine politische Kultur, die sich im Ringen um die richtige Position bewusst bleibt, dass die freiheitliche Ordnung alle Bürgerinnen und Bürger verbindet. Auf unsere Fähigkeit, „wir“ zu sagen, wenn wir streiten, können wir nicht verzichten. Die Verlegung des bundespräsidentialen Amtssitzes aus Berlin in kleinere Städte unseres Landes dient einer Wiederbelebung demokratischer Streitkultur. In Andernach habe ich die sieben Jahrzehnte nach Adenauers Rede heute erneut hoch umstrittene Frage der Wehrpflicht und einer allgemeinen

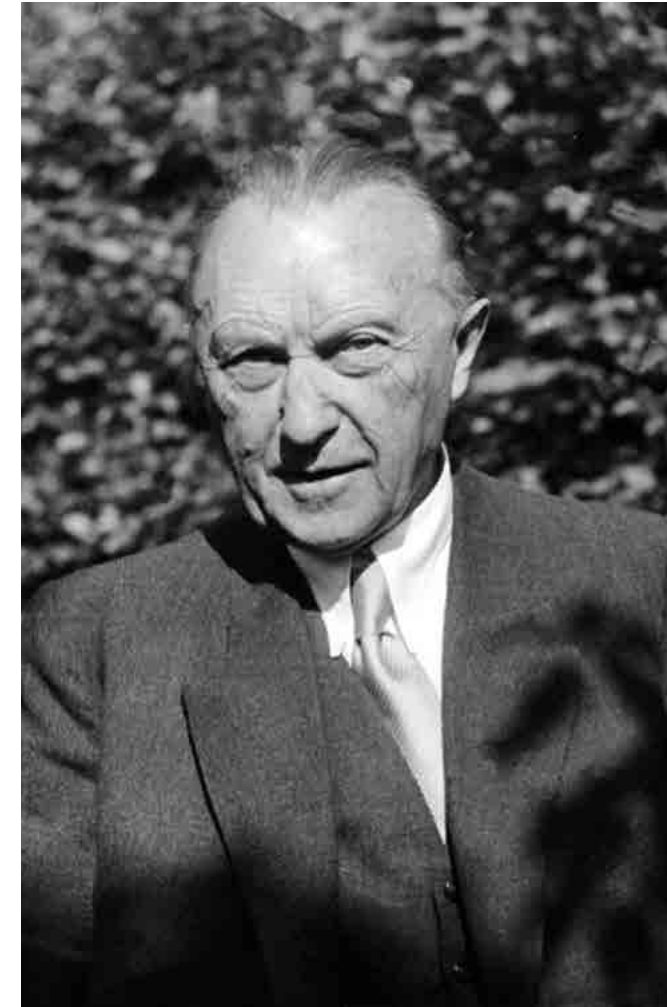
Pflichtzeit diskutiert. Dabei war eine Frau in Uniform ebenso wie eine Friedensaktivistin. Diskutiert haben sowohl politisch engagierte junge Leute, die keine Wehrpflicht mehr kennen, als auch ältere Jahrgänge, die noch selbstverständlich den Wehrdienst absolviert haben. Wenn wir in solchen Richtungsentscheidungen wie der Dienstpflicht unseren Weg suchen, spielen die politischen Brüche, Krisen und Bedrohungen unserer Zeit eine herausragende Rolle. Dennoch helfen uns Erfahrungen, die wir Deutschen nach 1945 gemacht haben. Die Erinnerung an Konrad Adenauer gehört dazu.

„Einziges Ziel der deutschen Wiederbewaffnung ist es, zur Erhaltung des Friedens beizutragen“, sagte er in Andernach im Januar 1956. Die Abwehrkraft der Verbündeten müsse ein zu großes Risiko für jeden Angreifer darstellen. „In einer solchen militärischen Stärke, die lediglich für unsere Verteidigung ausreicht, kann niemand eine Bedrohung erblicken.“ Adenauer, der kurz zuvor seinen achtzigsten Geburtstag begangen hatte, stand im Zenit seiner Kanzlerschaft, als er die Aufstellung westdeutscher Streitkräfte durchsetzte. Er bewies auch hier seine Führungsstärke angesichts harter Kritik, seine Unbeirrbarkeit, wo er ein Ziel vor Augen hatte. Doch nicht nur das muss uns interessieren. Ihn bewegte vor allem die Zäsur, die dieser Moment in der deutschen Geschichte herbeiführte. Es waren „neue“ Streitkräfte, nicht die alten in neuer Uniform, wie die Kritiker argwöhnten. Mit Adenauer endete die unselige Geschichte des deutschen Militarismus. Und obwohl ehemalige Wehrmachtsangehörige beim Aufbau der Bundeswehr mitwirkten, bleibt es eine Tatsache: Mit Adenauer beginnt die Tradition der Armee einer Demokratie, die sich, so sagte er es, gleichberechtigt im Bündnis „freier Völker“ weiß.

Adenauer hielt eine kurze und gewiss keine pathetische Rede. Es ist bekannt, wie sehr er den aufgeheizten Massenemotionen

Konrad Adenauer, geboren am 5. Januar 1876 in Köln, gestorben am 19. April 1967 in Rhöndorf, Bad Honnef.

Foto: © picture alliance / SZ Photo | Presse- und Informationsamt der Bundesregierung



misstraute, für wie propagandaanfällig er die Deutschen hielt. Zu viele hatten unter Hitler mitgeschrien, mitgetan, waren in vielfältiger Weise Komplizen und Zuträger des Regimes gewesen. Jedem neuen Nationalismus galt es die nüchterne Vernunft realistischer Politik entgegenzusetzen, für die als Lehre aus der deutschen Vergangenheit die Bundesrepublik fortan stehen sollte. Das bedeutete: Westbindung, NATO-Mitgliedschaft und europäische Integration anstelle von territorialem Revanchismus oder deutscher Einheit *ohne* Recht und Freiheit. Die Einheit erlebte Adenauer tatsäch-

lich nicht, aber seine Vorhersage, sie werde, wenn man standhaft im Bündnis der Demokratien bleibe, in Freiheit kommen, hat sich bewahrheitet.

Wachsamer Bewahrung der Freiheit

Je weniger selbstverständlich in unserer Zeit die politischen Errungenschaften der Ära Adenauer werden, desto mehr Gewicht hat die Erinnerung an ihn. Zu Recht, denke ich, denn je ernster die Bewährungsprobe der Bundesrepublik,

desto wichtiger Adenauers Beispiel. Manche Konstanten, von denen er sicher ausgehen konnte, wie das Wohlwollen und der Beistand der Vereinigten Staaten, sind heute gebrochen oder ungewiss. Deshalb sprechen wir vom politischen Westen inzwischen mit Fragezeichen. Doch die Gemeinschaft der freiheitlichen Demokratien, die Einheit und die Friedensordnung Europas, nicht zuletzt, Schritt für Schritt, die innere Befreiung der Deutschen von antidemokratischer Tradition nach 1949 und 1989 sind ein Erbe, das in unseren Händen liegt.

Adenauer war sicherlich ein illusionsloser Antikommunist, aber er hat auch zu den Rechtsextremisten eine unzweideutige Haltung eingenommen. Anpassungswillige unter den vormaligen Funktionären des Dritten Reiches wusste er zu integrieren, in manchen

Fällen zum bitteren Schmerz der Opfer des Nationalsozialismus. Die Unverbesserlichen aber fanden in ihm einen harten Gegner. Er hatte eine so klare historische Orientierung, dass er Verfassungsfeinden der extremen Rechten, die sich gegen die Bundesrepublik stellten, dem Neonationalismus und der Verherrlichung des NS-Regimes in Gestalt der „Sozialistischen Reichspartei“ erfolgreich den Kampf ansagte.

„Die wachsamen Bewahrung der Freiheit ist eine gemeinsame Aufgabe aller Staatsbürger“, mahnte Konrad Adenauer in seiner Andernacher Rede, die ich gerne wieder gelesen habe. Wenn wir in diesen Wochen an seinen 150. Geburtstag erinnern, kann uns dieser einfache Satz, der so großes Gewicht hat, die Richtung anzeigen.

Welchen Streit braucht die Demokratie?

Christian Bermes
Geboren 1968 in Trier,
Professor für Philosophie und Leiter des
Instituts für Philosophie, Rheinland-Pfälzische Technische
Universität (RPTU),
Landau.

Über Profidemokraten und Amateurdemokraten

Kriege bedrücken die Menschen, Frieden wird sehnlich an vielen Orten der Welt erwartet. Die Hoffnung auf Frieden ist unerschütterlich. Zum Glück. Die Ängste sind gleichwohl groß, sie belasten das Leben und stellen die bewährten Orientierungsmuster auf die Probe.

Die affektive Verwerfung des Politischen als gemeinsamer Handlungsraum, die sich selbst feiernde Grenzüberschreitung im Reden und Handeln, ein sich übertrumpfender, andere übertrumpfender Machtgestus und die Nichtanerkennung eines gesprächswilligen Gegenübers führen zu einer existenziellen Verunsicherung. Aufgeführt werden Schauspiele von Selbstermächtigung, die in unterschiedlichen Variationen auf verschiedenen Bühnen in Szene gesetzt werden.

„Soweit es euch möglich ist, haltet mit allen Menschen Frieden!“ Dieser Satz des Apostels Paulus (Römer 12,18) scheint seine Bedeutung verloren zu haben. Angesichts der aktuellen Umstände wirkt er wie eine Farce oder ein Witz. Er scheint aus der Zeit gefallen zu sein, der Charme des Antiquierten haftet ihm an. Doch das ist gerade die Pointe dieses Satzes. Der Hinweis ist zu allen Zeiten aus der Zeit gefallen, weil die Frage nach dem äußeren Frieden nicht von der Frage nach dem inneren Frieden getrennt werden kann. Wer im Frieden mit sich ist, kann auch Frieden halten.

Doch dieser Ausgleich wird auch in der westlichen Welt auf eine harte Probe gestellt. Unfrieden, Zwist und Zerwürfnisse werden diagnostiziert. Die Schlagworte sind bekannt. Man spricht von Spaltung, Fragmentierung, Blasenbildung und Polarisierung. Die Suche nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt ist zur Dauerbeschäftigung von Politik, Wissenschaft und Journalismus geworden. Zusammenhalt wird zur Pathosformel einer demokratischen Ordnung, die auf der Suche nach ihrer gesellschaftlichen Verfassung den Bürger fast vergessen hat. Bürgerliches Handeln aber hält mehr zusammen, als jede theoretische Vergewisserung eines Zusammenhalts es je leisten kann.

Zusammenhalt lässt sich nicht pädagogisch arrangieren

Vor einigen Jahren ist zum gesellschaftlichen Zusammenhalt ein mit einem beachtlichen Budget ausgestattetes Forschungsinstitut ins Leben gerufen worden, dem allerdings in der jetzigen Ausrichtung seine eigene Fragestellung nicht ganz klar zu sein scheint. Denn die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt hat mindestens zwei Aspekte. Der erste liegt darin, dass in der Auseinandersetzung, in der Debatte oder im Streit ein Agreement gefunden wird. Zu Recht spricht man hier in einem guten und starken Sinne von *Verständigung*, *Debatte* und *Kompromiss*. Der zweite Aspekt besteht allerdings darin, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt immer schon gegeben sein muss, um überhaupt Debatten zu ermöglichen. Der Kompromiss bleibt ein bloßer Deal, wenn er nicht eingebettet ist in eine Kultur des Zusammenhalts. In diesem Fall wird man von *Eintracht*, *Übereinkunft* oder *Übereinstimmung* sprechen können. Es handelt sich hier nicht um theoretische Formen des Zusammenhangs, sondern um gelebte Formen von Beziehungen, in denen Begegnungen allererst möglich werden. Zwischen beiden Formen des Zusammenhalts besteht ein Gewissheitsgefälle, das zugunsten der gelebten Praktiken ausschlägt. Wenn man Menschen erst in Rede und Gegenrede oder mit einem Fachartikel davon überzeugen müsste, dass Kinder erzogen werden müssen, wäre es mit dem Bestand der Menschheit schlecht bestellt.

Um Verständigung muss gerungen, um Zustimmung kann geworben werden – Eintracht und Übereinstimmung allerdings lassen sich weder verordnen noch mit Verweis auf Daten und Statistiken rechtfertigen. Man kann Übereinstimmung weder diktieren, noch lässt sich diese Form des Zusammenhalts durch medientaugliche Demokratiebildungsprojekte verwirklichen. Zusammenhalt im Sinne von Übereinstimmung, Übereinkunft und Eintracht lässt sich nicht in Lehr-Lern-Umgebungen pädagogisch arrangieren.

Zum *Zusammenhalt als Verständigung* gehört sicherlich argumentative Auseinandersetzung. Hier hat die scharfe Kontroverse ihren Platz, wobei man nicht vergessen sollte, dass *erstens* die Abstimmung als Entscheidungsfindung kein Fremdkörper der politischen Debatte ist, sondern ein Mittel darstellt, Streit durch Abstimmung zu schlichten, und dass *zweitens* nicht immer Streit und Kontroverse vorliegen, wenn einfach nur unterschiedlichen Ansichten geäußert werden. Debatten und Kontroversen fordern eine Arena.

Der Shitstorm scheint vorprogrammiert

Zum *Zusammenhalt als Übereinkunft* gehört allerdings etwas anderes – nämlich eine Gewissheit, die im Handeln gründet. In diesem Sinne ist es auch voreilig, den Streit als das genuine und originäre Mittel der ‚Herstellung‘ von gesellschaftlichem Zusammenhalt zu verstehen. Abgesehen davon, dass noch nie eine Gesellschaft gestritten hat, sondern man immer nur in Gesellschaft streiten kann, und abgesehen davon, dass die nüchterne Prozedur einer schlichten Abstimmung mehr Streitereien schlichtet, als man vermutet, besteht das Ergebnis eines gelingenden Streits zumeist in einem Kompromiss. Eintracht allerdings ist kein Kompromiss, der nach einer Debatte und Kontroverse im Protokoll festgehalten werden könnte. Über Eintracht lässt sich auch nicht abstimmen. Leben und Handeln haben immer schon über Eintracht entschieden, bevor sie zur Diskussion gestellt werden kann.

Und doch wird gerade der Streit gern gepriesen, auch um sich als Profidemokrat zu profilieren. Das Geschäftsmodell von Profidemokraten ist recht einfach. Sie propagieren eine Selbstverständlichkeit, mit der sie andere zu Amateurdemokraten degradieren: Die Demokratie brauche Streit, ja der Wesenskern der Demokratie sei Streit.

Diese These ist in Fleisch und Blut übergegangen, sodass man sich kaum noch traut, sie infrage zu stellen. Die Gefahr ist groß, als Antidemokrat diffamiert zu werden, wenn nach den Grenzen des Streits gefragt wird. Der Shitstorm, also die sich selbst feiernde Streitsucht, scheint vorprogrammiert. Denn es sei doch schließlich der Kompromiss,

der nur im Streit ‚ausgehandelt‘ werden könne. Ausschließlich im Streit könne ein akzeptables Ergebnis gefunden werden. Und es sei doch selbstverständlich, dass nur im Streit unterschiedliche und gegenläufige Ansichten vorgetragen werden, was ohne die strittige Auseinandersetzung kaum möglich sei. Da, so die Profidemokraten weiter, der Streit immer nur im Medium der Sprache ausgetragen werden könne, gründe der Zusammenhalt im diskursiven Geschäft des ‚Gebens‘ und ‚Nehmens‘ von Argumenten. Allein solche Rede kann zu denken geben. Argumente sind keine Dinge, die man überreichen könnte.

Die Profis übernehmen die Könnerschaft des Streitens

Profidemokraten sind nicht zufällig Sprachmeister, Routiniers der Rede und Gegenrede. Die Spieler der Amateurliga der Demokratie mögen zwar vieles im Leben leisten. Sie mögen Virtuosen sein im Bauen von Häusern, im Erziehen von Kindern oder im Bestellen von Äckern, aber die Könnerschaft des Streitens bleibt der höchsten Liga vorbehalten, den Profis. Gern übernehmen die Profis daher das Wort und erklären den Amateuren die Demokratie.

Der Intellektuelle des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts stilisiert sich in diesem Sinne gern als Profidemokrat. Er erklärt als Überflieger in Sachen Demokratie den unteren Spielklassen, wie bedeutend der Streit ist, indem es ihm zu verhehlen schwerfällt, dass eigentlich nur er selbst dieses Spiel spielen kann. Arnold Gehlen hat das schöne Wort des „Mundwerksburschen“¹ geprägt, um diese freilaufende Beredsamkeit, die die Pointierung der Verantwortung vorzieht, zu bezeichnen. Der Intellektuelle als Profidemokrat weiß darum, dass die Avantgarde schon lange den Geist aufgegeben hat. Er rettet sich als Gewissen der Demokratie über die Zeit, indem er sich zum Lordsiegelbewahrer des Streits stilisiert. Alte und neue Medien kommen ihm dabei ebenso zupass wie die rhetorische Dauerbeunruhigung um Polarisierung und Spaltung. Sie liefern das nicht enden wollende Material dafür, den Streit am Leben zu erhalten.

Doch wie viel oder welchen Streit benötigt die Demokratie eigentlich? Und ist es tatsächlich richtig, dass eine Herrschaftsform wie diejenige der Demokratie in diesem ausschließlichen Sinne im Streit verankert ist?

Wenn das Streiten gepriesen wird, sucht man schnell im nächsten Umfeld, um sich Klarheit über die Form und die Funktion des Streits zu verschaffen. Doch bereits hier liegen einige Fallstricke verborgen. Der politische Streit ist nicht in allen Facetten mit dem Streit im Kleinen, dem privaten Streit, zu vergleichen. Die Gründe liegen auf der Hand.

¹ Arnold Gehlen: Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik, Erstauffl. 1959, hier zitiert nach 5. Aufl., Wiesbaden 1986, S. 179.

Im politischen Streit werden immer auch die Bedingungen, unter denen gestritten wird, mit verhandelt. Der politische Streit kennt eine Geschäftsordnung, die dem Familienstreit fehlt. Der politische Streit ist somit immer ein gemachter, ein künstlicher Streit, insofern die Regeln, unter denen gestritten wird, gesetzt werden müssen und auch immer wieder neu gesetzt werden können. Der Familienstreit kennt demgegenüber keinen Geschäftsordnungsantrag. Er ist ein Streit, der nicht durch eigens kodifizierte Regeln, sondern durch eine gelebte und geübte Praxis eingehegt wird. Beides kann gelingen und misslingen.

In einigen Punkten kann allerdings der Bezug auf die Sphäre des Privaten sinnvoll sein, um auch den politischen Streit aufzuklären. Denn die Kultur des Streits kennt zwei Aspekte, die dem Streit im Unterschied zum Aufruhr auf der einen Seite und zum Gezanke auf der anderen Seite eine Form geben. Zum einen lernen Menschen die Praxis des Streitens, indem sie zugleich lernen, dass nicht über alles gestritten werden kann. Man mag darüber streiten, wer den Geschirrspüler leert oder den Müll wegbringt, aber nicht im selben Atemzug darüber, dass man sauberes Geschirr benötigt oder ein Leben im Müll die höchste Existenzform ist. Die Praxis des Streitens fordert und setzt voraus, dass nicht alles bestritten werden kann. Der Streit ist nur möglich, wenn das Unbestreitbare in Kraft bleibt. Ebenso, wie die Beweglichkeit einer Tür nur gesichert ist, wenn die Türangeln unbeweglich sind, verhält es sich auch beim Streit. Der Streit bedarf des Unstrittigen, damit die Auseinandersetzung geführt werden kann.

Propagandisten des absoluten Streits

Zum anderen lernen Menschen im Streit, dass es Dinge gibt, über die es sich mehr zu streiten lohnt, und Dinge, die weniger wertvoll sind, um darüber zu streiten. Man mag sich zwar vorstellen, einen Streit über die Farbe von Gummibärchen zu führen – aber wozu, außer zur Unterhaltung? Anders sieht es aus, wenn es zu einer strittigen Auseinandersetzung um die Dauer des abendlichen Partybesuchs der Kinder kommt. Das Gewicht des Streits hängt vom Wert des Streitgegenstands ab. Übrigens auch nicht von den Emotionen der Streitparteien. Diese mögen zwar im Spiel sein, doch sie können nicht den Wertgehalt des Streitgegenstands bestimmen. Fangesänge und Choreographien auf den Tribünen eines Fußballstadions machen ein Spiel lebendig, doch die Lautstärke entscheidet nicht über den Tabellenplatz.

Schlimmer als nutzlos sind diejenigen, die mit Worten Unfrieden stiften, die den Streit aus den ihn hegenden Grenzen von gelebter Praxis und gesetzter Geschäftsordnung lösen. Es sind diejenigen, die den absoluten Streit propagieren. Was Carl Schmitt über den absoluten

Krieg ausführt, lässt sich auch von einem absoluten Streit sagen. Der Feind, der gemäß Schmitt in der einhegenden Beziehung von Freund und Feind, besonders aber in der Regularität staatlicher Macht und Organisation immer schon seine Begrenzung erfährt und damit nur im Relativen Feind sein kann, wird im Weltbürgerkrieg zum absoluten Feind.² Friedensschlüsse im Absoluten sind aber kaum möglich. Das Absolute kennt keine Diplomatie, keinen Kompromiss, es benötigt keine Verträge, und es braucht auch keinen Zusammenhalt. Letztlich kennt ein absoluter Weltbürgerkrieg keinen Frieden. Im Unerbittlichen ist kein Ausgleich möglich.

Der absolute Streit, so könnte man sagen, hat seine Fassung verloren, er ist aus den Angeln gehoben und wird damit zu einem Absolutum, dem jede Einbettung fehlt. Die Folge ist Aufruhr. Ein kurzer Blick in die Geschichte der politischen Theorie genügt, um schnell zu erkennen, dass öffentlich agierende Unruhestifter, die einen leerlaufenden, weder durch Praktiken noch durch Regeln gehegten, Streit als bewaffneten oder geistigen Aufruhr provozieren, eine Gefahr für die politische Ordnung darstellen. Aristoteles ist hier ebenso klar wie seine Nachfolger in der politischen Theorie: „Den Sturz der Demokratien verursacht im stärksten Maße die Frechheit der Demagogen.“³

Für Thomas von Aquin ist Frieden ein von Gott gestiftetes Gut, das den Bestand der christlichen Gemeinschaft garantiert. Der „seditiosus“, der diesen Frieden stört, stellt sich nicht nur gegen die politische Ordnung, sondern zugleich gegen Gott selbst. Deshalb gilt Aufruhr als Todsünde, da er das Gemeinwohl zerstört. „Weil also der Aufruhr einem besonderen eigenen Gute gegenübersteht, der Einheit nämlich und dem Frieden des Gemeinwesens in sich, ist er eine eigene besondere Sünde.“⁴ Thomas Hobbes spricht einige Jahrhunderte später im *Leviathan* von „aufruhrstiftenden Theorien“ als einem „Gift“ für die politische Ordnung.⁵

Streit jenseits von Aufruhr

Eine Gesellschaft im Aufruhr ist eine des absoluten Streits. Es treffen letztlich keine Streitparteien aufeinander, sondern rhetorische Freischärler und kommunikative Partisanen. Man wird die sozialen Medien nicht einfach komplett verwerfen wollen, aber unstrittig dürfte sein, dass sie eine besondere Anziehungskraft für eine aus den Angeln gehobene Kommunikation, die sich nur als solche ausgibt, ausüben. Unter den Bedingungen des absoluten Streits stellen Verschwörungstheorien die letzte Flagge dar, hinter der man sich noch sammeln kann.

Der Aufruhr zerstört die Infrastruktur, unter der Streit möglich ist. Verwüstet werden die Regeln, die die eigentliche Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt betreffen. Ludwig Wittgenstein verweist

2 Vgl. Carl Schmitt: Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen, Erstauf. 1963, hier zitiert nach 6. Aufl., Berlin 2006, S. 91ff.

3 Aristoteles: Politik, übers. und hrsg. v. Eckart Schütrumpf, Hamburg 2020, S. 190 (1304b).

4 Thomas von Aquin: Summa Theologiae, Bd. 22: Maßhaltung, II-II, q. 42.

5 Thomas Hobbes: Leviathan, Erstauf. 1651, hier zitiert nach 3. Aufl., hrsg. v. Iring Fetscher, Frankfurt am Main 1989, Kap. 29, S. 246.

6 Ludwig Wittgenstein: Philosophische Untersuchungen, Werkausgabe Bd. 1, 7. Aufl., Frankfurt am Main 1990, § 242.

darauf, dass zur Verständigung in der Sprache nicht nur eine Übereinstimmung darin gehört, was die einzelnen Ausdrücke jeweils bedeuten, es gehört auch eine „Übereinstimmung in den Urteilen“ dazu.⁶ Was auch immer Menschen verbindet: Es zeigt sich in einem geteilten Verständnis von Überzeugungen, die nicht verhandelt werden, sondern im Handeln zum Ausdruck kommen, die die Praxis als Regel leiten und jede Verhandlung überhaupt erst ermöglichen. Diese Überzeugungen wird man nicht auflisten können. Aber sie wirken und strukturieren das Leben des Menschen als menschliches Leben. Zu ihnen dürfte ganz Unterschiedliches zählen, wie etwa die Überzeugungen, dass Menschen einen Körper haben, der verletzlich ist, dass Menschen ansprechbar sind für Dinge, die weit über ihre nächste Erfahrung hinausgehen und ihr Wissen begrenzen, dass Menschen Sorge tragen für ihr eigenes Leben und dies kein Egoismus ist, dass Mündigkeit sowohl mit Rechten als auch Pflichten einhergeht, dass Vergangenheit eine Ressource menschlichen Lebens darstellt und keine Müllhalde und einiges mehr.

Solche Urteile lassen sich nicht einklagen, sie lassen sich nicht begründen, und sie lassen sich auch nicht in einem Lehrbuch zusammenfassen. Solche und andere Urteile strukturieren die menschlichen Praktiken, die uns unter den Begriffen Würde, Solidarität und Verantwortung bekannt sind. Es sind friedensstiftende Merkmale eines Gemeinwesens, die keinen Streit ersticken, sondern Streit jenseits von Aufruhr allererst ermöglichen. Wenn die Demokratie als Herrschaftsform auf Streit gründet, so ist sie zugleich auf diese Merkmale des Zusammenlebens angewiesen. Das wissen Amateurdemokraten zumeist besser als Profidemokraten.

Schlacht der Gesten

Die Illustration von Jules Garnier zeigt das wilde pantomimische Duell zwischen Panurge und Thaumaste, das François Rabelais im ersten Band seiner satirischen Romanreihe *Die schrecklichen und entsetzlichen Fakten und Fähigkeiten des berühmten Pantagruel-Königs der Dipsoden* (1532) seiner Leserschaft präsentiert.

Das Gestikulieren der Kontrahenten eskaliert bis hin zu derben, obszönen Verrenkungen, während das illustre Publikum scheinbar ehrfürchtig weiterhin so tut, als sei es Zeuge eines ernsthaften Disputs. Kommunikation und Streit werden bei Rabelais zur Inszenierung – voller absurder Gebärden, aber ohne echten Inhalt. Die überdrehte Komik zeigt, was geschieht, wenn Verständigung zur reinen Pose wird, und warnt vor sinnentleerten, ritualisierten und formalistisch geführten Debatten.

Foto: © Yannick Coupanec.
All rights reserved 2025 / Bridgeman Images



Integration durch Konflikt

Jens Hacke
Geboren 1973 in Bonn,
lebt als Politik-
wissenschaftler und
Publizist in Hamburg.

Intellectuelle Streitkultur in der (alten) Bundesrepublik

Blicke in die Vergangenheit erfahren Perspektivverschiebungen, und dasjenige, was lange vertraut und ein wenig langweilig erschienen ist, kann zum verklärten Sehnsuchtsort werden. Womöglich lässt sich die viel zitierte „Zeitenwende“ auch daran festmachen, dass uns die alte Bundesrepublik in ihrer Heimeligkeit und Übersichtlichkeit endgültig abhandengekommen ist. Die Bonner Jahre gehören mittlerweile ins ferne 20. Jahrhundert und werden in ihrer historischen Vergegenwärtigung nicht selten idyllisiert. Es sind kompakte Beschreibungen einer gemeinsamen Lebenswelt, die dem Provisorium ein spezifisches Zusammengehörigkeitsgefühl zuschreiben, das allgemein als Bestandsvoraussetzung eines funktionierenden Gemeinwesens gilt.

Die nivellierte Mittelstandsgesellschaft etwa, mit dem zwiebel förmigen Wohlstandsbauch, symbolisierte das Versprechen erstrebenswerter, ausgeglichener Lebensverhältnisse. Vorbei die Zeit der Klassenspaltung und Segmentierung in Sozialmilieus mit feinen Unterschieden; stattdessen sorgte das Wirtschaftswunder für sozialen Aufstieg. Soziologen wie Ralf Dahrendorf forderten „Bildung als Bürgerrecht“, und in der Tat sorgte dafür die Modernisierung des Schulsystems, der rasante Ausbau von Universitäten und Hochschulen seit den 1960er-Jahren. Der Glaube an die Modernisierung einte die unterschiedlichen politischen Lager. Parteiübergreifend avancierte „Reform“ zum Zauberwort, und mit einer florierenden Wirtschaft im Rücken veränderte sich die Lebenswelt so rasch wie nie zuvor. Auch wenn man über die schädlichen Nebenwirkungen des Fortschritts, die „Unwirtlichkeit unserer Städte“, die ökologischen Folgen der Industrialisierung, die Atomkraft oder die Nachrüstung stritt – die politischen Richtungen ließen sich einigermaßen zuordnen, ideologische Formierungen blieben transparent und ereigneten sich in Zeitlupe. Nicht zu vergessen: ein überwältigender antitotalitärer Konsens. Der Antikommunismus war sicherlich ideologisch eine entscheidende integrative Klammer, die eine Akzeptanz der liberalen Demokratie erleichterte. Bürgerliche Freiheits- und Partizipationsrechte, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Öffentlichkeit konnten als Distinktionskriterium gegenüber der DDR leicht – und bisweilen auch etwas selbstzufrieden hervorgehoben werden.

Ermutigung zur Konfliktbereitschaft

Besorgte Intellektuelle sahen bis zum legendären Aufbruch der 68er in der fehlenden Streitkultur, in der vermeintlich-protestantisch ererbten Staatsgläubigkeit und Harmoniesehnsucht das Manko der westdeutschen Demokratie. Wieder war es Ralf Dahrendorf, der in seiner klassischen Bestandsaufnahme *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* (1965) zur Konfliktbereitschaft ermutigte, in liberaler Weise den Streit als die Essenz der Demokratie begriff. Die demokratischen Lebensformen mussten auch deshalb eingeübt werden, weil die Selbstbefreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft ausgeblieben war und der deutsche Teilstaat nicht auf eine republikanische Gründungserzählung bauen konnte. Im Anfang stand eben keine Revolution. „Unsere Demokratie ist nicht geboren aus der hochgemuten Gesinnung eines Befreiungskampfes, sondern uns verordnet, als wir ein Haufen überlebender Deutscher waren“, so etwa Karl Jaspers’ viel gelesene und pessimistische Bestandsaufnahme *Wohin treibt die Bundesrepublik?* (1966): „Die einzige Alternative, die uns retten kann, ist nicht eine vermeintliche Normalität, sondern die politische Wiedergeburt.“ Seine Freundin Hannah

Arendt teilte diesen Befund. Über die Bundesrepublik müsse man sich nicht weiter unterhalten, schrieb sie noch im Juni 1965 an ihren Doktorvater, denn ihr sei „der Untergang an die Stirn geschrieben“.

Stimmen einer Neuen Linken waren nachdrücklicher. Der Vorwurf, eine autoritäre oder lediglich formale Demokratie zu sein und eine Scheinstabilität zur Erfolgsgeschichte zu verbrämen, gehörte gewissermaßen zum Standardrepertoire. Übrigens zeigten sich rechts und links in dieser Frage überraschend einig. Vertreter des sogenannten „technokratischen Konservatismus“ wie die Soziologen Hans Freyer, Arnold Gehlen oder Helmut Schelsky hielten die Superstrukturen und Sachzwänge der Industriegesellschaft für gegenwartsprägend und nahmen die Demokratie lediglich als eine Fassade wahr. „Die moderne Technik bedarf keiner Legitimität; mit ihr ‚herrscht‘ man, weil sie funktioniert“, verfügte Schelsky in *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation* (1961) und verabschiedete damit jede normative Idee der Demokratie. Die Soziologie konnte die Ohnmacht des Einzelnen allenfalls dokumentieren, rückgängig machen ließen sich diese Entwicklungen jedoch nicht.

Große Spannweite im Meinungsspektrum

Während solche ehemaligen nationalsozialistischen Idealisten in abgeklärter Nüchternheit ein postideologisches Zeitalter der Technik heraufziehen sahen, machten sich junge Linke wie Jürgen Habermas und Claus Offe diese Diagnose zu eigen, um sie als bundesrepublikanische Realität zu kritisieren. Wenn sie die „Strukturprobleme des kapitalistischen Staates“ oder die „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“ aufs Korn nahmen, dann spielten die Rationalitätsdefizite, die unzureichender Demokratisierung geschuldet waren, die wesentliche Rolle. Arrangierte sich der technokratische Konservatismus mit der bundesrepublikanischen Industriegesellschaft, weil die Alternativlosigkeit sozioökonomischer Rationalität den politischen Meinungsstreit zu suspendieren schien und darum kein zweites Weimar zu befürchten war, so setzten kritische Linke, die bald vom Revolutionsenthusiasmus der Studentenbewegung überholt wurden, auf die Demokratisierung der Demokratie, um das Land politisch-kulturell bewohnbar zu machen.

Erstaunlich bleibt im Rückblick auf die so stabil erscheinende Bonner Republik, wie groß die Spannweite im Meinungsspektrum war. Während konservativ Geneigte entweder zu klassischen Law-and-Order-Positionen tendierten oder politische Protestbekundungen ohnehin für wirkungs- und sinnlos erklärten, sorgten sich liberale und linke Intellektuelle auf unterschiedliche Weisen um die Etablierung der Demokratie als Lebensform, die Kritik zur Norm, Streit als Lebenselixier und die

Überwindung von Staatsgläubigkeit zum Ziel erklärten. Vergegenwärtigt man sich, wie heftig die Debatten nach 1968 gerieten und wie stabil die Parteienlandschaft geblieben ist, reibt man sich die Augen. Zwar leben viele 68er-Veteranen heute nicht zu Unrecht im Bewusstsein, durch ihre Proteste gegen Notstandsgesetze, Springer-Presse, Schah-Besuch und Vietnamkrieg zur „Umgründung der Bundesrepublik“ beigetragen zu haben, die Effekte auf die Wahlergebnisse blieben allerdings minimal. Anstatt in Glaubwürdigkeitskrisen zu geraten, erhielten die Volksparteien großen Zulauf, und die gesellschaftliche Politisierung, von der viele zwischen Ostpolitik, neuen sozialen Bewegungen und Terrorismusfurcht in den 1970er-Jahren sprechen, konnte vom bestehenden Parteiensystem weitgehend absorbiert werden. Der politische Streit mag zu harten Auseinandersetzungen geführt haben, hatte aber für das politische System integrative Wirkungen.

Folgen des SED-Staates für die Streitkultur

Nicht so einfach bewertbar bleibt das Erbe des realexistierenden Sozialismus für die Streitkultur im geeinten Deutschland. Die „von oben“ erzwungene ideologische Stromlinienförmigkeit und der Rückzug in dissidente oder zumindest regimeferne Nischen hat bis heute Folgen hinterlassen: zum einen die Frustration „gelernter“ DDR-Bürgerinnen und -Bürger, in ihren Erfahrungen und Lebensleistungen nicht gewürdigt zu werden; zum anderen die berechtigte Forderung der DDR-Opfer und -Gegner, an den Unrechtscharakter des SED-Staates zu erinnern und gegen die harmonische Lesart der „Friedlichen Revolution“, die von einer vermeintlich überwältigenden Mehrheit ausgelöst worden ist, Einspruch zu erheben. Diese Debatten, vermengt mit dem Problem, unter westdeutscher Dominanz demokratische Lebensformen einüben und zivilgesellschaftliche Strukturen nachholend etablieren zu müssen, beeinflussen die Schief lagen heutiger Streitkultur.

Es lag überdies eine gewisse Ironie in der bundesdeutschen Geschichte, dass just in der Phase der Selbstanerkennung, als sich eine kritische Linke von Habermas langsam zum Verfassungspatriotismus bekehren ließ und eher konservativ Gesinnte stolz auf die Erfolgsgeschichte einer ökonomisch leistungsfähigen, international anerkannten und institutionell stabilen parlamentarischen Demokratie blickten, „Abschied vom Provisorium“ genommen werden musste. Die Bundesrepublik lieferte ein Lehrbeispiel für ihre liberalkonservativen Verteidiger. Der Aristoteliker Dolf Sternberger hatte früh den Umstand betont, dass die Bürgerinnen und Bürger durch demokratische Praxis die Spielregeln des Gemeinwesens einüben und zur Identifikation mit dem Staatswesen

gelangen können. Gegen eine konservative Staatslehre, die auf der Einheit von Staatsgebiet und Staatsvolk sowie außenpolitischer Souveränität beharrte, etablierte er die Überzeugung, dass die aktive Bürgerschaft den Staat bildet und durch Gemeinsinn zusammengehalten wird.

Sternbergers aristotelisches Vokabular klingt heute wie aus der Zeit gefallen. Aber es erzählt uns einiges über die veränderten Maßstäbe des Politischen. Während heute eine radikale Demokratie reüssiert, der Kampf um Anerkennung vermeintlich Ausgeschlossener und die Empörung zum Wesenskern der Politik werden, erkannte Sternberger den Zweck aller politischen Bemühung in der Wahrung des Friedens. Der Friede sollte Sinn und Ziel aller Politik sein. Damit stellte er sich in eine große bürgerlich-republikanische Tradition: Immanuel Kants „ewiger Frieden“ und Hans Kelsens Mahnung, den sozialen Frieden durch Kompromisse zu bewerkstelligen, sind unmittelbare Bezugspunkte.

Sternbergers theoretischer Antipode war Carl Schmitt, der bekanntlich die Unterscheidung von Freund und Feind zum Kriterium des Politischen machte und die Vernichtung des politischen Gegners für ein legitimes Unterfangen hielt. Ohne Schmitts Rolle als Kronjurist des NS-Staates überhaupt zu thematisieren – „Der Führer schützt das Recht“ (1934) –, hielt er ihm entgegen, dass die Bestimmung des Politischen über das Freund-Feind-Kriterium ähnlich abstrus sei, wie das Wesen der Ehe aus der Scheidung zu erklären.

Das Politische verstand Sternberger hartnäckig als den „Bereich der Bestrebungen, Frieden herzustellen, Frieden zu bewahren, zu gewährleisten und zu schützen und freilich auch zu verteidigen“ (1960).

Irritation für gestandene Altbundesrepublikaner

Überhaupt liefert das politische Denken der alten Bundesrepublik zahlreiche Beispiele für das Bemühen, die „Friedensdividende“ eines möglichst inklusiven Bürgerbegriffs herauszustellen. Während Jürgen Habermas sich um die Möglichkeiten kommunikativen Handelns sorgte und im rationalen Diskurs unter fairen Bedingungen Meinungskämpfe durch die Vernunft zu pazifizieren strebte, wurde sein Antagonist Hermann Lübbe nicht müde, Demokratisierungszwänge zu betonen, die den Common Sense gegenüber technokratischen Sachzwängen stärkten. Das war eine Auseinandersetzung über geeignete Prozeduren – Habermas’ anfängliches Vertrauen auf die institutionelle Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Impulse für eine fortschreitende Demokratisierung, Lübbes Optimismus hinsichtlich einer dauerhaften demokratischen Entscheidungsfähigkeit im Rahmen der verfassungsmäßig vorgezeichneten Möglichkeiten.

Dass die liberale Demokratie gesellschaftlichen Frieden und das Gemeinwohl anstrebte, darüber war man sich ebenso einig wie über den konstruktivistischen Charakter von individueller und kollektiver Identität. Die Unversöhnlichkeit heutiger Identitätspolitiken hätte gestandene Altbundesrepublikaner irritiert. Nicht nur die deutsche Identität blieb problematisch – Traditionen und Geschichte hatten generell „Identitätspräsentationsfunktion“ (Hermann Lübbe), auch persönliche Identität musste in liberaler Weise als multiples Konstrukt verstanden werden. In der Pluralität der Identitäten und Rollen lagen Freiheiten, doch das entscheidende Kriterium blieb der von allen geteilte Bürgerstatus als Basis der Verständigung. Diskriminierungslasten, Opferstatus und Emanzipationspflichten galten darum – in mancherlei Hinsicht womöglich voreilig – als gelöst, denn ethnische, religiöse, sexuelle oder genderbedingte Zugehörigkeiten konnten zur geschützten Individualsphäre gezählt werden.

Ein unschätzbarer Stabilisierungsfaktor war die Allgegenwärtigkeit der NS-Verbrechen als amoralisches Gegenbild. Dass der Aufwand historischer Vergegenwärtigung mit dem Aussterben der Zeitzeugen ungleich größer werden würde, war allen bewusst. Die Konsequenzen für den Zerfall eines selbstverständlichen moralischen Konsenses waren hingegen kaum vorhersehbar. Die Aufstellung immer neuer Sagbarkeitsregeln oder Sprechverbote wirken dann wie ein Zeichen der Desorientierung. Eher flüchtet man sich in Meinungen einer sicheren Community – die vielfach beklagten Echoräume –, anstatt Argumente der Gegenseite anzuhören. Angetrieben durch neue soziale Medien, die nach Polemik und Zuspitzung verlangen, werden die Streitigkeiten vor allem laut, aber nicht unbedingt intensiv ausgetragen.

Der Arabist Thomas Bauer hat einen allgemeinen Trend zur „Vereindeutigung der Welt“ vor einigen Jahren konzise beschrieben. Die Krise des Liberalismus ist immer mit dem Verlust an Mehrdeutigkeit und Pluralität verbunden. Ambiguität und Ambivalenz auszuhalten, darin Freiheit und Handlungsspielräume zu erkennen, gehört zu den tragenden liberalen Tugenden. Sie erschöpfen sich nicht im Bekenntnis zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, sondern sind das Ergebnis von nachhaltigen Bildungsanstrengungen und der aktiven Sorge um das Gemeinwohl. Insofern ist jeder Abgesang auf den Liberalismus, seine Gleichsetzung mit dem Kapitalismus, gar die Rede vom postliberalen Zeitalter fahrlässig. Vielmehr zeigt der Blick auf ein Dreivierteljahrhundert bundesrepublikanischer Streitgeschichte, dass Debatten über die Neukonturierung liberaler Ideen produktiv und zukunftsweisend sein können. Sie werden auch heute benötigt, um auf gemeinsamer Basis wieder intensiv über die wirklichen politischen Probleme zu streiten.

Anders gespalten

Thomas Petersen

Geboren 1968 in Hamburg, Kommunikationswissenschaftler und Meinungsforscher, Projektleiter beim Institut für Demoskopie Allensbach (IfD).

Die These der gesellschaftlichen Polarisierung in Umfragen

Kürzlich interviewte die ARD-Journalistin Sandra Maischberger Bundeskanzler Friedrich Merz. Wohl in dem Bemühen, dem Gespräch eine heitere Note zu geben, fragte sie ihn, ob er Berlin vermisste, wenn er die Wochenenden im Sauerland verbringe. Merz antwortete, es sei gerade umgekehrt: Wenn er unter der Woche in Berlin sei, vermisste er das Sauerland. An diese Möglichkeit einer Antwort hatte Maischberger offensichtlich nicht gedacht.

Diese kleine Szene illustriert ein Problem, das den Zusammenhalt der Gesellschaft in Deutschland erheblich belastet: die anscheinend zunehmende Unfähigkeit – oder der Mangel an Bereitschaft – weiter Teile der Eliten in Wissenschaft, Kultur und Medien, sich in die Lebenswelt von Menschen außerhalb ihrer eigenen Kreise hineinzusetzen.

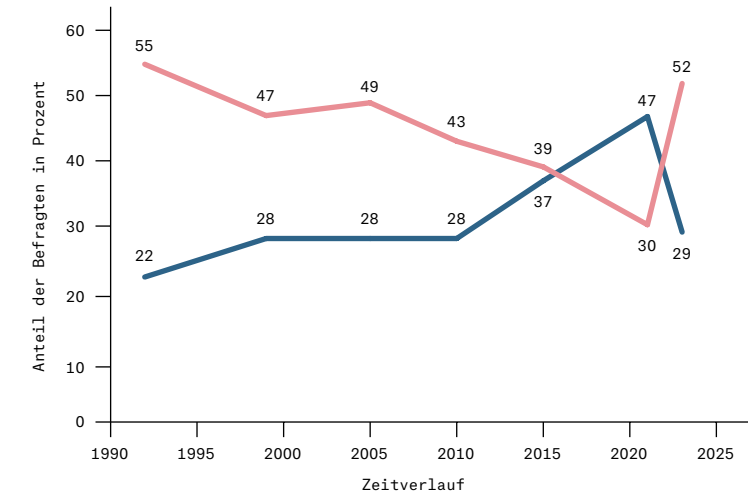
In den letzten Jahren ist in der Öffentlichkeit oftmals behauptet worden, dass sich die Gesellschaft in Deutschland zunehmend spalte und radikalisiere. Dieser These wird nur selten widersprochen. Doch geht man der Sache mit den Methoden der Umfrageforschung nach, zeigt sich, dass die Vorstellung, wonach die Gesellschaft gleichsam in der Mitte auseinanderbricht, nicht zutrifft – ein Befund, den beispielsweise auch die Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser in ihrem Buch *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft* ausführlich darlegen. Auch die These der Radikalisierung ist nicht uneingeschränkt haltbar. Zwar kann nicht bestritten werden, dass in den letzten Jahren radikale Parteien, allen voran die AfD, immer stärker geworden sind, doch damit geht kein entsprechender Anstieg radikalen Denkens einher. Links- und rechtsradikale Denkmuster waren 2024 in der Bevölkerung nicht weiter verbreitet als 2019.

Dies alles bedeutet allerdings noch nicht, dass die These von einer Spaltung der Gesellschaft gänzlich falsch wäre. Tatsächlich gibt es Anzeichen für sich vertiefende gesellschaftliche Gräben, doch diese verlaufen anders, als meist angenommen wird, nämlich nicht durch die Mitte der Gesellschaft, sondern zwischen einer in den Medien tonangebenden intellektuellen Elite auf der einen und der großen Mehrheit der Bevölkerung auf der anderen Seite, in der ein wachsender Teil in den letzten Jahren den Eindruck gewonnen hat, dass auf ihn keine Rücksicht mehr genommen werde. Erkennbar wird dies beispielsweise an den Ergebnissen der vom Institut für Demoskopie Allensbach regelmäßig in Repräsentativumfragen gestellten Frage: „Hat man als Bürger Einfluss auf das, was hier am Ort geschieht, oder ist man da machtlos?“ Seit 1992, als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, stieg langsam, aber eindeutig die Zahl derjenigen, die sagten, man habe durchaus Einfluss auf die Vorgänge am Wohnort. Vor rund drei Jahrzehnten vertraten 22 Prozent der Befragten diese Meinung. 2021 war der Wert auf 47 Prozent gestiegen. Dann aber, im Juni 2023, fiel er auf 29 Prozent zurück. Umgekehrt war von 1992 bis 2021 die Zahl derer, die sagten, man sei als Bürger machtlos, von 55 auf 30 Prozent zurückgegangen. 2023 lag der Wert wieder bei 52 Prozent und damit fast auf dem gleichen Niveau wie drei Jahrzehnte zuvor (siehe Grafik 1, Seite 50). Noch negativer sind die Werte in Ostdeutschland: Hier meinten fast zwei Drittel, 63 Prozent, man sei als Bürger machtlos. Nur 15 Prozent widersprachen.

Beim Ansehen der Institutionen ist eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen: Gemeinhin wird angenommen, dass das Institutionenvertrauen in Deutschland seit Jahrzehnten kontinuierlich rückläufig sei, doch das trifft nicht zu, im Gegenteil: In der Zeit von der Mitte der 2000er-Jahre bis etwa 2020 stieg das Ansehen von Institutionen wie etwa dem Deutschen Bundestag, der Bundesregierung oder – wenn auch

Grafik 1: Hat man als Bürger Einfluss?

Frage: „Hat man als Bürger Einfluss auf das, was hier am Ort geschieht, oder ist man da machtlos?“



— Man hat Einfluss — Man ist machtlos
An 100 fehlende Prozent: unentschieden
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 5069, 6075, 7068, 10049, 11034, 12038, 12072.

auf sehr niedrigem Niveau – der Parteien. Erst in jüngster Zeit, in den vergangenen vier, fünf Jahren, sind in dieser Hinsicht wieder deutliche Rückschritte zu verzeichnen.

Dennoch ist die These vom allgemeinen Verfall des Vertrauens der Bürger in den Staat und seine Institutionen und Vertreter nicht gänzlich falsch. Im Vergleich zur Situation in Westdeutschland in den 1970er- und 1980er-Jahren lag das Vertrauen in die Institutionen auch vor dem jüngsten Rückschlag auf einem deutlich niedrigeren Niveau.

Die Erosion des Institutionenvertrauens über Jahrzehnte hinweg ist nicht ohne den Einfluss der Berichterstattung der Massenmedien auf die Meinungsbildung der Bevölkerung zu verstehen. Das Archiv des auf Medieninhaltsanalysen spezialisierten Instituts *Media Tenor International* enthält in dieser Hinsicht äußerst aufschlussreiche Ergebnisse. Eine Auswertung aus dem Jahr 1996 zeigte, dass in den damals führenden Massenmedien alle politischen Institutionen – Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, andere Organisationen der Wirtschaft und Zivilgesellschaft – in der Berichterstattung überwiegend negativ bewertet wurden, mit Greenpeace als einziger Ausnahme.

Neben persönlichen Gesprächen sind die Medien die wichtigste Informationsquelle der Bevölkerung. Bei Fragen der „großen“ Politik, die das Alltagsleben nicht oder nur sehr indirekt betreffen, sind sie sogar

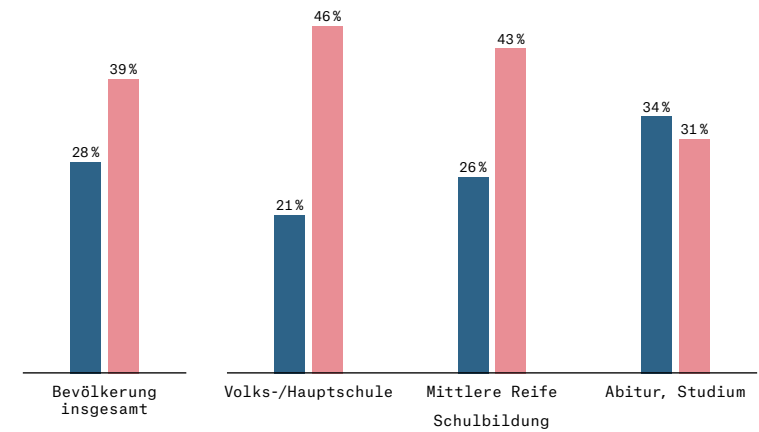
besonders wichtig. Lassen sie fortwährend den Missstand als Regelfall erscheinen, entsteht jene Kultur der Institutionen- und Elitenverachtung, die den Boden zum Aufstieg populistischer und radikaler Bewegungen bereitet. Die Erfolge radikaler Parteien in der Gegenwart sind ohne die – ohne Zweifel unbeabsichtigte – langjährige Vorbereitung durch die Massenmedien nicht denkbar.

Vertrauensverlust in die öffentlich-rechtliche Medien

Was in vielen Redaktionen allerdings vermutlich nicht bedacht wurde, ist, dass die von ihnen beförderte Verachtung gegenüber den Eliten und Institutionen letztlich auch die Medien selbst treffen könnte. Lange Zeit schien es tatsächlich so, als wären diese gegenüber dem Ansehensverfall, der andere Organisationen betraf, weitgehend immun. 2024 zeigten sich nun jedoch Anzeichen eines Glaubwürdigkeitsverlusts – speziell der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Nach wie vor sind ARD und ZDF für die Bevölkerung die wichtigste Quelle für politische Information. Selbst bei den unter 30-Jährigen behaupten sie sich neben den für diese Generation besonders wichtigen Internetquellen bemerkenswert gut. Noch 2023 sagten 77 Prozent der vom Allensbacher Institut Befragten, die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender seien eine besonders zuverlässige Informationsquelle. 2024 aber war der Anteil derer, die diese Antwort gaben, um 22 Prozentpunkte auf 55 Prozent zurückgefallen. Eine derart drastische Veränderung der Antworten von einem Jahr auf das folgende ist in der Umfrageforschung sehr ungewöhnlich und erweckt den Verdacht, dass es sich um einen „statistischen Ausreißer“ handeln könnte; eine starke, aber dennoch zufallsbedingte Schwankung, wie sie in einer von hundert Umfragen unvermeidlich einmal vorkommt. Doch die übrigen Ergebnisse derselben Umfrage zeigen keine Auffälligkeiten, sodass der Verdacht, dass die Befragtenstichprobe als Ganzes verzerrt sein könnte, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausscheidet. Man wird für ein endgültiges Urteil weitere Umfragen abwarten müssen; bis auf Weiteres spricht jedoch alles dafür, dass das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender in jüngster Zeit massiv gelitten hat.

Ein wesentlicher Grund für diesen Vertrauensverlust liegt wahrscheinlich darin, dass sich viele Bürger in der Berichterstattung der Medien nicht mehr wiederfinden. Dies zeigen die Antworten auf die Frage „Wenn Sie einmal daran denken, wie die Medien berichten: Wird dabei oft die Meinung vertreten, die auch Sie haben, oder haben Sie das Gefühl, dass Ihre Sichtweise in den Medien kaum oder gar nicht vertreten ist?“ Nur 28 Prozent der Befragten antworteten 2024 auf diese Frage, sie

Grafik 2: Findet man seine Meinung in den Medien wieder?
Frage: „Wenn Sie einmal daran denken, wie die Medien berichten: Wird dabei oft die Meinung vertreten, die auch Sie haben, oder haben Sie das Gefühl, dass Ihre Sichtweise in den Medien kaum oder gar nicht vertreten ist?“



■ Wird oft vertreten ■ Ist kaum / gar nicht vertreten
An 100 fehlende Prozent: unentschieden
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 12091.

hätten den Eindruck, dass ihre Meinung oft vertreten wird. Deutlich mehr, 39 Prozent, sagten dagegen, ihre Meinung werde in den Medien kaum oder gar nicht vertreten. Da die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender, wie bereits beschrieben, die wichtigste Informationsquelle auf dem Gebiet der Tagespolitik sind, muss man diese Antworten nicht zuletzt als Kommentar auf die Berichterstattung eben dieser Sender deuten. Dabei fällt auf, dass vor allem Befragte mit einfacher und mittlerer Schulbildung das Gefühl haben, ihre Meinung in den Medien nicht wiederzufinden, während dies bei Menschen mit Abitur oder Hochschulabschluss deutlich seltener der Fall ist (siehe Grafik 2).

Auch bei anderen Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung andere Prioritäten setzt als die maßgeblichen Redaktionen. Über die Medien werden Diskussionen geführt, die zwar wesentlich das politische Handeln bestimmen, aber weit an der Mehrheit der Bürger vorbeilaufen – man denke nur an die Einwanderungs- und Klimaschutzpolitik der letzten Jahre, das Gebäudeenergiegesetz oder den Beschluss, ab 2035 Autos mit Verbrennungsmotoren zu verbieten. Wenn aber alle demokratischen Parteien Ziele verfolgen und Entscheidungen mittragen, die zwar Intellektuellen und Journalisten gefallen, die Mehrheit der Bevölkerung aber befremden oder gar existenzielle Sorgen bei ihr auslösen, darf man sich nicht wundern, wenn sich bei dieser Mehrheit das Gefühl der Wehrlosigkeit breitmacht.

Zugleich wächst bei den Bürgern der Unmut über einen zunehmend als übergriffig empfundenen Staat, von dem sie den Eindruck haben, er wolle ihnen bis ins Kleinste vorschreiben, was sie zu denken und wie sie zu leben hätten. Und meistens, so der Eindruck, wird das, was sie selbst im Alltag tun, als falsch, wenn nicht gar als verwerflich gebrandmarkt. Bei den Bürgern kommt die Botschaft an: „Du hast die falschen politischen Ziele, du fährst das falsche Auto, du isst das Falsche, du bist ein unmoralischer Mensch.“

Das Gefühl der Gängelung

Hier wiederum liegt wahrscheinlich ein Schlüssel zum Verständnis der Krise der Demokratie speziell in Ostdeutschland. Der Ärger über die Bevormundung hat in ganz Deutschland zugenommen, besonders jedoch in den neuen Bundesländern. Dort haben die Menschen über Jahrzehnte hinweg die Erfahrung mit einem totalitären Staat machen müssen, der sie in keinem Winkel ihres Lebens in Ruhe ließ. Der Charakter vieler aktueller öffentlicher Diskussionen weckt da ungute Erinnerungen, was wiederum viele Westdeutsche, die keine derartigen Erfahrungen machen mussten, nicht verstehen. Wenn sich Ostdeutsche über eine „Meinungsdiktatur“ beklagen, die sie an die DDR erinnere, reagieren Westdeutsche darauf nicht selten empört mit dem Verweis darauf, dass man die heutigen Zustände doch nicht mit denjenigen in der DDR vergleichen könne. Dabei verstehen sie nur nicht, worauf die Gegenseite hinweisen will: Natürlich wissen die meisten Ostdeutschen sehr gut, dass die Bundesrepublik keine Diktatur ist. Doch sie haben genug Erfahrungen mit einem Staat gemacht, der ihnen vorschreiben wollte, was sie zu denken und wie sie sich zu verhalten hätten, um zu wissen, dass sie das nie wieder haben wollen.

Man kann annehmen, dass hier ein nicht unbedeutendes Motiv liegt, sich Protestparteien zuzuwenden. Psychologisch ausgedrückt: Das Gefühl, gegängelt zu werden, führt zu Reaktanz. Das ist demokratietheoretisch eigentlich ein zu begrüßender Reflex. Doch wenn er nur von radikalen Parteien ernst genommen und aufgegriffen wird, unterhöhlt dies letztlich dennoch die Demokratie. Allein schon deswegen wird eine wichtige Aufgabe in den nächsten Jahren sein, den belehrenden, besserwisserischen Tonfall aus der öffentlichen Diskussion zu verbannen. Die in Politik und Medien tonangebenden Eliten müssen wieder lernen, anderen Menschen zuzuhören, bevor sie Urteile fällen oder gar versuchen, ihnen ihre Normen aufzuzwingen. Der Graben zwischen der intellektuellen Elite und der übrigen Bevölkerung ist tiefer und gefährlicher als die viel beklagte angebliche Spaltung in der Mitte der Gesellschaft.

Neue Klassenkämpfe?

Aktuelle Auseinandersetzungen über die Wohlstandsverteilung

Ursula Weidenfeld

Geboren 1962 in Mechenich, war unter anderem Berlin-Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ sowie Ressortleiterin Wirtschaft und stellvertretende Chefredakteurin des Berliner „Tagesspiegels“, freie Journalistin, Kolumnistin und Kommentatorin für Verlage, Fernseh- und Hörfunksender.

Ein Klassenkampf findet nicht statt. Das könnte die erfreuliche Botschaft der Kommunalwahl im September 2025 in Nordrhein-Westfalen sein. Denn sie bestätigte einen Trend: Die Polarisierung nimmt zu, das politische Bild aber bestimmt sie, jedenfalls in Westdeutschland, nicht.

Wieder ging die CDU als stärkste Kraft aus der Wahl hervor, die SPD wurde Zweite. Die beruhigende Kraft der Mitte wurde auch als Bestätigung der Regierungspolitik in Berlin gelesen. Nicht ganz zu Recht. In den funktionierenden Regionen des Landes wird moderat gewählt. In den anderen Regionen aber verschiebt sich gerade vieles, wenn nicht gar alles.

In den wirtschaftlichen Krisengebieten Nordrhein-Westfalens schneidet die AfD besonders gut ab, in Gelsenkirchen wurde sie nahezu gleichauf mit der SPD in den Stadtrat gewählt. In den Studentenvierteln

der Großstädte hat die Linkspartei gute Karten. Klassenkampf ist das zwar nicht, es sind jedoch gravierende Verschiebungen. Sie verändern nicht nur die politische Landschaft, sondern auch den Charakter gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

Das Ziel des Klassenkampfes traditioneller Art war, die gesellschaftlichen Verhältnisse radikal zu verändern. In der Transformationsgesellschaft von heute geht der Kampf um das, was bewahrt werden kann. Je größer der Transformationsdruck, desto verbissener wird der Widerstand gegen die Veränderung, desto stärker die Sehnsucht nach dem Gestern.

Kein Klassenkampf, aber heftige Verteilungskämpfe

Klassenkampf kann nur da stattfinden, wo es Klassen gibt. Das Dortmunder Marktforschungsinstitut *Sinus* hat die traditionelle Arbeiterklasse das letzte Mal in der Mitte der 1990er-Jahre lokalisiert. Danach ist sie verschwunden. Sie ging teilweise in bürgerlichen Milieus auf, die heute mehr oder weniger unzufrieden sind. Teilweise verlor sie sich in prekären Lebenswelten. Facharbeiter stiegen gesellschaftlich auf. Ein Klassenbewusstsein entwickelten diese Milieus jedoch nicht. Die Zugehörigkeit ist fluide, sie hängt von Einkommen, Bildung, Konsumgewohnheiten und Lebensstil ab. Beruf, Bezahlung und Betriebszugehörigkeit sind nur ein Element von vielen und haben bei Weitem nicht die identitäts- und weltanschauungsprägende Kraft der früheren Arbeiterklasse. Die neuen Identitäten sind vielschichtig, sie überlagern einander.

Die Verteilungskonflikte sind nicht weniger heftig. Sie verlaufen nur diffuser. Sie entwickeln sich vertikal zwischen den Generationen und horizontal innerhalb einer Generation. Sie werden zwischen Erben und Nichterben ausgetragen, es wird um den sozialen Status

und die Privilegien von Beamten, Angestellten und Selbstständigen gestritten. Kinderlose und kinderreiche Haushalte müssen die Interessengegensätze aushandeln, es knirscht zwischen Geringverdienern und Transferempfängern, zwischen Vermögenden und weniger Vermögenden, Akademikerinnen und Facharbeitern, zwischen Stadt und Land, Wachstumsregionen und Schrumpfbereichen.

Abschied von der Solidargemeinschaft

Die erfolgreiche deutsche Antwort auf den Klassenkampf war in den vergangenen achtzig Jahren ebenso in West- wie in Ostdeutschland die Solidargemeinschaft. Dieses Modell deckte die elementaren Risiken für nahezu alle Bürgerinnen und Bürger des Landes, sorgte für die Armen, Alten und Schwachen und für diejenigen, die sich selbst nicht helfen konnten. Das Subsidiaritätsprinzip, wonach jeder zunächst die eigenen Reserven mobilisieren sollte, sollte die Allgemeinheit in Westdeutschland vor der Plünderung bewahren. Interessenkonflikte wurden – sorgfältig moderiert, bis auf wenige Ausnahmen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften – in den Parlamenten und Regierungskoalitionen ausgetragen. In der DDR galt der Klassenkampf ohnehin als überwunden.

Nun aber gelangt das Konzept des Ausgleichs an sein Ende. Der Gesellschaftsvertrag wird nicht gekündigt, er läuft aus. Die Allgemeinheit, die bis vor Kurzem noch überwiegend aus Menschen in Stadt und Land bestand, die einer geregelten Arbeit nachgingen, irgendwann eine Familie gründen, möglichst ein Haus bauen und in der Regel ein ganzes Leben in diesem Land verbringen wollten, existiert nicht mehr. Sie fächert sich auf.

Ältere haben andere Interessen und Bedürfnisse als die Jüngeren. Die öffentliche Kritik am egoistischen Verhalten der „Boomer“

in den Sozialversicherungen ist nur ein Aus-
druck dafür, dass sich der neue Konflikt um
Rentenhöhe und Lebensarbeitszeit offenbar
nicht mehr im Rahmen der eingeübten Institu-
tionen befrieden lässt. Dasselbe gilt für den
Kampf gegen den Klimawandel. Die Klima-Ak-
tivistinnen ließen sich vom Bundesverfas-
sungsgericht legitimieren, einen größeren An-
teil der Verschmutzungsrechte für die Zukunft
zu verlangen. Die parlamentarischen Aushand-
lungsmechanismen hatten einen solchen gene-
rationenübergreifenden Beschluss nicht mehr
zustande gebracht. Die Älteren bestimmen
durch ihre schiere Zahl die Wahlen und die Po-
litik, die Jüngeren suchen Umwege, um ihre In-
teressen durchzusetzen.

Die Interessen der neuen Alten

Doch auch innerhalb der Generationen ver-
blassen die „Normalbiographien“, deren Vor-
handensein die Solidargemeinschaft begrün-
dete. Die erste Generation der kinderarmen
oder kinderlosen Bevölkerungsgruppe geht
in den kommenden Jahren in den Ruhestand.
Vielen der neuen Alten fehlt eine größere Fa-
milie, die man im schlimmsten Fall um Hilfe
und Unterstützung bitten würde. Sie sind stär-
ker als bisher auf sich selbst und auf die Sozial-
kassen angewiesen und weniger bereit, indivi-
duelle Zumutungen auszuhalten. Einem Kind,
das man nicht bekommen hat, schuldet man
auch nichts. Und den Kindern anderer gibt
man eher keinen Kredit. Das verändert mehr
als die Generationenbilanz. Es verändert die
Menschen.

Für viele in der jüngeren Generation ist
Familiengründung an sich überhaupt kein Ziel
mehr. Ohne Kinder zu leben, ist für sie ein
gleichwertiger Entwurf für ein schönes Leben.
Sie fühlen sich nicht kinderlos, sie fühlen sich
kinderfrei. Für die Sozialversicherungen heißt

das: Die Probleme werden bleiben, die Umlage-
verfahren trocknen weiter aus. Die Wirkungen
innerhalb dieser Alterskohorte sind nicht weni-
ger dramatisch.

Immer mehr Erwerbspersonen sind
mal sozialversicherungspflichtig beschäftigt,
mal arbeiten sie auf Rechnung, mal sind sie im
Sabbatical oder auf einer Teilzeitstelle, manche
werden zwischendurch arbeitslos oder gehen
ins Ausland. Das fordert die Sozialversicherun-
gen heraus. Je inhomogener die Lebensent-
scheidungen ausfallen, desto schärfer werden
die latenten Verteilungskonflikte. Nichterben
verlangen nach einer hohen Erbschaftsteuer,
Vermögende agitieren gegen die Wiederein-
führung der Vermögensteuer. Kinderfreie ha-
ben wenig Interesse an Bildungsinvestitionen
und an der Familienmitversicherung. Städter
verlangen Mietendeckel und Mietpreisbremsen,
Landbewohner fragen aufgebracht, wer ihnen
denn hilft, ihre Immobilie klimafest zu ma-
chen. „Wo bleibe ich?“ Der neue Verteilungs-
kampf bezeichnet auch ein verändertes Gerech-
tigkeitsempfinden. Man möchte schon wissen,
wie die Bilanz am Ende eines Lebens aussieht.
Hat man den Verdacht, mehr einzuzahlen und
weniger herauszubekommen als viele andere,
wird man ärgerlich.

Kündigung für den Sozialabgabenstaat

Nur Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum
könnte diese Konflikte mittelfristig entschär-
fen. Kurzfristig hilft Migration jedoch nur be-
dingt. Seit zehn Jahren verlegen mehr Deutsche
ihren Wohnsitz ins Ausland, als dass umge-
kehrt deutsche Staatsbürger ins Land zurück-
kommen. Wenn aber mehr als 260.000 eher
jüngere Staatsbürger pro Jahr auswandern, ist
das nicht nur die neue Weltläufigkeit. Es ist
offenbar auch die Kündigung für den Sozial-
abgabenstaat. Denn die Leute gehen ja nicht

überwiegend nach Asien, Kanada oder Austra-
lien, sondern in Nachbarländer wie die Schweiz
und Österreich.

Die Einwanderung aus europäischen
Ländern ist ebenfalls seit Kurzem negativ. Le-
gale Einwanderer aus Ländern außerhalb Euro-
pas sind zwar „gute“ Risiken für die Sozialver-
sicherungen, weil die meisten von ihnen jung
und gut ausgebildet sind und meist einen Ar-
beitsvertrag in der Tasche haben, wenn sie ins
Land kommen. Doch wie allen anderen ver-
sprechen die deutschen Sozialversicherungen
auch ihnen hohe Leistungen, sodass sie das Sys-
tem am Ende nicht stabilisieren.

Flüchtlinge und Asylbewerber fürch-
ten ohnehin, dass sie vermutlich bald wieder
gehen müssen. Es ist nur logisch, sich „die Zäh-
ne machen zu lassen“, wie Bundeskanzler Olaf
Scholz im Jahr 2023 einmal polemisiert hat.
Warum sollten sich Menschen mit sehr be-
grenzter Bleibeperspektive einschränken oder
auf Leistungen verzichten, um ein Sozialsystem
in einer Gesellschaft zu stabilisieren, der sie
nicht angehören werden? Sie würden von einem
verantwortungsbewussteren Gebrauch bei-
spielsweise der Gesundheitsinfrastruktur nicht
einmal profitieren.

All das bedeutet: Die persönliche Ge-
winn- und Verlustrechnung wird in allen Be-
völkerungsgruppen wichtiger, die gesellschaft-
liche dagegen verblasst. Ökonomen würden

sagen, dass die Gewinne energisch internali-
siert, die Verluste mindestens genauso tempe-
ramentvoll anderen zugewiesen werden. Alle
Trends spielen gegen das Team „Solidargemein-
schaft-Alt“.

Nicht die Gesellschaft, ihre Art zu den-
ken, zu wirtschaften und zu verteilen, wird sich
auf die Dauer dem Bedarf der Kranken-, Ren-
ten- und Pflegeversicherung anpassen. Das Sys-
tem muss den Menschen von heute und ihren
Präferenzen gerecht werden. Wahlmöglichkei-
ten und kurzfristige Kosten-Nutzen-Rechnun-
gen müssen einerseits zulässig sein, anderer-
seits werden persönliche Risiken bei der
Bemessung der Beiträge eine größere Rolle
spielen. Man kann die Karenzzeiten für Kurz-
zeitversicherte in der Renten- und Pflegeversi-
cherung ausdehnen oder den Leistungskatalog
einschränken. Der Zugang in späteren Lebens-
jahren wird deutlicher reglementiert werden.
Bei der Rente wird es ohne den Aufbau einer
kapitalgedeckten Säule und eine längere Le-
bensarbeitszeit nicht gehen.

Dieser Weg ist notwendig. Denn die
Hoffnung, irgendwann wieder genug Wirt-
schaftswachstum generiert zu haben, um die
Verteilungskämpfe zu mildern, schwindet mit
jedem Jahr. Gesellschaften, die älter werden,
verlieren ohnehin an Energie und Potenzial für
mehr Wachstum. Sie sollten ihre Kraft nicht an
sinnlose Klassenkämpfe verschwenden.

Freie Rede und Regelwerk

Julia Klöckner
Geboren 1972 in Bad Kreuznach, 2009 bis 2011 Parlamentarische Staatssekretärin, 2001 bis 2018 Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, 2012 bis 2022 Stellv. Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands, 2018 bis 2022 Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, seit 2025 Präsidentin des Deutschen Bundestages.

Wege zu einem lebendigen demokratischen Diskurs

Politserien erfreuen sich großer Beliebtheit. Das US-amerikanische *House of Cards*, das dänische *Borgen* oder die deutsche Miniserie *Bonn. Alte Freunde, neue Feinde* – so sehr sie sich unterscheiden, sie verbindet etwas Bemerkenswertes: Je komplexer die Charaktere gezeichnet sind, desto fesselnder wirken sie auf uns. Die fiktiven Personen des politischen Lebens

bewegen sich zwischen Überzeugung und Pragmatismus, zwischen Prinzipientreue und Kompromiss, zwischen rationaler Abwägung und menschlicher Empfindung sowie Abgründen. Natürlich sind das überzeichnete Darstellungen. Doch gerade diese Vielschichtigkeit fasziniert uns. Paradoxerweise erwarten wir jedoch von der realen Politik oft das Gegenteil: Eindeutigkeit, wo tatsächlich Komplexität herrscht. Der öffentliche Diskurs neigt zur Vereinfachung. In sozialen Medien werden Politikerinnen und Politiker in Schubladen gesteckt, um sie leichter kritisieren zu können, oder Politikerinnen bedienen bewusst das, was Klicks bringt. Wir konsumieren Komplexität als Unterhaltung – und

erwarten Schlichtheit als politische Wirklichkeit. Wir sehen bunt und urteilen schwarz-weiß.

Diese Beobachtung führt direkt zum Kern unseres Zusammenlebens: Frieden und Streit stellen nur scheinbar ein Gegensatzpaar dar. Tatsächlich sind beide zentrale Elemente demokratischen Seins. Streit ist der Weg, friedliches Zusammenleben das Ziel. Das Grundgesetz gewährleistet, dass jede und jeder einen „Beitrag zum geistigen Meinungskampf“ leisten kann¹ – eine Formulierung, die zunächst nicht nach Frieden klingt, ihm aber dienen soll. Das Bundesverfassungsgericht hat dies einmal so beschrieben: Das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Ansichten wirke integrierend und sei zugleich die wirksamste Waffe gegen totalitäre und menschenverachtende Ideologien.²

Meinungsfreiheit bewahrt uns vor den dunkelsten Zeiten. Sie umfasst nicht nur die eigene Meinung. Toleranz beginnt erst, wenn wir auch die Meinung ertragen, die wir überhaupt nicht teilen. Das Verb „tolerieren“ stammt vom lateinischen Wort *tolerare* ab und bedeutet genau das: ertragen, erdulden, aushalten.

Gerade im Streit der Argumente zeigt sich die Verbundenheit der Demokratinnen und Demokraten. Je härter sie in der Sache diskutieren, desto deutlicher wird, dass sie auf einem gemeinsamen Boden stehen – auf dem Fundament geteilter demokratischer Werte und Verfahren. So folgten der teilweise harten Debatte um die Ostverträge Anfang der 1970er-Jahre die höchsten Wahlbeteiligungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Und auch die erbitterte Wiederbewaffnungsdebatte der 1950er-Jahre hat die westdeutsche Identität über Jahrzehnte geprägt.³

Gesellschaftlicher Frieden beruht nicht auf Eintracht, nicht auf gleicher Gesinnung und dem gleichen Bekenntnis in der Tagespolitik, sondern auf der Akzeptanz des Unterschiedlichen. Aufgabe der Demokratie ist nicht, Unterschiede zu beseitigen, sondern sie erträglich

zu machen – und am Ende zu entscheiden. Auf diesem Weg muss man zuhören, was die andere Seite beizutragen hat, und ihr mit Ernsthaftigkeit begegnen. Das ist anstrengend. Aber diese Mühe kann uns niemand abnehmen. Abkürzungen sind im demokratischen Diskurs nicht zielführend.

Wann Polarisierung gefährlich wird

Genau hier liegt eine der großen Aufgaben. Denn schnelle Zustimmung gibt es meist für das Gegenteil. Digitale Filterblasen behindern den mühsamen Weg der Verständigung. Sie dienen weniger dem Meinungsaustausch als der Selbstvergewisserung.⁴ Algorithmen verzerren die Wahrnehmung, Meinungen verfestigen

¹ So im sogenannten „Lüth-Urteil“ vom 15.01.1958, BVerfGE 7, 198 ff., RN 39, www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/1958/01/rs19580115_1bvr040051.html [letzter Zugriff: 14.10.2025].

² Bundesverfassungsgericht: „Das Grundgesetz geht davon aus, dass nur die ständige geistige Auseinandersetzung zwischen den einander begegnenden sozialen Kräften und Interessen, den politischen Ideen und damit auch den sie vertretenden Parteien der richtige Weg zur Bildung des Staatswillens ist [...]. Es vertraut auf die Kraft dieser Auseinandersetzung als wirksamste Waffe auch gegen die Verbreitung totalitärer und menschenverachtender Ideologien [...]“. Leitsätze zum Urteil des Zweiten Senats vom 17.01.2017, 2 BvB 1/13, www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2017/01/bs20170117_2bvb000113.html [letzter Zugriff: 14.10.2025].

³ „Der Diskurs über die Wiederbewaffnung hat zu einer grundlegenden Rekonstruktion der nationalen Identität Westdeutschlands geführt. Dabei wurden Identitätselemente etabliert, die über Jahrzehnte Bestand haben sollten.“ Siehe Jörg Nadoll: „Der westdeutsche Diskurs zur Wiederbewaffnung (1950-1955)“, in: Britta Joerißen/Bernhard Stahl (Hrsg.): Europäische Außenpolitik und nationale Identität: Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden, Bonn 2003, S. 340-352, hier S. 352, www.sobi.uni-passau.de/fileadmin/dokumente/fakultaeten/sobi/lehrstuehle/stahl/Publikationen/Nadoll_Der_westdeutsche_Diskurs_zur_Wiederbewaffnung.pdf [letzter Zugriff: 14.10.2025].

⁴ Vgl. auch im Folgenden Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste: „Echokammern“ und „Filterblasen“ in digitalen Medien, WD 10 - 3000 - 007/22, 21.03.2022, S. 11 ff., www.bundestag.de/resource/blob/898208/396d70db93fbc68bca40726b4d5308db/WD-10-007-22-pdf-data.pdf [letzter Zugriff: 14.10.2025].

sich, Diskussionen entgleisen. Sogenannte Fake News haben Durchschlagskraft. Wenn die gemeinsame Grundlage zerrinnt, lässt sich die Auseinandersetzung nicht mehr in geregelten Bahnen führen. Der Streit wird zum Wert an sich. Lautstärke wird zum Maßstab von Aufmerksamkeit und scheinbarem Recht haben.

Andere Demokratien zeigen, wohin das führen kann. In Großbritannien hat die Brexit-Debatte tiefe Gräben hinterlassen, die bis heute nachwirken.⁵ In den USA leben Republikaner und Demokraten in verschiedenen Realitäten. Sie verbindet nicht mehr der gemeinsame Diskurs, sondern die gegenseitige Abneigung – ein Phänomen, das Politikwissenschaftler als „affektive Polarisierung“ beschreiben.⁶ In den vergangenen Jahren eskalierte es bis hin zu politischen Gewalttaten und Morden.⁷

Polarisierung ist kein Fremdkörper der Demokratie, sie gehört zu ihr. Gefährlich wird sie, wenn das Vertrauen in die Redlichkeit und Existenzberechtigung der anderen Seite schwindet – wenn nicht mehr das Argument, sondern das Obsiegen zählt und nur die Frage: „Bist Du dafür oder dagegen?“ Wenn die Bereitschaft schwindet, das Gegenüber überhaupt verstehen zu *wollen*.⁸

Digitale Empörung versus parlamentarische Debatte

Wir müssen anerkennen, dass digitale Empörung anderen Regeln folgt als die gesittete parlamentarische Debatte. Politik muss auch in digitalen Räumen Präsenz zeigen, doch für den gesellschaftlichen Fortschritt sollten wir diese Auseinandersetzungen nicht überbewerten. Filtert man Lautstärke und Emotionen aus digitalen Debatten heraus, bleibt oft wenig Substantielles übrig. Eine Öffentlichkeit ist entstanden, die die leisen Zwischentöne nicht mehr versteht, bewusst missversteht und über-

interpretiert.⁹ Sie ist häufig lauter, wird aber selten klüger.

Diese Entwicklung ist bereits in den parlamentarischen Raum geschwappt. Verkommen Redebeiträge im Plenum zu Content-schnipseln für soziale Medien, stehen hinter lautstarken Auftritten am Saalmikrofon nur noch Klick- und Abonnementzahlen, verdrängt Performance die eigentliche Politik, dann verfehlen Parlamentarierinnen und Parlamentarier ihren Auftrag. Und wer Ordnungsrufe als Auszeichnungen betrachtet, hat die Funktion demokratischer Institutionen missverstanden. Ein Parlament kann den Ton für gesellschaftliche Debatten setzen. Wer die Polarisierung in der Gesellschaft beklagt, sollte sich fragen, welchen Anteil er oder sie selbst im Plenarsaal dazu beiträgt.

5 Nicolai von Odarza: „Vom Brexit zum Bregret? Britische Wirtschaft und Politik drei Jahre nach dem EU-Austritt“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 73. Jg., 12-13/2023, 20.03.2023, www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/vereinigtes-koenigreich-2023/519168/vom-brexit-zum-bregret/ [letzter Zugriff: 14.10.2025].

6 Torben Lütjen: „Die amerikanische Lektion. Wie Polarisierung der Demokratie schaden kann“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 71. Jg., 17-18/2021, 26.04.2021, www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/usa-2021/331736/die-amerikanische-lektion/ [letzter Zugriff: 14.10.2025].

7 Zu nennen wären hier der Anschlag auf den Ehemann von Nancy Pelosi, siehe „Lebenslange Haft nach Angriff auf Ehemann von Nancy Pelosi“, in: Die Zeit, 29.10.2024, www.zeit.de/politik/ausland/2024-10/nancy-pelosi-ehemann-paul-pelosi-usa-lebenslange-haft-ueberfall-hammer-gericht-kalifornien; die Mordanschläge auf die demokratische Abgeordnete Melissa Hortman, siehe „Verdächtiger nach Attentaten auf US-Politiker festgenommen“, in: Focus, 16.06.2025, www.focus.de/politik/ausland/politisch-motiviertes-attentat-demokratische-us-politikerin-und-ehemann-erschossen-senator-schwer-verletzt_e20d87d3-8451-4b47-ae98-eb620625a2b5.html; den Trump-nahen Influencer Charlie Kirk, siehe Klaus Brinkbäumer / Rieke Havertz: „Das Attentat auf Charlie Kirk und die Spirale politischer Gewalt“, in: Die Zeit, 11.09.2025, www.zeit.de/politik/2025-09/politische-gewalt-usa-charlie-kirk-attentat-ok-america [letzter Zugriff jeweils: 14.10.2025].

8 Arnd Pollmann: „Der Wille zum Missverständnis“, in: Deutschlandfunk Kultur, 30.08.2020, www.deutschlandfunkkultur.de/verrohte-gesprachskultur-der-wille-zum-missverstaendnis-100.html [letzter Zugriff: 14.10.2025].

9 Ebd.



Eugen Gerstenmaier, von 1954 bis 1969 Präsident des Deutschen Bundestages, stützt sich in einer kontroversen Debatte auf die „Bundestagsglocke“. Sie ist ein Symbol der Autorität der Bundestagspräsidenten und kommt bei besonderen Anlässen oder zur Wiederherstellung der Ordnung im Plenum zum Einsatz. Bonn, 7. November 1962, Foto: © akg-images / picture-alliance / Kurt Rohwedde

Wann wird eine Auseinandersetzung destruktiv? Wenn das Obsiegen wichtiger wird als das Gestalten. Die Philosophin Svenja Flaßpöhler skizzierte es drastisch: „Damit ein Streit nicht eskaliert und die Parteien unwiederbringlich auseinanderreibt, müssen die Bindungskräfte mächtiger sein als der Vernichtungsdrang.“¹⁰

Konstruktiver Streit braucht Regeln und Rituale. Die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages ist mehr als Bürokratie – sie bildet den Rahmen, in dem um die beste Lösung gerungen wird. Wer Sitzungen einberuft, wer wie lange sprechen darf, welche Rechte und Pflichten die Abgeordneten haben – all

das steht im Vorfeld fest. All das zählt zu den Spielregeln der Demokratie. Es sind keine Nebensächlichkeiten. Sie gelten unabhängig von Person und Fraktion.

Hier zeigt sich die Verletzlichkeit des demokratischen Diskurses: Nehmen sich politische Kräfte vor, nicht mehr konstruktiv zu debattieren, überschreiten sie Grenzen bewusst und wollen die Institutionen verächtlich machen, dann wird die Offenheit für andere Meinungen zur Achillesferse der Demokratie.

10 Svenja Flaßpöhler: Streiten, Berlin 2024, S. 22.

Diese Entwicklung macht die Bedeutung institutioneller Wächter sichtbar. Das Bundestagspräsidium sorgt als unparteiischer Schiedsrichter dafür, dass die Regeln eingehalten werden, die konstruktiven Streit ermöglichen. Wenn parlamentarische Debatten zu Public-Relations-Veranstaltungen verkommen und Provokation wichtiger wird als Argumentation, dann muss die präsidiale Sitzungsleitung korrigierend eingreifen.

Aus Strenge erwächst Offenheit

Das mag merkwürdig erscheinen – ausgerechnet durch Regelsetzung und -durchsetzung soll die Lebendigkeit der Demokratie bewahrt werden? Aus Strenge erwächst Offenheit? Genauso ist es. Denn in der Spannung zwischen Regelwerk und freier Rede entfaltet sich demokratische Kultur. Regeln statt Willkür, Ordnung statt subjektiver Geschmack, Klarheit statt Moralisieren. Ebenso, wie grenzenlose Freiheit zu unbegrenzter Anarchie führt, schaffen klare Grenzen in dosierter Form auch die größte Freiheit für alle. Daher legen die Grundrechte unserer Verfassung dem Staat Grenzen auf – sie sind in erster Linie Abwehrrechte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat. Sie bilden das Freiheitsfundament für uns alle.

Demokratie ist verletzlich, doch gerade das macht ihre Stärke aus. Sie zwingt uns zur Selbstreflexion. Wir können nur vorläufige Antworten geben, die bei besseren Argumenten revidiert werden müssen. Sie verlangt, anzuerkennen, dass unser Gegenüber möglicherweise recht hat.

Wer sich auf demokratische Auseinandersetzung einlässt, riskiert, überzeugt zu werden. Autoritäre Systeme kennen diese Unsicherheit nicht – dort steht das Ergebnis vorher

fest. Demokratie lebt von Ergebnisoffenheit und vertraut dem Wettstreit der Argumente. Diese Offenheit benötigt Übung überall im gesellschaftlichen Leben. Wer immer recht behalten will, wird niemals ein guter Demokrat. Der wahre Kampfgeist der Demokratie liegt im Kampf um bessere Lösungen, nicht in der Demontage des Gegners.

Letztlich können jedoch auch die besten institutionellen Wächter nur den Rahmen schaffen. Den demokratischen Geist müssen wir als Gesellschaft selbst mit Leben füllen und wachhalten.

Wie die fiktiven Charaktere in den Politserien, die uns mit ihrer Vielschichtigkeit fesseln, müssen wir im echten Leben die Komplexität von Streit und Frieden annehmen. Nuancen, Widersprüche und schwierige Abwägungen gehören zum politischen Prozess dazu. Genau hier liegt der demokratische Kern: Weder „Spaltung“ noch „Zusammenhalt“ dürfen zum Selbstzweck werden. Totale Spaltung zerstört die Demokratie – aber ein Zusammenhalt um jeden Preis erstickt sie.¹¹ Echter demokratischer Zusammenhalt wächst aus dem Streit heraus, nicht aus seiner Vermeidung.

Das ist anstrengend und mühsam. Aber es ist auch die beste Form des Zusammenlebens, die Menschen je erfunden haben. Oder wie es Winston Churchill formuliert hat: Demokratie ist die schlechteste Staatsform – mit Ausnahme aller anderen. Und sie verdient es, dass wir um sie kämpfen – mit Worten, mit Argumenten, mit der ganzen Kraft unserer demokratischen Überzeugung.

¹¹ Vgl. hierzu auch Jan-Werner Müller: „Verlieren ist auch eine Chance. Konflikte in Demokratien“, in: Die Zeit, 23.08.2023, www.zeit.de/2023/36/konflikte-demokratien-spaltung-zusammenhalt [letzter Zugriff: 14.10.2025].

Pluralismus oder Kleinkrieg?

Simon Strauß
Geboren 1988 in Berlin,
Historiker, Redakteur
der „Frankfurter
Allgemeinen Zeitung“
und Begründer der
Initiative „Arbeit
an Europa e.V.“.

Über Streitlust und Streitmüdigkeit in Deutschland

Es wird in diesem Land gerade zu wenig und zu viel gestritten. Der Streit ist unser ständiger Begleiter und versteckt sich doch hinter dem Gartenzaun. Vielleicht ist diese eigenartige Gleichzeitigkeit eines der prägenden Merkmale unseres nationalen Bewusstseins: Wir wollen streiten, aber trauen uns nicht recht – deshalb wirkt unser Streit oft verdrückt und hinterhältig. Im Grunde bildet der Streit eine entschei-

dende Ausgangsbedingung für die bürgerliche Gesellschaft. Das Aufeinandertreffen von Menschen mit unterschiedlichen Ansichten und Interessen fordert erst die Konfrontation und dann den Kompromiss. Der moderne Staat, der sich seine Gesellschaft etwa durch Steuergesetzgebung oder Erinnerungspolitik ja immer auch ein Stück weit selbst schafft, prozessualisiert den Streit, lenkt ihn in institutionelle Bahnen, bietet das Verfahren als Möglichkeit der geordneten Auseinandersetzung an. Es gibt in Deutschland viele Mediatoren, um den Streit zwischen seinen Bürgern nicht handgreiflich werden zu lassen. Das fängt bei Verkehrsampeln an und hört beim Bundesverfassungsgericht auf.

Die Frage ist gerade nur: Hilft die Mediation uns noch, und wird der Kompromiss weiterhin als Ergebnis akzeptiert? Oder erleben wir eine Transformation des Streitgedankens: weg von der Vorstellung eines konfrontativen Austauschs, der – durch den zwanglosen Zwang des besseren Arguments verführt – in eine rational verständliche Entscheidung mündet? Hin zu der Idee einer möglichst chaotischen und polarisierten Kommunikationssituation, in der Vieltimmigkeit zwar noch als Ideal proklamiert wird, aber in Wahrheit damit vor allem die Durchsetzung der eigenen lauten Stimme gemeint ist?

Die Transformation des Streitparadigmas geht einher mit der Transformation des Politikbegriffs: Wir beobachten die Durchsetzungskraft einer Politik, die im Streit ein Geschäftsmodell erkannt hat, das bei jeder Gelegenheit nach Ansätzen und Anlässen sucht, Gegnerschaft und Zwietracht breitenwirksam zu inszenieren. Die digitale Kolonisierungsmacht, die inzwischen alle Sonnenplatzträume der Vergangenheit in den Schatten zu stellen scheint, sorgt dafür, dass vornehmlich jene Gehör finden, die sich durch entschiedene Abfälligkeit hervortun. Und diese Abfälligkeit als Streitlustigkeit tarnen. Tarnen ist das richtige Wort, denn gegen jemanden zu sticheln oder zu hetzen, heißt noch lange nicht, mit ihm zu streiten. Das Wort erfüllt sich erst durch die Nähe zu einem Gegenüber. Das bedeutet nicht zwangsläufig durch Augenkontakt, aber doch durch den direkten Bezug auf das, was der Kontrahent sagt und meint.

Streiten ist eine Kulturtechnik, die *er*lernt, aber eben auch *ver*lernt werden kann. In den britischen Debattierclubs zum Beispiel, dort, wo zu einer Streitfrage unterschiedliche Sichtweisen ausgetauscht werden, der Streit als verbales Duell inszeniert wird und Zwischenrufe aus dem Publikum ausdrücklich erwünscht sind, wird diese Technik seit Jahrhunderten

trainiert. Wer je in der *Cambridge Union*, im ältesten Debattierclub der Welt, zu Gast war und auf den bordeauxrot gepolsterten Bänken sitzend eine ihrer hitzigen Debatten verfolgen durfte, wird den Respekt vor dem Wort Streit nicht so schnell verlieren und nicht jede ehrabschneidende X-Beliebigkeit damit adeln wollen.

Inflationärer Gebrauch des Wortes Streit

Genau daran krankt unser Bewusstsein gerade: dass wir das Wort Streit inflationär gebrauchen und es auf jede ausgetauschte Abfälligkeit anwenden. Deshalb haben wir das Gefühl, wir würden in Zeiten leben, in denen besonders viel gestritten würde. In Wahrheit wird gerade nur besonders viel Abfälligkeit ausgeteilt. Der echte politische Streit, der keineswegs ein „gesitteter“ sein muss, um als solcher zu gelten, basiert auf zwei Kriterien: Es muss ein streitlustiges Gegenüber geben, und es muss um eine streitbare Sache gehen. So wie der britische Journalist Walter Bagehot an der englischen Verfassung ihre Mischung aus *dignity* und *efficiency* lobte, so muss auch der produktive politische Streit vom Geist dieser zwei Kategorien geprägt sein: Würde und Effizienz. Also von einem gewissen Maß an Anerkennung, die man dem Gegenüber zuteil werden lässt, und einer Konzentration, die eine abstrakte Problemlage auf Thesen verknüpft und zum Austragungsort verbaler Konfrontation erklärt. Mit diesen beiden Kriterien im Kopf lässt sich die Frage stellen: Wer sollte gerade in Deutschland streiten und vor allem worüber?

Beginnen wir mit der zweiten Frage: Es scheint, als ob die allermeisten unserer gegenwärtigen Streitfragen sich in der Leitdiffferenz Liberalismus versus Autoritarismus spiegeln ließen, also dem Umstand Rechnung tragen, dass die liberale Fortschrittserzählung an ein Ende gekommen zu sein scheint und die



Sir Stephen Fry anlässlich der Debatte „This House Would Disestablish the Church of England“ am 11. November 2016 in der „Cambridge Union“. Foto: © Om285, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons

narrativen Kräfte der Ordnung und Sicherheit wieder deutlich an Anziehung gewinnen. Dass die Veränderungsdynamik auch in Deutschland aktuell eher von rechts als von links ausgeht, ist keine perhorreszierende Prophezeiung mehr. Rechte Veränderung, das heißt: geschlossene statt offene Gesellschaft, hierarchische statt konsensuale Entscheidungsfindung. Der Streit, den das linksliberale Politikverständnis immer als sein kommunikatives Ideal proklamiert, aber durch den Ausschluss abweichender Ansichten in Wirklichkeit nie ernsthaft eingelöst hat, wird nun zum Tarnbegriff einer Strategie politischer Verächtlichmachung, in dem politische Kontrahenten als Aussätzige behandelt und Sachfragen allein auf ihr ideologisiertes Provokationspotenzial abgeklopft werden.

Es scheint, als ginge es diesem zerstrittenen Deutschland gar nicht (mehr) darum, sich zu streiten. Nicht mehr um das Wechselspiel aus Kontroverse und Kompromiss. Stattdessen ist es, als ginge es unter dem Druck der digitalen Kolonisierungsmächte vornehmlich darum, Abnehmer für seine politische Geschäftsidee zu gewinnen. Die Rechte pitcht in diesem Sinne mehr, als dass sie an Umsetzung denkt. Das heißt, es geht ihr nicht um den Eintritt in die Sphäre des zwanglosen Austauschs, sie will gar nicht – wie die bereits erwähnte *Cambridge Union* – auf den bordeauxfarbenen Polstern sitzen, sondern lieber draußen vor der Tür stehen und ein Reel aufnehmen. Das ist kein Streit um die Frage repräsentative oder direkte Demokratie. Das ist ein Wettfeiern um das bessere

Geschäftsmodell. Erfolgreiche Politiker sind jetzt Medienunternehmer, sie produzieren Inhalte für die eigene Sache und verkaufen sie als Massenware für die politische Unterhaltung.

Wer sollte also in diesem Land gerade streiten? Nicht links mit rechts, nicht konservativ mit sozialdemokratisch, sondern das republikanische Wir mit dem politisierten Unternehmereg. Mit jener Kraft, die personenvergessen nur die Masse Mensch vor Augen hat, von der getragen sie Veränderungen durchsetzen kann. Denn das kann sie! Nicht nur der Streit, der zwanglose Zwang von Argumenten, kann Veränderung durchsetzen, sondern auch ein digitalrevolutionärer Imperativ, der davon zehrt, die Menschen künstlich voneinander zu entfernen, ihnen das Vertrauen ins Gegenüber zu nehmen und dafür Angst vor der Welt zu machen.

Streit als subversive Überlebenstechnik

Es kann daher nicht nur darum gehen, „die Probleme der Bürger zu lösen“ (als wäre die Politik eine Sanitärfirma, die ein verstopftes Abflussrohr säubert). Es muss auch darum gehen, ihnen wieder den Respekt vor dem politischen Streit nahezubringen – und die Skepsis gegenüber dem Geschäft mit der politischen Abfälligkeit. Wer heute politisch streitet, der streitet nicht nur *miteinander*, der streitet auch *für* etwas: für einen bindenden, nicht chaotischen

Begriff von Gesellschaft. Für den Stolz auf die gegenseitige Anwesenheit. Früher hätte man gesagt: für die Idee von Brüderlichkeit.

Warum eigentlich früher? Wenn die Weltmacht sich im Ego zeigt, bietet das nicht die Chance auf einen Widerstand durch das Wir? Und ist so gesehen der Streit am Ende nicht auch eine subversive Überlebenstechnik, weil er den Sinn für die Gemeinschaft stärkt? Streiten kann man nicht allein. Die strahlende Souveränität des Begriffs Brüderlichkeit rührt genau daher, dass man sich Brüder eben nicht ohne Streit vorstellen kann. Und doch ist sicher, dass sie einander für immer genau das bleiben: Brüder. Die Bürgerschaft als Geschwisterpaar – das wäre der gegenwärtigen politischen Rhetorik wahrscheinlich zu pathetisch. Und doch braucht unser angeschlagenes politisches Selbstbewusstsein wahrscheinlich genau solche Pathosformeln des Republikanischen dringender denn je. Denn es gilt, was Schiller schon an seinen streitlustigen Bürgerbruder Goethe schrieb: „Nun kann ich nur hoffen, dass wir, soviel von dem Wege noch übrig sein mag, in Gemeinschaft durchwandeln werden, und mit umso größerem Gewinn, da die letzten Gefährten auf einer langen Reise sich immer am meisten zu sagen haben.“

Zum Weiterlesen

Strauß, Simon: In der Nähe. Vom politischen Wert einer ostdeutschen Sehnsucht, Klett-Cotta-Verlag (Tropen), Stuttgart 2025.

Restbestände einer bürgerlichen Tugendlehre

Astrid Séville
Geboren 1984 in Aachen,
Professorin für
Politikwissenschaft,
insbesondere Politische
Theorie, Leuphana
Universität Lüneburg.

Die Beschwörung liberaldemokratischer Streitkompetenz

In seinem jüngsten Werk entdeckt der Kulturwissenschaftler Helmuth Lethen das Erbe des Stoizismus wieder.¹ Bei Lethen verwundern solche Überlegungen zu einem den Zeiten und Umständen angemessenen Verhalten nicht, ist doch die *kalte persona* der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts sein akademisches Lebensthema. Das Ringen um den richtigen Grad von Kälte und

Wärme sowie daran anschließend die Frage nach einem klugen Maß von Aufgeregtheit, Alarmismus oder Sachlichkeit und Abgeklärtheit ist mehr als ein gestriges Phänomen, das den Gegenstand wissenschaftlicher Studien bildet – es ist heute angesichts weltpolitischer Verwerfungen und Konflikte sowie der Attacken auf den demokratischen Rechtsstaat und die pluralistische Gesellschaft ein politisches Problem. Wie soll man auf die gegenwärtige Lage antworten, wie soll man auf die Aggressivität autoritärer, illiberaler, revanchistischer, rechtspopulistischer und radikaler Kräfte reagieren?

Nicht ohne Grund hat der mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 2025 ausgezeichnete Historiker Karl Schlögel seine Preisrede „Von der Ukraine lernen. Verhaltenslehren des Widerstands“ betitelt.² Parallel zu Schlögels Mahnungen warnt Michel Friedman vor der „Gleichgültigkeit“ einer Mitte, die sich behäbig in Sicherheiten wiege und wegschaue, wenn es um die Verteidigung ihrer eigenen Prinzipien und Werte geht,³ und manch ein Journalist erwägt gar die Frage, ob die deutschen Bürger noch gar nicht den „Ernst der Lage“ begriffen hätten.⁴

Jenseits der Frage nach einer angemessenen Krisenpolitik stellt sich folglich das Problem einer angemessenen Haltung, eines richtigen Verhaltens in diesen Zeiten. Dabei kann womöglich mit und gegen Lethens Relektüre stoische Gelassenheit als Fatalität einer saturierten bürgerlichen Gesellschaft gelten, denn die Rede von der Wehrhaftigkeit des demokratischen Verfassungsstaats bleibt ohne eine wehrhafte Gesellschaft und zu ihr fähige und willige Bürger hohl. Genau diese gesellschaftliche Wehrhaftigkeit und Verteidigungsbereitschaft stehen in Deutschland zur Debatte. Einem Aspekt dieser Diskussion will dieser Essay nachgehen: Mit Blick auf die innenpolitische Konfliktlage stellt sich die Frage, wie man mit den Angriffen, Tabubrüchen und Entgleisungen von Rechtspopulisten und -extremisten umgehen soll. Die Überprüfung der Verfassungstreue, das immer wieder erwogene Parteiverbot der AfD und der Ausschluss mancher Kandidaten vom passiven Wahlrecht sind bekanntlich die Schwerter des deutschen Rechtsstaats, doch Rechtspopulismus und -extremismus werden nicht nur als eine (partei-)politische, sondern auch von vielen Bürgern als eine soziale, moralische und kommunikative Herausforderung im konkreten Miteinander erlebt. Was kann man tun, was soll man tun, wenn das Gegenüber radikale, demokratiefeindliche und/oder inkriminierende Ansichten kundtut? Muss man dann als guter Bürger *streiten*?

Streiten lernen

In den letzten Jahren wurde immer wieder betont, wie sehr die liberale Demokratie von Orten und Praktiken des Streitens zehrt.⁵ Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beschwört die Fähigkeit des Disputs, ja er hat sich einen geradezu kämpferisch-pastoralen Ton angewöhnt.⁶ Auch andere schließen in Veröffentlichungen an die Idee demokratischer Streitkompetenz an; so formuliert der ehemalige Bundesminister Heiko Maas die Sentenz: „Unsere Streitkultur ist ein Fundament unserer Demokratie“,⁷ während wieder andere Autoren etwas langatmiger erklären: „Demokratie braucht eine lebendige Streitkultur und einen offenen Austausch über die politischen und weltanschaulichen Lager hinweg.

1 Helmut Lethen: Stoische Gangarten. Versuche der Lebensführung, Berlin 2025.

2 Siehe dazu die Mitteilung unter www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/aktuelles-themen/detailseite/karl-schloegel-mit-dem-friedenspreis-des-deutschen-buchhandels-2025-ausgezeichnet [letzter Zugriff: 24.10.2025].

3 Michel Friedman: „Die größte Gefahr sind gleichgültige Demokraten in der Mitte“. Interview mit Florian Eichel, in: zeit.de, 29.08.2025, www.zeit.de/kultur/2025-08/michel-friedman-mensch-demokratie-erinnerungskultur-gaza-friedrich-merz [letzter Zugriff: 24.10.2025].

4 Ralph Bollmann: „Braucht es mehr Krise?“, in: faz.net, 18.10.2025, www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schwarz-rot-und-reformen-braucht-es-mehr-krise-110737236.html [letzter Zugriff: 24.10.2025].

5 Vgl. auch Astrid Séville: „Modern Micropolitics of Antipopulism: Rethinking Discourse and Empathy“, in: Politische Vierteljahresschrift, 23.01.2025, <https://doi.org/10.1007/s11615-024-00588-1> [letzter Zugriff: 24.10.2025]. Das im Folgenden skizzierte Material diente auch dort als Untersuchungsgegenstand.

6 Astrid Séville: „Pastorale Agonalität. Die bundespräsidielle Demokratiepolitik Frank-Walter Steinmeiers“, in: [Verfassungsblog](http://verfassungsblog.de), 05.09.2022, <https://verfassungsblog.de/pastorale-agonalitat/> [letzter Zugriff: 24.10.2025].

7 Heiko Maas: Aufstehen statt Wegducken. Eine Strategie gegen Rechts, München 2017, S. 57.

8 Romy Jaster / David Lanius: Die Wahrheit schafft sich ab. Wie Fake News Politik machen, Ditzingen 2019, S. 103. Die Autoren beziehen sich an dieser Stelle auf John Stuart Mill, dessen „Ausführungen [...] einen Nerv [treffen].“ Ebd.

9 Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt am Main 1962; ders.: Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik, Berlin 2022.

10 Vgl. Angelika Linke: Sprachkultur und Bürgertum. Zur Mentalitätsgeschichte des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1996.

11 Christian Schüle: In der Kampfzone. Deutschland zwischen Panik, Größenwahn und Selbstverzerrung, München 2019, S. 298.

12 Marie-Luisa Frick: Zivilisiert streiten. Zur Ethik der politischen Gegnerschaft, Ditzingen 2017, S. 57 (Hervorhebung im Original).

13 Bernhard Pörksen / Friedemann Schulz von Thun: Die Kunst des Miteinander-Redens. Über den Dialog in Gesellschaft und Politik, München 2020.

14 Franz von Kempis: Anleitung zum Widerspruch. Klare Antworten auf populistische Parolen, Vorurteile und Verschwörungstheorien, München 2019.

15 Philipp Steffan: Sag was! Radikal höflich gegen Rechtspopulismus argumentieren, Hamburg 2019.

16 Hasnain Kazim: Auf sie mit Gebrüll! ... und mit guten Argumenten. Wie man Pöblern und Populisten Paroli bietet, München 2020.

17 Romy Jaster und David Lanius betreiben ein „Forum Streitkultur“ und veröffentlichen zahlreiche Artikel zum Thema, bieten Schulungen an und so weiter, <https://forum-streitkultur.de> [letzter Zugriff: 24.10.2025].

Nur dadurch können die in Demokratien gemeinsamen Maßstäbe für eine gelungene Politik gefunden werden.“⁸

Das Reden und Schreiben über „Reden“, „Diskutieren“ und „Streiten“ hat Konjunktur, weil der Eindruck herrscht, dass diese nicht mehr routiniert ablaufen und man sich daher auf ein Neues ihrer Voraussetzungen und Verfahrensweisen vergewissern muss. Insbesondere der Aufstieg und die Wahlerfolge rechtsextremistischer Kräfte haben ebenso wie die öffentliche Diskussion um Verschwörungstheorien im Zuge der Corona-Pandemie zu einer Verunsicherung geführt, so dass man sich nicht nur nach einer Lektüre von Jürgen Habermas’ Werk fragt,⁹ ob Demokratie eine bestimmte Kultur des Umgangs, der Anerkennung von Wissen, Rationalität und Moral sowie bestimmte kommunikative Verfahren und Gepflogenheiten benötigt. Zumindest bürgerlichen Milieus schienen spezielle Konversations- und Diskussions-techniken als ein selbstverständliches Element der liberaldemokratischen Öffentlichkeit, auch wenn man einwenden konnte, dass dies dazu diene, bürgerliche Eigenheiten zu idealisieren, zu verallgemeinern und sich abzugrenzen.¹⁰

Seit geraumer Zeit bieten Medien und Plattformen wie X, TikTok, Instagram et cetera Artikulations- und Teilhabemöglichkeiten, die den Kreis der Sprecher erweitern, neue Formate, Stile und Tonfälle des politischen Sprechens ermöglichen und in den Raum des Sicht- und Hörbaren einführen. Damit werden auch hässliche, diskriminierende und destruktive Einwürfe lauter; technisch wird die öffentliche Polemisierungsspirale noch befeuert. Dies führt nun zu der breit geteilten Diagnose eines Verfalls der politischen Debatten- und Streitkultur. Bei dem Publizisten Christian Schüle heißt es etwa: „Politiker und Bürger [haben] das stilvolle Streiten verlernt.“¹¹ Die Philosophin Marie-Luisa Frick schreibt: „Eine solche Kultur offenen Denkens und (Wider-)Sprechens, also eine demokratische *Streitkultur*, sieht sich zahlreichen Gefährdungsbedingungen ausgesetzt [...]“.¹² Vor dem Hintergrund dieser Verfallsdiagnose und des Aufstiegs radikal rechter Kräfte wollten in den letzten Jahren zahlreiche Autoren wie Bernhard Pörksen und Friedemann Schulz von Thun,¹³ Franz von Kempis,¹⁴ Philipp Steffan,¹⁵ Hasnain Kazim,¹⁶ Romy Jaster und David Lanius¹⁷ darlegen, wie politisches Streiten und Debattieren „zivilisiert“, „konstruktiv“ und „höflich“ funktionieren kann, wie man durch gute Gesprächsführung Konflikte austragen, aber auch Brücken bauen kann.

In all diesen Publikationen wird betont, dass man Rechtspopulisten, Verschwörungstheoretikern und anderen „etwas anderes als Schweigen entgegensetzen“¹⁸ müsse. Es geht um konkrete Praktiken der Auseinandersetzung und um die Erörterung einer Sprachfähigkeit des eigenen – politischen – Standpunkts, um Möglichkeiten der Austragung

von Konflikt und Versöhnung und dabei um eine „Haltung, die jeder Einzelne einnehmen und einüben kann“.¹⁹ Es handelt sich um Handreichungen, die einerseits Mut, Zivilcourage, Widerrede, einen Gestus der engagierten (politischen) Vorwärtsverteidigung fordern, andererseits Zivilisiertheit, Anstand, Haltung, Höflichkeit empfehlen.

Präzise Verhaltensregeln

Dabei ist bemerkenswert, dass jene Autoren ihre Überlegungen zu einem höflichen, zivilisierten oder konstruktiven Streiten oftmals mit (sozial-)psychologischen Allgemeinplätzen versehen. Im Werk von Pörksen und Schulz von Thun erfährt man zum Beispiel: „Der Mensch ist ein Beziehungswesen. Die Qualität seines Lebens steht und fällt mit der Qualität gelingender Beziehungen. Das heißt, dass er stets beides braucht: die Bereitschaft zum Streit und ein Mindestmaß an Verständnis und Empathie.“²⁰ Vielfach benennen die bereits erwähnten Autoren die Grenzen menschlicher Rationalität und Einsichtsfähigkeit, auch die „*Biases*“²¹ von Individuen. Hinweise auf die in einer Demokratie essenzielle Bereitschaft zur Auseinandersetzung treffen auf die Mahnung, dass man Befindlichkeiten, Irrationalitäten und Gefühle anerkennen beziehungsweise stehenlassen müsse. Immer wieder taucht hierbei der Schlüsselbegriff „Empathie“ auf. So schreibt Franzi von Kempis: „Bei sich selbst Empathie für die vielleicht konträren Meinungen anderer zu wecken (und aufrechtzuerhalten) ist nicht immer einfach.“²²

Zudem formulieren diese zeitgenössischen Texte mitunter sehr präzise Verhaltensregeln. Als Beschreibung eines guten Streits benennen die Philosophen David Lanius und Romy Jaster „zehn Regeln für eine gute Debatte“:

1. Versuchen Sie, wirklich zu verstehen
2. Bleiben Sie beim Thema
3. Stellen Sie so viele offene Fragen wie möglich
4. Finden Sie Gemeinsamkeiten
5. Belehren Sie Ihr Gegenüber nicht
6. Begründen Sie Ihren Standpunkt
7. Interpretieren Sie wohlwollend
8. Üben Sie sachliche Kritik
9. Deeskalieren Sie
10. Wechseln Sie die Perspektive²³

Hier werden eine Verständnisorientierung sowie eine Praxis des (sachlichen) Argumentierens angemahnt – etwas, das in Habermas’ Theorie noch sprach- beziehungsweise kommunikationsimmanent gegeben war.

18 So die symptomatische Formulierung in Christine Holch / Katharina Greve: „Sagt was! Tut was dagegen!“, in: Chrismon. Das evangelische Magazin, Nr. 06/2021, S. 13-18, hier S. 13.

19 Marie-Luisa Frick, a. a. O., siehe Rn. 12, hier S. 90.

20 Bernhard Pörksen / Friedemann Schulz von Thun, a. a. O., siehe Rn. 13, hier S. 55.

21 Vgl. Romy Jaster / David Lanius, a. a. O., siehe Rn. 8, hier S. 105.

22 Franzi von Kempis, a. a. O., siehe Rn. 14, hier S. 20.

23 Diese zehn Regeln sind zu lesen unter <https://forum-streitkultur.de/zehn-regeln-gute-debatte/> [letzter Zugriff: 24.10.2025].

24 Franzi von Kempis, a. a. O., siehe Rn. 14, hier S. 20.

25 Marie-Luisa Frick, a. a. O., siehe Rn. 12.

26 Frick greift daher in ihrer Argumentation immer wieder auf Chantal Mouffe (Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt a. M. 2007) und Hans Kelsen („Verteidigung der Demokratie“, in: Abhandlungen zur Demokratietheorie, hrsg. v. Matthias Jestaedt und Oliver Lepsius, Tübingen 2006, S. 229-237) zurück.

27 Christine Holch / Katharina Greve, a. a. O., siehe Rn. 18, hier S. 18 f.

Der Kontrast zu diesem Werk zeigt, dass die Autoren ein praktisches Wissen, ein didaktisches Vademecum einer – ins Populäre gewendeten – Diskursethik formulieren.

Nicht nur hier klingen konkrete Praktiken, Verhaltensweisen und Affektlagen an: Diskurs- und Streitkompetenz äußert sich in Selbstbeherrschung, in einer sachlichen Verweigerung von Enthemmung, in einer Beherrschung und Beharrung auf Takt, Manieren, Diplomatie sowie in Anerkennung, Abwägung und Interesse. Es gehe schließlich darum, „mit einer offenen Haltung ins gemeinsame Gespräch zu gehen“.²⁴ Marie-Luisa Frick verbindet daher ihre Überlegungen zum zivilisierten Streiten mit einer „Ethik der politischen Gegnerschaft“,²⁵ die auf den Punkt hinausläuft, es gelte, den anderen anzuerkennen und Streit beziehungsweise „Agonalität“ als produktives Merkmal von Pluralismus zu begreifen.²⁶

In einem Artikel in der Zeitschrift *Chrismon* fassen schließlich zwei Autorinnen die einschlägige Ratgeberliteratur zum guten Streiten zusammen:

„Vielleicht die wichtigste Regel: weniger sagen, mehr fragen.“

„Nicht ins Wort fallen, nicht vorschnell reagieren. Dabei hilft es, sich zurückzulehnen, äußerlich wie innerlich.“

„Gemeinsamkeiten betonen (,da sind wir ja einer Meinung‘); und durch Small Talk Gemeinsamkeiten schaffen (Wetter, Kindererziehung, Hobbys).“

„Kontakt unter Auflagen“ („Wir treffen uns, aber sprechen nicht über dieses Thema, weil es mir damit nicht gut geht.“); „Unbedingt das Gespräch beenden, bevor es zum Streit kommt. Ach so: Nicht damit rechnen, das Gegenüber zu überzeugen.“²⁷

Strategischer Wechsel von Diskussion zu Konversation

Erneut zeigen sich Appelle an Gelassenheit, Disziplin sowie an eine Art didaktische *Raffinesse*: Verstehen wollen bedeutet, Fragen zu stellen, gegebenenfalls Gesprächsregeln festzulegen, sich auf eine Metaebene des Gesprächs zuzubewegen. Der einzelne, hier angelernte Akteur funktioniert zugleich als (Schiedsrichter-)Instanz der Gesprächsführung und Gesprächsbeteiligter, was eine Asymmetrie, eine machtvolle Schiefelage im Gespräch mit sich bringt. Wer entscheidet wann über Regeln, Abbruch? Der kompetent streitende Bürger ist dazu imstande; ihm kommt eine kommunikative Souveränität zu.

Im Sinne dieser Streitsoveränität taucht nicht nur die Möglichkeit des Gesprächsabbruchs, sondern auch der strategische Wechsel von politischer Diskussion zu Konversation im Hinweis auf „Small Talk“

wieder auf. Verstehen wollen heißt auch, Gemeinsamkeiten erkennen (wollen), Geselligkeit produzieren, notfalls das Thema wechseln, um diese jenseits des Politischen herzustellen. Politisch zu diskutieren, scheint ohne unverfängliches Konversieren kaum denkbar; Konversieren ermöglicht den sozialen Kitt, der Streit abzumildern und zu umgehen helfen kann. Der potenzielle politische Gegner wird dann zu einem Andersdenkenden, der vielleicht auch Kinder hat, angeln geht, ebenfalls unter dem Dauerregen leidet und so weiter. Harter politischer, argumentationsbasierter Streit bleibt ein soziales Risiko und eine potenzielle Zumutung.

Die Tugend des Streitens

Jene Verhaltenslehren des guten Streitens konstruieren eine Asymmetrie der Gesprächssituation. Die Frage, wer die Regeln oder Grenzen „sachlicher Kritik“ oder von Small Talk festlegt, und die Szenarien der in den Texten erzählten Gesprächssituationen führen unweigerlich zur Frage kommunikativer und sozialer Macht. Jene Handreichungen richten sich an den guten, liberalen, aufgeklärten, verständnisorientierten und affektkontrollierten Demokraten. Dessen Fähigkeit, zu streiten, aber auch Streit zu moderieren und notfalls abbrechen zu können, wenn die andere Seite gar kein Interesse an argumentativem Austausch zeigt, wird zu einer Beweisführung bürgerlicher Redlichkeit und Sozialkompetenz. Politischer Streit zehrt nicht nur von sozialen Tugenden – er wird selbst zur liberaldemokratischen Tugend. Diese wird so häufig beschworen, dass es politisch beinahe hilflos wirkt. Hier zeigt sich der vorgeblich weltanschaulich neutrale Restbestand einer Tugendlehre, auf die sich in einer in jeder Hinsicht heterogenen und diversifizierten Gesellschaft der Gegenwart alle einigen können sollen.

Aber was, wenn auch Streit und Gespräch keine Befriedung gesellschaftlicher Konflikte mehr leisten können? Am Ende ist es eine Formulierung des eingangs erwähnten Karl Schlögel, die liberale Demokraten heutzutage zu irritieren vermag: Schlögel erklärte, wohl gemerkt mit Blick auf die Ukraine, man müsse womöglich auch wieder „siegen lernen.“²⁸

28 So der letzte Satz in Schlögels Dankesrede in der Frankfurter Paulskirche, vgl. www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/aktuelles-themen/detailseite/karl-schloegel-mit-dem-friedenspreis-des-deutschen-buchhandels-2025-ausgezeichnet [letzter Zugriff: 24.10.2025].

„Sisyphos war ein glücklicher Mensch“

Über Streit und Staatseffizienz in Demokratien

Thorsten Frei
Geboren 1973 in Säckingen, seit 2013 Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, seit 2025 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts.

Herr Minister Frei, wie wichtig ist Streit für die Demokratie?

Sehr wichtig. Demokratie braucht Streit. Das Ringen um die beste Lösung gehört zum Wesen unseres politischen Systems.

Und doch: Zu viel Streit schadet der Demokratie – jedenfalls innerhalb einer Regierung und insbesondere, wenn er öffentlich ausgetragen wird. Die Ampelkoalition hat sich und die Öffentlichkeit daran erschöpft. Was haben Sie daraus gelernt? Welche Konsequenzen ziehen Sie aus den – nicht nur harmonischen – ersten 100 Tagen der schwarz-roten Koalition?

Natürlich müssen sich die Abläufe in einem Regierungsapparat dieser Größenordnung immer erst einspielen. Aber bitte bedenken Sie, dass diese Bundesregierung wortwörtlich vom ersten Tag an in die Vollen

gegangen ist. Die Zahl der Vorhaben, die wir in der Kürze der Zeit auf den Weg gebracht haben, ist enorm. Dass es bei dieser großen Reformanstrengung auch einmal zu Reibungen kommen kann, liegt in der Natur der Sache.

Drei Parteien, zwei Fraktionen, 16 Ministerien, 16 Bundesländer – und das Kanzleramt mittendrin. Die Zahl Ihrer Stakeholder ist damit nur grob umrissen. Vor diesem Hintergrund erscheint Konfliktbewältigung als Sisyphos-Aufgabe. Wünschen Sie sich manchmal mehr „Basta“?

Sisyphos war ja bekanntlich ein glücklicher Mensch. Ich finde: Das „Basta“-Bild sollte man nicht überstrapazieren. Nicht jede Debatte ist ein erbitterter Streit. Angesichts der Dimensionen, über die wir hier sprechen und zu entscheiden haben, halte ich das intensive Verhandeln für zwingend notwendig. Und da sich diese Koalition aus drei eigenständigen und selbstbewussten Parteien zusammensetzt, wäre die Basta-Methode der falsche Ansatz.

In einigen westlichen Demokratien ist die Kettensäge zum Symbol für eine radikale Wiederherstellung staatlicher Effizienz geworden. Wie beurteilen Sie solche Bestrebungen?

Vor radikalen Ideen sollten wir uns hüten. Das hat auch in der Vergangenheit zu nichts Gutem geführt. Ein bisschen mehr Selbstbewusstsein würde uns guttun: Deutschland ist die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt, die ihre herausgehobene Position trotz all der Umbrüche seit vielen Jahren erfolgreich verteidigt. Wir haben Standards erreicht, um die uns die meisten Länder der Welt beneiden. Da gibt es keinen Grund für revolutionäres Gedankengut. Wir sollten unsere Institutionen reformieren und verbessern, nicht zerstören.

Würden Sie zustimmen, dass eine Reihe westlicher Demokratien – darunter auch Deutschland – aktuell ein „Performance-Problem“ hat, Schwierigkeiten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft effizient zu bewältigen?

Leider ist das so. Ohne Zweifel gibt es viele Bereiche, in denen Reformen notwendig sind. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir mit mehreren Krisen gleichzeitig umgehen müssen. Das beginnt mit dem fürchterlichen Krieg in der Ukraine und reicht bis zu unserer Wirtschaftsstruktur, die zurzeit unter Druck steht. Und nicht zu vergessen sind die Folgen des Klimawandels, die uns dazu zwingen, die Energieproduktion und -versorgung neu auszurichten.

Autoritäre Staaten wie China holen wirtschaftlich, technologisch, militärisch – mindestens – auf. Sind komplexe und zeitintensive



Foto: @ Tobias Koch

demokratische Verfahren ein struktureller Nachteil für die Wettbewerbsfähigkeit? Wenn ja, was wiegt diesen Nachteil auf?

Demokratische Prozesse mögen langsamer sein, aber als strukturellen Nachteil sehe ich unsere Verfahren keineswegs. Im Gegenteil: In liberalen und offenen Gesellschaften können neue Ideen viel unbeschwerter umgesetzt und getestet werden. Das Silicon Valley ist das beste Beispiel. Die liberale Demokratie und die Soziale Marktwirtschaft bleiben ganz sicher Grundlagen für unser Wohlstandsversprechen. Allerdings hängt es von den politischen Entscheidungsträgern ab, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich die Menschen zu Kreativität und Leistung motiviert fühlen.

Das Alltagsleben darf nicht zu kompliziert werden. Wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht selbst mit gut gemeinten Verordnungen und Gesetzen zu sehr blockieren oder gar selbst strangulieren. Denn die systemische Rivalität zwischen autoritären und liberal-demokratischen Systemen ist mittlerweile offensichtlich. Diese Bundesregierung ist daher mit dem festen Vorsatz angetreten, die Wettbewerbsfähigkeit und die Standortbedingungen in Deutschland nach Kräften wieder zu stärken. Denn eines sollte uns allen klar sein: Ohne Wachstum ist alles

nichts. Gute Löhne, gute Renten und selbst die innere und äußere Sicherheit – das alles lässt sich nur mit Wirtschaftswachstum erreichen.

Sie haben gesagt: Das Gelingen Ihrer Arbeit bemisst sich daran, wie erfolgreich die Regierung als Ganzes zusammenarbeitet. Was sind Ihre Methoden, um dieses Zusammenspiel zu erreichen?

Eine Regierung kommt nur als Team zum Ziel. Das sollten alle Akteure verinnerlichen. Naturgemäß ist das keine einfache Sache bei Parteien, die regelmäßig Wahlkampf gegeneinander führen. Doch trotz dieser schwierigen Gemengelage ist es uns bereits gelungen, eine gute Atmosphäre zu erzeugen und schnell gute Ergebnisse vorzulegen. Eine enge inhaltliche Abstimmung und ein offener Gedankenaustausch sind dabei unerlässlich. Schwierige Themen sprechen wir möglichst frühzeitig an, und auch der breite Informationsfluss in die Fraktionen und in die Parteien muss sichergestellt sein.

Nach welchen Kriterien wählen Sie zwischen vermittelnder Moderation und klarer Führung?

Im Wettbewerb um die besten Ideen geht es zuallererst um überzeugende Argumente.

Wann ist es sinnvoll, Konflikte offen auszutragen? Und wann ist es geboten, sie zu begrenzen?

Es gibt die Wahlkämpfe, um Konflikte in aller Öffentlichkeit auszutragen und den eigenen Standpunkt herauszustreichen. Mit dem Koalitionsvertrag haben wir uns auf eine gemeinsame Schnittmenge verständigt, die wir jetzt umsetzen. Natürlich hält das Ringen um den besten Weg an, aber offene Feldschlachten sind da wenig hilfreich.

Was unterscheidet einen guten von einem faulen Kompromiss?

Richtschnur des eigenen Handelns muss die Frage sein, was gut für unser Land ist. Aus diesem Grund trägt der Koalitionsvertrag auch den Titel „Aus Verantwortung für Deutschland“. Wir gehen hier mit Leidenschaft ans Werk, um unser Land nach vorn zu bringen.

Inwieweit erschwert die schwierige Haushaltslage – trotz des milliardenschweren Sondervermögens – gute Kompromisse?

Mit Blick auf die nachwachsende Generation stehen wir in der Pflicht, den Haushalt zu sanieren. Deshalb würde ich nicht davon sprechen, dass gute Kompromisse erschwert werden. Im Gegenteil: Wir wollen eine gute Balance finden zwischen den Anforderungen, die sich heute stellen, und den Aufgaben, die wir unseren Kindern und Kindeskindern übergeben. Es ist unser Anspruch, der nächsten Generation ein gut bestelltes Haus zu übergeben.

Der „Herbst der Reformen“ ist eingeläutet. Was bringt der Winter auf die politische Agenda?

Wir treiben unsere Reformagenda weiter voran. Der Bundeskanzler hat bereits im September im Deutschen Bundestag gesagt, dass sich ein Winter, ein Frühling, ein Sommer, ein nächster Herbst mit Reformen anschließen werden. Wir wollen das Land voranbringen. Das steht im Mittelpunkt dieser Legislaturperiode. Das heißt, wir wollen Wachstum schaffen, Sicherheit stärken und Gerechtigkeit erneuern. Unsere Vorhabenliste ist noch lang.

Als Kanzleramtsminister sind Sie für fast alles zuständig, nur nicht für Weihnachtsbotschaften. Dennoch: Wie würden Ihre Friedenswünsche für die Deutschen lauten?

Ich wünsche den Menschen in unserem Land ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2026. Wir haben allerbeste Chancen, die vor uns liegenden Herausforderungen zu meistern. Deshalb wünsche ich in besonderem Maße auch Zuversicht und Tatkraft, um die vor uns liegenden Aufgaben anzugehen.

Die Fragen stellte Bernd Löhmann am 26. September 2025.

Die neue Härte

Ralf Konersmann

Geboren 1955 in Düsseldorf, emeritierter Professor für Philosophie und bis 2021 Direktor des Philosophischen Seminars der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Publizist und Autor zahlreicher Bücher, Essays und Feuilletons. Zuletzt erschienen sind „Die Unruhe der Welt“ (2015), das „Wörterbuch der Unruhe“ (2017) sowie „Welt ohne Maß“ (2021). Der im Frühjahr erschienene Essay über den „Außenseiter“ war Buch des Monats Juli im „Philosophie Magazin“.

Wie die Beschwörungen der Gemeinschaft die Sprache verändern

Wer wissen will, was die Herzen der Menschen bewegt, ist gut beraten, sich in den Ratgeberabteilungen der Buchläden umzusehen. Auffallend stark sind derzeit sozialpsychologische Titel nachgefragt, die das Problem aufwerfen, wie man mit ungeliebten Menschen klarkommt. Konkret lautet die Frage, wie man es an-

stellt, diese Leute auf Abstand zu halten und sie, ohne sich die Finger schmutzig zu machen, aus der eigenen Umgebung zu verbannen.

Die Spitzentitel dieses Themenkreises sprechen eine deutliche Sprache. Auf den Bestsellerrängen halten sich Schriften, die geradewegs die „Psychopathen des Alltags“ aufs Korn nehmen und auch wissen, wie man sich ihrer erwehrt. Sie kennen die Mittel und Wege, wie – so wörtlich – „Heilung aus toxischen Beziehungen“ möglich ist, und erklären im genretypischen Ton der Vertraulichkeit, „wie du Menschen loswirst, die dir nicht guttun“. Ein weiterer Titel, der seit Monaten oben auf der Rangliste steht, bringt die Stoßrichtung all dieser Weisungen und Tipps auf den Punkt: „Gesunder Umgang mit toxischen Menschen“.

Mit „toxischen Menschen“? Mit den „Psychopathen des Alltags“? Wörter wie diese fällen soziale, de facto also vernichtende Urteile. Die Frage, ob denjenigen, die so reden und durch die Art ihres Redens handeln, die Bedeutung der Wörter bewusst ist, erübrigt sich. Das Aufkommen und – mehr noch – die Akzeptanz dieser Sprache, die direkt auf die Herzen zielt, ist von einem Mentalitätswechsel getragen, von einem tiefen Verlangen nach klaren Vorgaben, das die Gesellschaft als Ganze erfasst zu haben scheint.

Plötzlich geht es nicht mehr darum, die irgendwie Schwierigen und zuweilen auch schwer Erträglichen trotz allem zu „verstehen“, sich um sie zu „kümmern“ und sie, wie das bürokratische Äquivalent lautete, zu „inkludieren“. Die Sprache der Ratgeber weist in eine andere Richtung. Die Sorge, die eben noch den problematischen Naturen galt, wird zurückgelenkt und nun unmittelbar dem erschöpften Selbst zugeleitet – dem Selbst, das des Altruismus müde ist und jene Anderen, die passend dazu als „Psychopathen“ und „toxische Menschen“ abgetan sind, nur noch „loswerden“ will.

Der Entlastungseffekt, den sprachliche Entscheidungen wie diese auslösen, ist beachtlich. Auf die stets ein wenig betuliche „Achtsamkeit“, die gerade noch als zeitgemäße Kardinaltugend galt, antwortet die neue Unbedenklichkeit mit einer neuen Härte. Soziale Dissense, so lautet nunmehr die Devise, müssen nicht länger *ertragen* und schon gar nicht *ausgetragen* werden; sie dürfen beiseitegeschoben und – ein Standardmotiv der Ratgeberprosa – „mutig“ aus der Welt geschafft werden. Ende des Streits und Ende der Diskussion.

Die Texte dieses Genres sind in vieler Hinsicht interessante, mentalitäts- und ideengeschichtlich aufschlussreiche, jedoch viel zu wenig beachtete Quellen. Unbekümmert um Theoriedebatten oder historische Vertiefungen, vollziehen diese Texte sprachliche Veränderungen nach, die sich normalerweise im Verborgenen abspielen, in der Welt des Tuschelns und Tratschens – und machen sie gesellschaftsfähig. Ratgeber sprechen im Präsens, im Gewissheitston des endlich geradeheraus gesprochenen ‚Genau so ist es‘.

Proklamation des „Wir“

Ihre Lektüre ist denn auch *die* Gelegenheit, sich, wie die Jargonwendung lautet, ‚ehrlich zu machen‘. Dem Vorbild der Werbung und der Populärkultur folgend, wenden sie sich an das Gefühl und laden dazu ein, einfach mitzumachen und sich einzureihen. Das Ich, das sie ansprechen, soll sich als eines von vielen erkennen, als Teil einer Gemeinschaft der Betroffenen und, dank der Ratgeber, nun endlich auch Entschlossenen. Nicht, ob etwas wahr oder richtig ist, gibt hier den Ausschlag, sondern

die Zwiesprache mit dem Zeitgeist. Das Kriterium der Bewahrheitung ist ein soziales: die Gestimmtheit all derer, die mitfühlen und bereit sind, die Sache genauso zu sehen.

Mit dieser Pointe kommt eine Größe ins Spiel, die als stiller Gast die Sätze der Ratwissenden begleitet, ohne direkt in Erscheinung treten zu müssen. Die Autorität, die diese Texte beanspruchen (und die ihnen, sofern die Verkaufszahlen nicht trügen, anstandslos zugestanden wird), verdankt sich dem erfolgreich geweckten Eindruck, in vollem Einvernehmen mit der verbreiteten Stimmungslage zu sprechen – im Einvernehmen mit dem großen ‚Wir‘.

Dieses große, über die Macht der Bewahrheitung gebietende Wir ist eine Instanz, die über das kleine Wir der Nahbereiche, über den Kreis der Verwandtschaften, Freundschaften oder Nachbarschaften weit hinausgreift. Derart emporgehoben und prominent *gesetzt*, verbindet sich mit dieser Instanz das Versprechen, der ewig anstrengenden, komplizierten und von Krisen und Konflikten gezeichneten Realität der Moderne die Einfachheit einer intakten und von authentischen Gefühlen getragenen Gemeinschaft gegenüberzustellen.

Das Wir demonstriert seine Macht, indem es auf die Sprache zugreift und sie in seinem Sinn verändert. Dazu zählt neben regulativen Vorgaben, wie dies oder jenes fortan zu formulieren sei, auch der weniger auffällige, aber ebenso effiziente Abbau von Tabus. Die Hemmungslosigkeit, mit der neuerdings Stigmatisierungsformeln wie „pathologisch“ oder „toxisch“, wie „narzisstisch“ oder einfach nur „rechts“ dahingesagt und unter die Leute gebracht werden, illustriert genau diesen Trend.

Gegen die Stimme des Ausgleichs

Die ideologische Ladung dieser Redeweisen, dieser Suggestion eines einmütigen, von Nähe und Wärme getragenen Zusammenlebens, ist wiederholt beschrieben worden. Unter dem Titel *Was heißt hier „wir“?* hat Heinrich Detering einige dieser Bedenklichkeiten zusammengetragen. Der Literaturwissenschaftler erschließt das Wir der Gemeinschaft als rhetorische Figur, als eine imaginäre und doch reale, in vielerlei Hinsicht wirksame Instanz, die entschlossen um die Meinungsführerschaft kämpft: um das, was hier und jetzt zu sagen ist und *gilt*. Dieses Wir, zeigt Detering, hat eine ausgeprägte Neigung zur Schwarz-Weiß-Malerei (Opfer/Täter, Freund/Feind, wir/ihr) und weiß in jeder Lage zu unterscheiden, wer die Guten – also „wir“ – und wer die anderen sind. Obwohl selbst diffus und, so Detering, „ambivalent“, sind diesem Akteur Diffusitäten und Ambivalenzen ein Gräuel. Das Wir der Gemeinschaft emotionalisiert, stereotypisiert und skandalisiert, um sich den Leuten schon im nächsten Augenblick als Inbegriff der Geborgenheit anzubieten: als das



Ebenso isoliert wie in der Mitte. Die Außenseiter nehmen auf der Treppe Platz, vorn links: Heraklit mit den Gesichtszügen Michelangelos, rechts: Diogenes. „Die Schule von Athen“, Fresko, gemalt von Raffaello Sanzio zwischen 1509 und 1511, hier Bildausschnitt, Apostolischer Palast / Vatikanische Museen. Foto: © Alamy / The Picture Art Collection

neue *Être suprême*, das höchste Wesen, das sich der Sorgen der Menschen annimmt und dafür nicht mehr verlangt, als dass sie ihm folgen und seine Sichtweisen teilen.

Der Parcours des Literaturwissenschaftlers durch die Tagespresse der letzten Jahre bietet wertvolle Aufschlüsse, hat jedoch den Mangel, sich auf die Rhetorik der parlamentarischen Rechten zu kaprizieren. Die Emphasen des Wir, denen die politische Linke seit den Tagen des Jakobinismus zuneigt – seit also die Linke überhaupt zur „Linken“ geworden ist und als solche firmiert –, sind kein Thema.

Weit umsichtiger hat Helmuth Plessner das Thema aufgegriffen, als er – lange vor Detering – sein Werk *Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus* verfasste. Demnach ist weder allein die

„rechte“ noch die spezifisch „linke“ Anrufung des großen Wir problematisch, sondern unmittelbar die Platzierung dieser Instanz selbst. Die Emphase der Gemeinschaft, so die zentrale These Plessners, unterbietet die Anforderungen der Modernität. Plessner definiert die Gemeinschaft – die Gemeinschaft gleich welcher Couleur – als informellen Verbund von Menschen, deren Meinen auch über den Kreis der ohnehin Überzeugten hinaus aus ihrer Sicht unbestreitbar ist. Auf die Bestätigung durch zählbare Mehrheiten kann die Wir-Gemeinschaft verzichten, weil ihre Einstellung ihrem Selbstverständnis zufolge evident ist und sie sich fraglos im Recht wähnt.

Das kann gelingen, weil die Gemeinschaft den Realforderungen der Gesellschaft mit Idealforderungen begegnet, deren Bewährung in einer unbestimmten Zukunft liegt. Plessner verwendet für diesen Habitus das zu seiner Zeit neue, im Vorfeld des Nationalsozialismus aufgekommene Attribut „aktivistisch“. Der Elan der aktivistischen Wir-Gemeinschaft richtet sich, so Plessner, gegen alles „Bedingte“ und „Begrenzte“, gegen die „Stimme des Ausgleichs“. Entsprechend scharf ist seine Rhetorik. Dem großen Wir der Gemeinschaft ist nicht daran gelegen, Diskussionen zu eröffnen oder sie weiterzuführen. Als eine Instanz, deren Überlegenheit für sie selbst außer Zweifel steht, will das große Wir die Diskussionen beenden und seine Idealforderungen durchsetzen. So wird das politische Wir – schlicht aus seiner inneren Verfasstheit heraus – autokratisch.

Zustimmungsfähigkeit und Bindung

Helmuth Plessner spricht von der reaktiven, die Anforderungen der Modernität unterlaufenden Faszination eines Zusammenlebens, das die anachronistische Vorstellung einer „übergreifenden organischen Bindung“ lebendig hält.

Damit ist ein Problem berührt, das die Gesellschaften der Moderne bis heute begleitet. Bereits die schottischen Aufklärer des 18. Jahrhunderts haben den klassischen Begriff des *sensus communis*, des „Gemeinsinns“, neu gefasst und ihm eine gesellschaftspolitische Dimension erschlossen. Während der Common Sense hierzulande als ein dem Verstandeswesen Mensch gegebenes, geistig-sinnliches Vermögen verstanden wurde, als anthropologische Grundausstattung, wiesen der schottische Philosoph Thomas Reid und seine Mitstreiter darauf hin, dass staatliches Handeln, sobald es nicht mehr von überweltlichen Mächten legitimiert ist, unabhängig von den Aussagen der Wissenschaft oder des Rechts zustimmungsfähig sein muss. Als Organ dieser Zustimmung bestimmten die Aufklärer den Common Sense. Angesichts der Labilität,

die sich derzeit in den westlichen Gesellschaften bemerkbar macht, spricht der französische Politologe Pierre Rosanvallon heute von der Vertrauenswürdigkeit einer *durch sich selbst* – und nicht erst durch förmliche „Anerkennung“ oder den Nachweis der „Funktion“ – gerechtfertigten Ordnung.

Das politische „Wir“ tut sich allerdings schwer damit, der Repräsentant einer solchen Ordnung zu sein, die sich das Vertrauen der Bürger verdienen will. In dem Maße, wie es sich Geltung verschafft, entwickelt es die fatale Neigung, sich exklusiv zu setzen, Feindbilder zu pflegen und überhaupt alles, was das menschliche Zusammenleben betrifft, in seinem Sinn zu politisieren. Allein aufgrund seiner Konstitution – und im strikten Gegensatz zu den Intentionen der Aufklärer – wird das große Wir illiberal. Statt offen zu streiten und klug zu verteidigen, was der Verteidigung wert wäre, will es verbieten und ausschließen, wozu ihm nichts einfällt.

Mag sein, dass auch und gerade liberale Gesellschaften auf so etwas wie das große Wir, als der gleichsam zeitgemäßen Version des Common Sense, angewiesen sind. Um dieser Tradition und ihrem Anspruch zu genügen, müsste es sich allerdings selbst verändern und lernen, was ihm am schwersten fällt: Zurückhaltung.

Literatur

Detering, Heinrich: Was heißt hier „wir“? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten, Stuttgart 2019; siehe auch Reinhard Blomert et al. (Hrsg.): Transformationen des Wir-Gefühls. Studien zum nationalen Habitus, Frankfurt am Main 1993.

Plessner, Helmuth: Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus, Erstauflage 1924, Frankfurt am Main 2002.

Rosanvallon, Pierre: Unsichtbare Institutionen, Hamburg 2025.

„Kampf gegen rechts“

Zur Aufkündigung des antitotalitären Grundkonsenses

Kristina Schröder

Geboren 1977 in Wiesbaden, 2002 bis 2017 Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 2009 bis 2013 Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, heute unter anderem Unternehmensberaterin und stellvertretende Leiterin von „REPUBLIK21. Denkfabrik für neue bürgerliche Politik“.

Die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus steckt im Subtext immer auch ab, welches Meinungsspektrum legitim geäußert werden darf und wo die gesellschaftliche Ächtung beginnt. Das macht das Thema Extremismusbekämpfung politisch so brisant – wer die Deutungshoheit hat, bestimmt darüber, was im gesellschaftlichen Diskurs geäußert werden kann, ohne sich weiterer Anschlussfähigkeit zu berauben. Lange war die Extremismusbekämpfung der Bundesrepublik Deutschland von einem antitotalitären Konsens im Geiste Hannah Arendts geprägt. In den 1950er- und 1960er-Jahren wussten viele Menschen aus unmittelbarer eigener Erfahrung, was die jüdische Philosophin meinte, wenn sie eindrücklich beschrieb, dass Nationalsozialismus und Stalinismus bei allen Unterschieden notwendig auf die „Ausscheidung von ‚Schädlichem‘ oder Überflüssigem“ zugunsten des reibungslosen Ablaufs einer Bewegung hinauslaufen“.¹

Lange war die Extremismusbekämpfung der Bundesrepublik Deutschland von einem antitotalitären Konsens im Geiste Hannah Arendts geprägt. In den 1950er- und 1960er-Jahren wussten viele Menschen aus unmittelbarer eigener Erfahrung, was die jüdische Philosophin meinte, wenn sie eindrücklich beschrieb, dass Nationalsozialismus und Stalinismus bei allen Unterschieden notwendig auf die „Ausscheidung von ‚Schädlichem‘ oder Überflüssigem“ zugunsten des reibungslosen Ablaufs einer Bewegung hinauslaufen“.¹

Die erbarmungslose „Herrschaft des Terrors“, die daraus folgte, war für Arendt, die 1933 vor den Nazis floh, ein Element totaler Herrschaft. Nationalsozialismus und Stalinismus hielt sie für „Variationen des gleichen Modells“, und dieser Geist prägte die junge Bundesrepublik.

Mit der 68er-Bewegung wurde dieser Konsens erstmals in größerem Umfang angegriffen. Der Feind stand rechts und saß im Zweifel in Gestalt des eigenen Vaters am Küchentisch. Ho Chi Minh, Mao Tse-tung und Che Guevara waren die umjubelten Popstars der Bewegung, und man kann zugunsten der jungen Akademiker dieser Zeit nur hoffen, dass im antiimperialen Kampf schlicht zu wenig Zeit blieb, sich mit dem Denken und Wirken dieser Figuren wirklich auseinanderzusetzen. Unter den entscheidenden bundespolitischen Akteuren stand eine grundsätzliche antitotalitäre Haltung allerdings nicht zur Debatte, und es war mit Bundeskanzler Helmut Schmidt ein Sozialdemokrat, der sie im Kampf gegen die RAF eindrucksvoll mit Leben erfüllte.

Zwölf Jahre nach dem Deutschen Herbst brach der Kommunismus zusammen, und der antitotalitäre Konsens erlebte eine letzte Blütezeit. Die Schicksale der Menschen, die dem Stasigefängnis Hohenschönhausen, der Frauenhaftanstalt Hoheneck oder dem Jugendwerkhof Torgau entkommen waren, zeigten drastisch, wie die vermeintlich so menschenfreundliche Ideologie des Sozialismus dem „neuen Menschen“, auf den sie angewiesen war, auf die Sprünge half. Die Staatsräson des wiedervereinigten Deutschlands war daher zunächst noch immer antitotalitär. Daran änderte auch die zunehmende Bedeutung der Auseinandersetzung mit rechtsextremer Ideologie und Gewalt in den frühen 1990er-Jahren erst einmal nichts. Es gab eine Welle rechtsextremer Übergriffe und Morde, auf die die Politik, wenn auch zuweilen erst spät, reagierte, und es entstand eine Vielzahl von Initiativen und Orga-

nisationen, die sich diesem Thema widmeten; Bundesfamilien-, Bundesinnen- und Bundessozialministerium stellten in den folgenden Jahren stetig wachsende staatliche Mittel zur Verfügung.²

Methodische Taschenspielertricks

Schleichend fand dabei ab Mitte der 1990er-Jahre allerdings eine zweifache Umdeutung statt, die den antitotalitären Konsens sukzessive aufkündigte: Zum einen wurde linker Extremismus in seiner Existenz, zumindest aber in seiner Gefährlichkeit, zunehmend geleugnet. Rechte Extremisten wollten mit falschen Mitteln das Schlechte, linke Extremisten hingegen mit falschen Mitteln das Gute – diese Deutung hat sich weitgehend durchgesetzt. Zum anderen wurde aus der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus der „Kampf gegen rechts“. Wer glaubt, hier sei bloß sprachliche Faulheit am Werk, ist naiv. Vielen, die im „Kampf gegen rechts“ aktiv sind, geht es tatsächlich darum, alles zu bekämpfen, was ihnen nicht links, nicht progressiv genug erscheint. Die alte 68er-These, dass die kapitalistische Gesellschaft eine zumindest präfaschistische sei, hallt hier nach – ergänzt um die zwei neueren Überzeugungen, dass unsere westliche Art, zu leben und zu wirtschaften, „strukturell“ zerstörerisch und ebenso „strukturell“ diskriminierend sei.

Wissenschaftlich untermauert wird dieser „Kampf gegen rechts“ durch regelmäßig erscheinende Studien und Publikationen,

¹ Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, Pieper Verlag, 8. Aufl., München 2001.

² Allein der Etat des Familienministeriums beläuft sich inzwischen auf über 200 Millionen Euro im Jahr – im Vergleich zu 25 Millionen in meiner Amtszeit (2009-2013).

die sich meist des Konzepts der sogenannten „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ bedienen, das der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer – und in seiner Nachfolge Andreas Zick – geprägt haben.³ Die Masche dieser Studien ist offenkundig: Man formuliert politische Aussagen bewusst so, dass ihnen nicht nur Rechtsextremisten zustimmen können, sondern dass sie auch Themen und Einstellungen aufgreifen, die dem bürgerlichen Spektrum rechts der Mitte wichtig sind. Der Kundige erkennt sicherlich sofort, dass eine Zustimmung hier zu einem Punkt auf der Rechtsextremismusskala der Studienautoren führt. Aber der mit den methodischen Taschenspielertricks der einschlägigen Forschung vielleicht nicht so vertraute Befragte, dem es nur darum geht, seiner politischen Haltung wenigstens einigermaßen Ausdruck zu verleihen, wird sich vielleicht doch noch zu einer Zustimmung verleiten lassen, denn moderat und vernünftig formulierte Positionen aus dem bürgerlichen Spektrum werden grundsätzlich gar nicht als Antwortmöglichkeit angeboten.⁴

So laufen diese Studien stets auf einen „Extremismus der Mitte“ hinaus und stoßen alljährlich in den Medien auf ein breites und weitgehend unkritisches Echo. Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen links der Mitte gelingt es auf diese Weise, das Thema „Rechtsextremismus“ beziehungsweise „Kampf gegen rechts“ weit oben auf der politischen Agenda zu halten und damit ihre staatliche Alimentation unantastbar zu machen. In den letzten Jahren ist jedoch gerade im bürgerlichen Lager das Bewusstsein für die – ganz im Sinne Antonio Gramscis – kulturprägende Macht dieses Netzwerks gewachsen.

Zu frappant war es, als im Bundestagswahlkampf nur wenige Stunden nach der heftig umkämpften gemeinsamen Abstimmung von Union, FDP und AfD Ende Januar 2025 bereits die ersten „Mahnwachen“ vor örtlichen CDU-

Geschäftsstellen stattfanden. Innerhalb eines Tages gab es professionelle Aufrufe, Videoclips und Unterschriftensammlungen. Und weniger als 48 Stunden nach der letzten Abstimmung demonstrierten 160.000 Menschen unter dem Motto „Aufstand der Anständigen. Wir sind die Brandmauer“ vor dem Reichstag. „Ganz Berlin hasst die CDU“ wurde dabei an die Siegessäule projiziert.

Eine solche Mobilisierungsmacht ist beeindruckend – und sicherlich nicht allein damit zu erklären, dass so etwas in Zeiten von Messengerdiensten eben schneller geht. Sondern was sich hier zeigt, ist die Wirkungsmacht von finanziell großzügig ausgestatteten, sich gegenseitig pushenden und von einer breiten medialen Unterstützerszene getragenen Organisationen, die nur noch insofern „non-governmental“ sind, als sie nicht direkt in staatlicher Hand liegen. Allerdings werden sie überwiegend staatlich finanziert und übernehmen, etwa als „Meldestellen“, auch zunehmend staatliche Aufgaben.

Grundlinien der Extremismusbekämpfung

Eine neue unionsgeführte Bundesregierung hat jetzt die Chance, Extremismusbekämpfung wieder auf ihren eigentlichen Sinn zurückzuführen. Folgende Grundlinien könnten dabei hilfreich sein.

³ Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Jährliche Studienreihe, Suhrkamp Verlag, 2002 bis 2011; „Die distanzierte Mitte“. Studien und Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung unter Leitung von Andreas Zick und Beate Küpper, www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/publikationen/studien/gutachten [letzter Zugriff: 01.10.2025].

⁴ Vgl. Kristina Schröder: „Diese Rechtsextremismus-Studie verengt den legitimen Meinungskorridor in Deutschland“, in: Die Welt, 02.10.2023, www.welt.de/debatte/kommentare/plus247761620/Kristina-Schroeder-Die-methodischen-Taschenspieler-Tricks-der-Umfragen.html [letzter Zugriff: 01.10.2025].

Erstens: Ein freiheitlicher Staat muss mit dem Verdikt „Extremismus“ zurückhaltend umgehen. Er muss präzise und nachvollziehbar begründen, in welchen konkreten Fällen und aus welchen Gründen er diese folgenreiche Etikettierung für angebracht hält. Doppelte Standards oder falschen Respekt gegenüber religiös verbrämten Extremismen sollte er dabei unbedingt vermeiden.

Zweitens: Innerhalb des Rahmens unserer Verfassung ist es nicht Aufgabe des Staates, das Meinungsspektrum zu gestalten, sondern Pluralismus zu ermöglichen.

Drittens: Der Beutelsbacher Konsens, ein Grundsatzpapier aus dem Jahr 1976, ist bis heute Leitlinie, zumindest Anspruch für die politische Bildung in Deutschland. Seine beiden Kerngedanken sind das „Überwältigungsverbot“, nach dem Schüler nicht mit bestimmten Meinungen indoktriniert werden dürfen, und das „Kontroversitätsgebot“, nach dem Themen, die in der Gesellschaft umstritten sind, auch im Unterricht als kontrovers dargestellt werden müssen. Diese beiden Grundsätze sind hervorragend geeignet, auch Maxime der Extremismusbekämpfung zu werden.

Viertens: Der Staat hat etablierte und parlamentarisch kontrollierte Strukturen politischer Bildung, auf die er auch im Rahmen der Extremismusprävention zuverordnen sollte. Möchte er darüber hinaus einzelne, besonders beispielhafte Initiativen unterstützen,

sollte er darauf achten, dass diese wirklich zivilgesellschaftlich breit verankert sind. Ein Indikator hierfür ist, wenn sich Initiativen überwiegend durch Spenden, Mitgliedsbeiträge oder Förderungen, etwa von privaten Stiftungen, finanzieren und maximal fünfzig, besser dreißig Prozent ihres Jahresetats aus staatlichen Mitteln erwirtschaften.

Fünftens: Die politische Ausgewogenheit dieser staatlich geförderten Nichtregierungsorganisationen muss wieder demokratische Selbstverständlichkeit werden.

Das heißt nicht, dass eine einzelne Initiative innerhalb des verfassungsmäßigen Bogens nicht auch rechts oder links der Mitte stehen darf – sofern sie sich an die Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses hält. In ihrer Gesamtheit müssen die geförderten Initiativen jedoch in ihren politischen Positionierungen etwa dem Meinungsspektrum der Bevölkerung entsprechen.

Sechstens: Diese Initiativen müssen sich dem stellen, was bei einem sorgfältigen Umgang mit Steuermitteln selbstverständlich sein sollte, und zwar einer unabhängigen und ergebnisoffenen Evaluation ihrer Arbeit. Deren Aufgabe ist es, anhand geschickt operationalisierter Parameter zu messen, ob die untersuchten Aktivitäten zumindest ein wenig dazu beitragen, das zu erreichen, was erreicht werden soll: unsere freiheitliche Demokratie gegen extremistische Worte und Taten zu schützen.

Vergeltung oder Versöhnung

Vera King

Professorin für Soziologie und Sozialpsychologie, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Geschäftsführende Direktorin des Sigmund-Freud-Instituts Frankfurt am Main. 2025 erschien, hrsg. von Vera King und Heinz Weiß: „Hoffnung in der Krise?“, Doppelheft der Zeitschrift „Psyche“, 79. Jg. (9/10).

Konrad Kuhn

Dramaturg, unter anderem an den Staatsopern in Berlin und Wien, bei den Salzburger und den Bayreuther Festspielen sowie seit 2015 an der Oper Frankfurt.

Rachegefühle und ihre Verwandlung am Beispiel von Puccinis „Turandot“

Erlittenes Unrecht und Verletzungen ziehen oft Vergeltungswünsche nach sich, allerdings mit der für Täter und Opfer tragischen Tendenz zur Unabschließbarkeit. Kreisläufe von Angriff und Rache – teils verpönt und gleichwohl wirksam – sind typischerweise schwer zu unterbrechen. Um Möglichkeiten konstruktiver Konfliktlösung auszuloten, müssen die damit verknüpften Herausforderungen in ihrer vielschichtigen sozialen und psychisch-affektiven Dynamik erhellt werden. Wichtige Ansatzpunkte bietet etwa der französische Philo-

soph Paul Ricoeur, der den Fragen nachging, ob und wie Versöhnung auch angesichts von schmerzlichem Leiden und Traumata angemessen und möglich ist, wie sich ein tragfähiges Verzeihen unterscheidet von oberflächlicher Bagatellisierung oder Verleugnung von Schuld und Schmerz.

1 Giacomo Puccinis letzte Oper „Turandot“ blieb unvollendet. Zwei Akte sowie der Großteil des dritten liegen vor. Puccini hat bis zu seinem Tod 1924 darum gerungen, das abschließende Duett zwischen Turandot und Calaf sowie das Finale in eine Form zu bringen. Es sind detaillierte Skizzen überliefert, aus denen sein Komponistenkollege Franco Alfano posthum eine Fassung erstellt hat, die als „Alfano 1-Schluss“ bekannt ist. Der Dirigent der Uraufführung Arturo Toscanini verlangte indes Streichungen; mit dem gekürzten „Alfano 2-Schluss“ wird die Oper meist aufgeführt. Manche Interpreten sparen die Nachkomposition auch ganz aus (vgl. Konrad Kuhn: „Ringens um Glaubwürdigkeit“, in: Wiener Staatsoper (Hrsg.): Giacomo Puccini – Turandot, 2023). Anders in der Inszenierung von Claus Guth 2023 an der Wiener Staatsoper, die u. a. mit dem längeren Schlussdialog auch Raum für Veränderung plausibilisiert.

In teils archaisch-märchenhaft wirkender und zugleich psychologisch subtiler Gestalt bildet sich solches Ringen beispielhaft in Giacomo Puccinis Oper „Turandot“ ab, in der die Titelfigur und die scheinbar unverrückbare Logik ihres Handelns sowohl Verletzung als auch ewige Rache geradezu verkörpern – und in der es doch auch um die Kunst der Versöhnung geht. In der Oper erlebt sich Turandot, eine traumatisierte junge Frau, in einer Vergangenheit, die nicht vergehen will; und um sich für Gewalt und Leiden zu rächen, stellt sie jedem Bewerber, der sich ihr zu nähern sucht, tödliche Rätsel. So auch dem „unbekannten Prinzen“ Calaf. In der dramatischen und musikalischen Gestaltung der Oper werden, zunächst widerstrebend, Ansätze einer Wandlung spürbar, die auf Mitfühlen, Trauer und Verzeihen basieren, somit den Raum der Möglichkeiten erweitern¹. Das Gedächtnis der Rache verändert sich.

Gedächtnis der Rache – stillstehende Zeit

Ricoeur verknüpft Gedächtnis mit dem geschichtlichen Bewusstsein, das sich nicht auf die „bloß chronologische Dimension der Zeit“ (1998, S. 86) reduzieren ließe: Was zählt, ist nicht einfach eine Aufschichtung von Geschehnissen, sondern sind die bis in die Gegenwart reichenden *Bedeutungen* des Vergangenen und damit verbundenen Festlegungen. Diese gilt es zu bearbeiten, um kollektiv Spielräume für die Zukunftsgestaltung zu schaffen. Ricoeur plädiert dafür, der „Beziehung der Gegenwart zur Zukunft Vorrang einzuräumen in Relation zur Beziehung zur Vergangenheit“ – auch im Sinne einer von ihm so genannten „Therapeutik des verletzten Gedächtnisses“ (1998, S. 87), für die er eine basale Einsicht der Psychoanalyse aufgreift: Die ‚Wahrheit‘ des Erinnerten kann sich, im günstigen Fall, demnach nur im Durcharbeiten derjenigen Widerstände herauschälen, die sich der realistischeren Vergegenwärtigung des Vergangenen entgegenstellen. Diese verlangt insofern immer auch Trauerarbeit (Freud 1917), die auch beinhaltet, die Unveränderbarkeit des Vergangenen zu akzeptieren, um künftig Neues zu ermöglichen. Rache perpetuiere demgegenüber die Verweigerung der Trauer, das Vergangene wird konserviert.

Vergeltung als Lebenselixier

Auch die Oper „Turandot“ folgt einer eigensinnigen Zeitlogik: Bevor die Protagonistin mit eigenen Worten auftritt, ist in der Oper bereits lange Zeit vergangen. Erst wird *von ihr* erzählt, dann tritt sie zunächst stumm in Erscheinung. Schließlich folgt Turandots erste Arie, im Zweiten Akt, in der sie ihre Urszene des Leidens bebildert: Einer Ahnfrau sei Schreckliches widerfahren, Schändung und Entführung – ihr „Schrei, er drang



Im 1. Akt singt Turandot (Asmik Grigorian) noch nicht; sie ist nur im Video präsent, während Calaf (Jonas Kaufmann, rechts) sich wünscht, in ihr Reich hinter der großen Tür einzudringen. In der Inszenierung von Claus Guth, aufgeführt an der Wiener Staatsoper, ist der Chor als anonyme Masse unter der Spielfläche platziert. Foto: @Monika Rittershaus

durch lange Ahnenreihen bis her zu mir und füllt nun meine Seele“. Turandot vergegenwärtigt den Schrei, der zeitlos-unverändert ihre Seele fülle, den sie als Auftrag erlebt und der ihre Identität markiert: ‚Ich bin die Rächerin, die alle zerstört; ich bin die, die niemand berühren wird‘, so die unmissverständliche Setzung. Nichts anderes als diese radikale Verneinung gilt. Nichts anderes macht sie offenbar aus.

Hört man Turandots Erzählung wiederum wie eine von eigener, unaussprechlich traumatischer Erfahrung gezeichnete, so dient die grausame Inszenierung der Rätselprobe – jeder Bewerber, der das Rätsel nicht löst, wird geköpft – als Bollwerk gegen eigene abgründige Ängste. Die immer neu wiederholte Hinrichtung all jener Prinzen wird zur Re-Inszenierung einer nach außen gewendeten Erfahrung des Ausgelöschtwordenseins, exerziert an all denen, die ihr Rätsel nicht beantworten. Psychologisch betrachtet, lässt sich die Geschichte der Urahnin auch wie ein „gewähltes Trauma“ verstehen. Vamık D. Volkan (2005, S. 82 ff.) bezeichnete damit Narrative, die ein Trauma in die ferne Vergangenheit projizieren. Zugleich wird das Bild der ungerecht zum Opfer gewordenen Vorfahren auch als ewiger Urgrund und Legitimation des aktuellen Verhaltens stilisiert; als Auftrag, wachsam zu sein, Vergeltung zu üben und die Ehre



2. Akt: In Turandots Schlafzimmer. Das blutige Laken und die Videoprojektion zeigen an, dass das in der Auftrittsarie von Turandot besungene Leid der fernen Ahnin vielleicht für ihre eigene traumatische Erfahrung steht. Rechts der Henker, der sie vor dem fremden Prinzen schützen soll. Foto: @Monika Rittershaus

der Geschädigten wiederherzustellen. Nicht zuletzt wird damit Identität gestiftet, auch wenn sie auf tönernen Füßen steht. Oftmals sind es kollektive Traumata, die in dieser Weise als kulturelle Mythen dienen, aber auch individuell können Opferlegenden als Platzhalter für seelisch Überforderndes fungieren – um sie festzuhalten und zugleich zu distanzieren.

Der leere Triumph der Grandiosität

In einer solchen Logik der Rache kann das Opfer zum Täter werden, das Unerträgliche wird an andere weitergegeben. Die Vergeltung soll Verluste vergessen lassen und eine Barriere schaffen gegen die Gefahr, mit dem eigenen Schmerz und dem der anderen in Berührung zu kommen. In diesem Kosmos dominiert die Spaltung in Gut und Böse, Alles oder Nichts, Überhöhung und Entwertung. Innere Leere und Angst vor Kontrollverlust können zwanghaft überschrieben werden mit sich wiederholenden sadistischen Handlungen und zwanghafter Kontrolle über andere. In der Oper wird Hilflosigkeit konterkariert durch ein Phantasma grandioser rigider Herrschaft, in der nur die *eine* – Turandot – Macht über Leben und Tod



3. Akt: Im langen Schlussduett findet eine vorsichtige Annäherung zwischen der „Eisprinzessin“ und dem Unbekannten statt. Die Puppen – Zeichen der regressiven Verweigerung von Turandot – haben ihre Macht verloren. Schließlich begibt sich Calaf in ihre Gewalt, indem er ihr seinen Namen preisgibt; so wird eine echte Begegnung möglich. Foto: © Monika Rittershaus

all derer hat, die mit ihr in Beziehung zu treten versuchen. Dazu in mächtigem Widerhall wallen die rohen Affekte und Begierden der aufgeregten Menge auf und ab. Masse und Hofstaat fungieren wie Erregung verstärkende Medien, replizieren laut und drastisch Sensationslust, Unterwerfung und Brutalität. Scham wird verborgen durch Verachtung, Angst vor Demütigung vermieden durch auftrumpfende Überlegenheit. Blicke, Gesten und Worte dienen nicht der Verständigung, sondern dem Verurteilen. Verbindung ist im tieferen Sinne des Wortes undenkbar.

Verwandlung im Widerstreit

Zwischen solch unheilvoll repetitiver Welt einer Re-Inszenierung der traumatisierten Innenwelt im Außen und zaghaften Schritten der Versöhnung, zunächst mit der eigenen Verletzlichkeit, bis hin zur Sehnsucht nach dem Anderen als einem erstmals benennbaren möglichen Empfinden, bewegt sich aus dieser Perspektive die Oper. Von einer Geschichte des Stillstands voller Qualen hin zu einem Ringen um Veränderung, dargestellt als zwischenmenschliche und innere Kämpfe. Bei Prinz Calaf dominiert lange Zeit sein Begehren, der Erste und Einzige zu sein, der glorreich das Rätsel löst. Doch um zu siegen, muss er Turandot verstehen. Der erste Schritt: Die Fähigkeit, das Rätsel zu lösen, ist Ausdruck einer identifikatorischen Nähe. Calaf liest die verborgenen Wünsche und versteht Turandots Ambivalenz. Er errät nicht einfach die richtigen Worte oder siegt durch Schlaueit. Vielmehr kann er die drei Rätsel lösen – „Hoffnung“, „Blut“ und „Turandot“ lauten die richtigen Lösungen –, indem er sich in sie hineinversetzt, Wunsch und Leiden erspürt, seine eigenen Gefühle als Richtschnur nimmt.

Damit bietet Calaf der Rätselstellerin Turandot eine Deutung ihrer selbst: In seiner Rätsellösung kann sie sich selbst zum ersten Mal erkennen. Turandots festgefügte Muster werden dadurch erschüttert, zugleich richtet sie neue Widerstände auf. Calaf geht einen weiteren Schritt und liefert sich aus, doch immer noch in der Selbstgewissheit des Sieges. Erst im Angesicht des Liebesopfers einer Dritten, Liù, und der Authentizität ihres Fühlens und Verzeihens deutet sich eine weiter reichende atmosphärische Wendung an: neue Schuld, aber auch erstmals spürbare Schuld- und Vergebensfähigkeit. Die Lust am Grausamen weicht der Reue. Trauer, Schuld und Scham sind Zeichen einer ersten Hinwendung zur Wirklichkeit. Die sich bis dahin als göttlich-körperlos imaginierende Prinzessin beginnt sich neu zu spüren. Calaf wiederum, der ihr seinerseits das Rätsel aufgegeben hatte, seinen Namen zu erraten, verzichtet auf den Sieg. Er selbst enthüllt ihr seine Identität und liefert sich Turandot damit aus. So deutet sich, zum Ende hin, eine Fähigkeit an, dem Fühlen eine lange gemiedene Bedeutung zu geben –

„sein Name ist Liebe“, verkündet Turandot, kurz bevor der Vorhang fällt. Zumindest klingt durch Intonation des Erhofften und doch Unerwarteten die Möglichkeit eines versöhnenden Bezugs zum Anderen an, der eine Öffnung zum Unbekannten hin riskiert.

Schweres Verzeihen

Was bedeutet also Versöhnung? Ricœur grenzt das leichte Verzeihen oder gar „eskapistisches Vergessen“ (1998, S. 145) vom schweren Verzeihen ab. Leichtes Verzeihen bedeute nichts anderes als eine Maskerade; es bleibt oberflächlich, selbstgefällig oder instrumentell. Demgegenüber setzt das schwere Verzeihen psychische Arbeit voraus, ein Durcharbeiten von Widerständen. Als Vergebung beinhaltet es im Kern eine Gabe, eine Großzügigkeit, die nicht auf simplem Tausch und instrumentellen Beziehungen basiert (Ricœur 2004). Während derjenige, dem verziehen wird, anzunehmen lernen müsse – im Sinne einer Fähigkeit zur Dankbarkeit, die wie die Gabe psychisch voraussetzungsvoll ist (King 2020). Versöhnung vollzieht sich damit jenseits der erwarteten Reziprozität von Gabe und Gegengabe – jenseits des ‚ich gebe, weil du gibst‘ –, die spiegelbildlich nichts anderes ist als die Logik der Rache, des ‚wie du mir, so ich dir‘. Schweres Verzeihen geht darüber hinaus. Es nimmt die Tragik oft unauflöslich scheinender Konflikte ernst und versucht zugleich praktisch, die „Knoten zu entwirren“ (Ricœur 1998, S. 153), um „mit der infernalischen Logik einer von Generation zu Generation wiederholten Rache [zu] brechen“, wie sie etwa zum Auftakt des Dramas beschworen wird. Nur dann werde möglich, dass die „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ [...] aufhört, die Gegenwart zu verfolgen“ (ebd., S. 155).

Das größte Rätsel

Turandot tritt im dramatischen Ablauf der Oper lange Zeit nur als Bild und festgefügt Phantasma anderer in Erscheinung. Auch in ihrem Selbstbild ist sie „kein Menschenwesen“, sondern „Tochter des Himmels“, wie sie sagt – eine Prinzessin, die sich ‚für immer‘ hinter grausamer Vergeltung verbarrikadieren möchte, bis sie es wagt, verletzlich und endlich zu sein. In diesem Sinne geht es um einen Prozess der Humanisierung – um ein Geborenwerden als Mensch, der eine eigene Geschichte und Zukunft hat. Bis dahin blieb sich Turandot selbst ein Rätsel. Selbstüberhöhung und das Zwangssystem gewaltiger Kontrolle überdeckten die Angst, Selbsttäuschung wird nur widerstrebend aufgegeben. Beide begegnen sich zunächst in einer hochgerüsteten Form: Turandots ewige Rache und mörderische Zurückweisung, Calafs unbedingte Liebe zu etwas, das er noch gar nicht kennt, und die insofern projektiv und

selbstbezüglich bleibt. Auch Calaf durchläuft eine Veränderung: von dem, der um jeden Preis erobern will – hin zu jemandem, der versteht und etwas von sich gibt. Die Oper bildet dieses Ringen in allen Schattierungen ab, insofern das verändernde und versöhnende Potenzial der Kunst entfaltend, das Ricœur betont, wenn er schreibt, „dass das, was wir Subjekt nennen, niemals am Anfang gegeben ist“ (2016, S. 224), während ästhetische Erfahrung dazu beitragen kann, über projektive Bespiegelung hinauszukommen, womöglich geben und vergeben zu können. So vervielfältigt sich hier der von Theodor Adorno betonte „Rätselcharakter“ der Kunst (1998, S. 221) in der Figur des Rätsels, das Lösung verlangt, Erlösung verspricht, aber zugleich immer neue Suche in Gang setzt. „Wenn auch das Kunstwerk das größte Rätsel ist“, so Joseph Beuys, ist auch in dieser Geschichte, wie beim dreigliedrigen Rätsel der Sphinx, die Lösung: „der Mensch“.

Literatur

Adorno, Theodor W.: Ästhetische Theorie, 14. Aufl., Suhrkamp Verlag, Berlin 1998.

Bernhardt, Fabian: Rache. Über einen blinden Fleck der Moderne, Matthes & Seitz, Berlin 2021.

Freud, Sigmund: „Trauer und Melancholie“, Erstveröffentlichung in: Internationale Zeitschrift für Ärztliche Psychoanalyse, 6. Jg., Bd. 4, 1917, S. 288-301; auch in: Gesammelte Werke, Bd. X, Werke aus den Jahren 1913-1917, Berlin 2010, S. 428-446.

King, Vera: „Generativität und die Zukunft der Nachkommen. Krisen der Weitergabe in Generationenbeziehungen“, in: Ingrid Moeslein-Teising et al. (Hrsg.): Generativität, Psychosozial-Verlag, Gießen 2020, S. 11-28.

Dies.: „Turandot und das Rätsel der Verwandlung“, in: Wiener Staatsoper (Hrsg.): Giacomo Puccini - Turandot, S. 26-31.

King, Vera / Kuhn, Konrad: Memory and Vengeance, Art and Reconciliation. Dynamics of Injury, Retribution, and Forgiveness in Puccini’s Turandot (im Erscheinen).

Kuhn, Konrad: „Ringen um Glaubwürdigkeit“, in: Wiener Staatsoper (Hrsg.): Giacomo Puccini - Turandot, S. 62-70.

Ricœur, Paul: Das Rätsel der Vergangenheit. Erinnern - Vergessen - Verzeihen, Wallstein Verlag, Göttingen 1998.

Ders.: Wege der Anerkennung. Erkennen, Wiedererkennen, Anerkanntsein, Suhrkamp Verlag, Berlin 2004.

Ders.: Über Psychoanalyse. Schriften und Vorträge, Psychosozial-Verlag, Gießen 2016.

Volkan, Vamık D.: Blindes Vertrauen. Großgruppen und ihre Führer in Zeiten der Krise und des Terrors, Psychosozial-Verlag, Erstauf., Gießen 2005.

Der Umschwung zum Autoritären

Christopher Beckmann
Geboren 1966 in Essen,
promovierter Historiker,
Referent Wissenschaftliche Dienste /
Archiv für Christlich-Demokratische Politik,
Konrad-Adenauer-Stiftung.

Historische Erfahrungen über die Verabsolutierung des gesellschaftlichen Friedens

Wie sterben Demokratien? Mit Blick auf die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts lauten gängige Antworten: durch eine militärische Niederlage, infolge eines Bürgerkriegs, einer Revolution oder eines Militärputsches. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich eine andere, gegenwärtig wieder aktuelle und höchst beunruhigende Ursache. Die US-amerikanischen Autoren Steven Levitsky

und David Ziblatt haben sie in ihrem 2018 erschienenen Buch *How Democracies Die* thematisiert: Demokratien sterben (auch) von innen heraus, durch Wahlen, wenn sich immer mehr Wählerinnen und Wähler überzeugen lassen, dass demokratiefeindliche, autoritäre Kräfte vermeintlich bessere Lösungen für die vorhandenen Probleme anzubieten haben, und bereit sind, für den vermeintlichen gesellschaftlichen Frieden auch die Aushöhlung demokratischer Prinzipien und die Außerkraftsetzung bisher verbindlicher Regeln in Kauf zu nehmen.

Bereits der Untergang der Weimarer Republik – das bis heute wohl am intensivsten erforschte Beispiel einer nicht auf revolutionärem, sondern auf legalem Wege sterbenden Demokratie – hing wesentlich mit dem enormen Aufschwung der NSDAP bei den Reichstagswahlen seit 1930 zusammen. Mit 37,9 Prozent erzielte sie im Juli 1932 das beste Ergebnis, das eine deutsche Partei bis dahin bei gesamtstaatlichen Wahlen erreichen konnte. Lediglich bei den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung 1919 war die SPD auf exakt den gleichen Stimmenanteil gekommen. Grund genug also – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in den USA, Ungarn, Polen, Frankreich und auch bei uns –, sich die Frage zu stellen, worin die „Verlockung des Autoritären“ bestand und besteht, der Menschen in demokratischen Systemen in großer Zahl erlagen und heute vielfach wieder zu erliegen scheinen. Ebenso liegt es nahe, einen Fokus auf die Erosion und schließlich Zerstörung der Demokratie von Weimar zu richten.

Warum scheiterte die erste deutsche Demokratie?

Selbstverständlich war ein so komplexer Prozess wie das Scheitern der ersten deutschen Demokratie von vielen verschiedenen, sich in unheilvoller Weise verbindenden Faktoren geprägt:

- der Belastung durch die als zutiefst ungerecht und revisionsbedürftig empfundenen Bestimmungen des Versailler Vertrages;
- der „Dolchstoßlegende“, wonach das „im Felde unbesiegte deutsche Heer“ aufgrund des Verrats der nunmehrigen republikanischen Eliten hinterrücks „erdolcht“ worden sei;
- Verfassungsmängeln beziehungsweise -lücken, die in Krisensituationen höchst problematische Wirkungen zeitigen konnten;
- dem Trauma der im Krisenjahr 1923 ihren Höhepunkt erreichenden Hyperinflation, die zur Vernichtung aller in festen Geldbeträgen angelegten Vermögen und damit zur Verarmung eines wesentlichen Teils des Mittelstandes führte, und das Bestandteil des kollektiven Gedächtnisses der Deutschen wurde;
- der zunehmenden Fragmentierung der Gesellschaft und der Parteienlandschaft;
- der sich ab 1929 massiv verschärfenden, mit immer höherer Arbeitslosigkeit einhergehenden Wirtschaftskrise, die zu millionenfacher Verelendung führte, die Widerstandskraft vieler Menschen endgültig erschöpfte und für einen massiven Vertrauensverlust gegenüber dem politischen System sorgte;
- einer als Folge der Erfahrungen des Ersten Weltkriegs von Gewalt geprägten politischen Kultur.

Nicht übersehen werden sollte zudem, dass die Demokratien in der Zwischenkriegszeit generell zusehends in eine Krise gerieten und sich durch autoritäre Tendenzen bedroht sahen oder ihnen erlagen. Als Beispiele sind das faschistische Italien oder die Entwicklungen in Spanien, Polen, Ungarn, Rumänien und Österreich zu nennen. Insgesamt war die Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg von einer sukzessiven Abwendung von den erst kurz zuvor etablierten Demokratien geprägt, sodass in den 1930er-Jahren in Europa nur noch Großbritannien, Frankreich, die Tschechoslowakei, die skandinavischen Staaten und die Schweiz demokratisch verfasst waren. Und auch in diesen Ländern gab es durchaus Tendenzen und Ideen zu einer autoritären Umformung des politischen Systems, ebenso in den USA während des New Deal und des Zweiten Weltkriegs, als Präsident Franklin D. Roosevelt mit einer bis dahin beispiellosen exekutiven Machtfülle ausgestattet wurde.

Kapitulation des parlamentarischen Systems

In Deutschland führten die genannten Faktoren zu einer fortschreitenden Aushöhlung und Delegitimierung des demokratischen Systems der Weimarer Republik und einem massiven Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen und Parteien. Einerseits wuchs die Kritik am Kompromisscharakter zahlreicher politischer Entscheidungen, die man „nicht selten als einen gravierenden Verstoß gegen die Prinzipienfestigkeit eines einmal eingenommenen politischen Standpunkts interpretierte“ (Hendrik Thoß). Andererseits erhöhten das oftmals langwierige „Parteiengezänk“, das Entscheidungen vorausging, und die sich verschärfende wirtschaftliche und soziale Lage die Anfälligkeit gegenüber antidemokratischen Denkmustern von links und rechts, wonach der Einzelne den liberalen Individualismus ablegen und sich vorbehaltlos in die „Volksgemeinschaft“ beziehungsweise in das „Kollektiv“ einordnen sollte. Diese Denkmuster versprachen ein Ende der Auseinandersetzungen, die Auflösung der vorhandenen Widersprüche und die Herstellung des gesellschaftlichen Friedens, nach dem sich viele sehnten.

Die wachsende Skepsis gegenüber Parteien und Parlamentarismus konnte an die deutsche Tradition des „Unpolitischen“ anknüpfen, die in Thomas Manns 1918 erstmals erschienenen *Betrachtungen eines Unpolitischen* einen bis heute vielzitierten Ausdruck fand. Danach galten Parteien nicht als Instrumente zur Artikulation politischer Interessen und des Ringens um Kompromisse, Interessensausgleich und konsensfähige Lösungen, sondern als Ausdruck von Partikularinteressen zulasten eines wie auch immer zu definierenden nationalen Interesses oder „Volkswohls“.

Übrigens befürworteten noch 1950 gerade einmal 53 Prozent der befragten Bundesbürger ein Mehrparteiensystem, während beachtliche – und bedenkliche! – 25 Prozent einen Einparteienstaat präferierten. Bereits die Entscheidung für den ehemaligen kaiserlichen Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl 1925, die als „konservative Umgründung der Republik“ (Heinrich August Winkler) charakterisiert worden ist, war in erheblichem Maße vom Widerwillen gegen „Parteiengezänk“ und vermeintliches politisches „Geschacher“ geprägt. Der „Held von Tannenberg“ erschien demgegenüber als Symbol des Volksganzen und hatte auch selbst im Wahlkampf „die Bedeutung des Willens zur Einigkeit“ hervorgehoben, „der nichts mit Parteipolitik zu tun hat, sondern dem gesunden Nationalgefühl des deutschen Volkes entspricht“.

In der Rückschau handelte es sich um eine erste empfindliche Niederlage der jungen Republik und war ein Symptom für das Unbehagen an der Parteiendemokratie und die Sehnsucht nach gesellschaftlichem Frieden und Einigkeit. Verstärkt wurde diese Sehnsucht, weil die junge Demokratie die Belastungen immer weniger zu bewältigen vermochte und weil die Parteien und Verbände auf die Verfolgung ihrer Sonderinteressen mehr Energie verwendeten als auf die Gesamtverantwortung für die Republik. Dass es dem Reichstag ab März 1930 nicht mehr gelang, aus eigener Kraft eine mehrheitsfähige Regierung zu bilden, kam einer Kapitulation des parlamentarischen Systems gleich. Das Versprechen Adolf Hitlers, die zahlreichen Parteien und damit auch die von ihnen vertretenen Partikularinteressen „aus Deutschland hinauszufegen“, erschien immer mehr Menschen attraktiv.

Unbefriedigter Wunsch nach Einheit und Harmonie

Anne Applebaum hat in ihrem persönlich gehaltenen, in seinen Befunden höchst beunruhigenden Essay *Die Verlockung des Autoritären* mit Blick auf die gegenwärtigen Entwicklungen zwei weitere wichtige Aspekte genannt, die für den Untergang der Weimarer Republik ebenfalls eine Rolle gespielt haben, aber zurzeit von noch einmal stark erhöhter Bedeutung sind. So sei das für liberale Demokratien konstitutive Wettbewerbsprinzip oftmals nicht in der Lage, Antworten auf die tieferen Fragen nach nationaler oder persönlicher Identität zu geben, und lasse „den Wunsch nach Einheit und Harmonie unbefriedigt“. Die verschiedenen Versuche, mit Blick auf das bundesdeutsche Grundgesetz einen „Verfassungspatriotismus“ zu postulieren, kann man auch als Bemühungen zur Kompensation dieses Defizits verstehen.

Des Weiteren, so Applebaum, sei der Wunsch nach Komplexitätsreduktion ein Grund für die Attraktivität autoritären Denkens. Viele

Menschen seien überfordert oder hätten schlicht „keine Lust, sich auf Komplexität einzulassen“. Sie folgten daher Politikern, die eine einfache „neue und geordnetere politische Ordnung versprechen“. Wird aber der gesellschaftliche Frieden zum absoluten Prinzip erhoben und als endgültiger Zustand verstanden und nicht mehr als prozessuales Gut, das sich im Streit und Kompromiss immer neu austarieren muss, dann droht der Umschwung zum Autoritären oder gar Totalitären. Denn autoritäre Regime versprechen den endgültigen Frieden – den Stillstand der Konflikte – und suchen ihn durch Ausschluss, Zensur und Gewalt durchzusetzen.

Der Wunsch nach Einigkeit, Komplexitätsreduktion und gesellschaftlichem Frieden ist für sich genommen wohl nicht ausreichend, um ein etabliertes demokratisches Gemeinwesen in seinen Grundfesten zu erschüttern. Kommen aber andere krisenhafte Entwicklungen hinzu – tatsächliche oder als solche wahrgenommene –, so führt eine sich ständig zuspitzende politische Polarisierung zu häufigen Blockaden des Systems (man denke an die fast schon periodisch auftretenden „Government-Shutdowns“ in den USA). Sorgt zudem eine überbordende, in Teilen dysfunktionale Bürokratie dafür, dass Entscheidungsprozesse verlangsamt oder gar blockiert werden, kann dieses Verlangen tatsächlich dazu beitragen, dass Individuen oder Gruppen und schließlich ganze Staaten der „Verlockung des Autoritären“ und einer Verabsolutierung des gesellschaftlichen Friedens erliegen.

„Es kommt darauf an, zu entscheiden“

Nun ist gesellschaftlicher „Frieden“ ein Grundbedürfnis jeder Gesellschaft. Dolf Sternberger, einer der bedeutenden Demokratieerzieher der jungen Bundesrepublik, kennzeichnete im November 1960 in seiner Heidelberger Antrittsrede das Politische „als den Bereich der Bestrebungen, Frieden herzustellen, Frieden zu bewahren, zu gewährleisten und zu schützen und freilich auch zu verteidigen“. Allerdings wusste Sternberger, dass gesellschaftlicher Frieden nicht als Zustand oder Momentaufnahme verstanden werden kann, sondern als Prozess, der auf Verhandlung und politischer Vereinbarung beruht, um das Gegensätzliche wenn nicht zu überwinden, so doch ausgleichen und in einen Zustand erträglicher Koexistenz überführen zu können. Dazu gehört die Fähigkeit, Verschiedenheiten und Gegensätze anzuerkennen und Konflikte zwischen sozialen Gruppen, politischen Lagern und kulturellen Milieus so auszutragen, dass das Gemeinwesen nicht zerbricht. Sternberger rechtfertigte daher auch Sanktionen gegen Antidemokraten als selbsterhaltende Maßnahme und war Befürworter einer wehrhaften Demokratie.

Der im Frühjahr 2025 verstorbene Bernhard Vogel, ein Schüler Sternbergers, hat als eine Quintessenz seiner langjährigen Erfahrungen festgehalten, dass es in der Politik oftmals vor allem darauf ankomme, *dass* entschieden werde. Eher selten gebe es Entscheidungen „wirklich von grundsätzlicher Bedeutung“, die dann natürlich besonders wichtig seien. In der Regel gehe es in der Politik also „nicht um Sendungsbewusstsein“. Der notwendige Streit um die besten Lösungen bedürfe daher zumeist auch pragmatischer Kompromissbereitschaft.

Ob die Jahre zwischen 1990 und 2015 tatsächlich – wie von Levitsky und Ziblatt behauptet – „das demokratischste Vierteljahrhundert der Geschichte“ waren, sei einmal dahingestellt. Unbestreitbar aber ist, dass sich gegenwärtig die liberale, vermeintlich gefestigte Demokratie westlichen Typs auch im Inneren in einem Maße mit Herausforderungen und Gefahren konfrontiert sieht, wie man es jahrzehntelang nicht für möglich gehalten hätte. Es zeigen sich hier die Grenzen des Vergleichs mit dem Schicksal der Weimarer Republik, die in einem Land ohne große demokratische Tradition und unter äußerst schwierigen äußeren und inneren Bedingungen gegründet wurde. Bei traditionsreichen, über einen langen Zeitraum durchaus gefestigten Demokratien ist der Befund, dass bisher als fundamental geltende Normen zunehmend infrage gestellt werden, besonders verstörend und alarmierend. Zugleich ist hier aber auch die Hoffnung größer, dass eine Rückbesinnung auf diese Normen, darunter die Notwendigkeit produktiven Streits, möglich ist.

Dazu gilt es, sich klarzumachen, dass gesellschaftlicher Friede die Anerkennung von Konflikten und divergierenden Interessen voraussetzt. Es gilt, sich immer wieder die Notwendigkeit einer nicht mit Prinzipienlosigkeit zu verwechselnden – und schon gar nicht als solche zu denunzierenden – Kultur des politischen Kompromisses ins Gedächtnis zu rufen und diese auch zu praktizieren. Es gilt, so Anne Applebaum, sich den Herausforderungen der freiheitlichen Demokratie zu stellen, die ihren Bürgern „Teilnahme, Diskussion, Einsatz und Auseinandersetzung“ abverlangt und „Stimmengewirr und Durcheinander auszuhalten, aber auch denen Kontra zu geben, die es anzetteln“.

Die humane Möglichkeit des Gesprächs

Carsten Dutt
Geboren 1965 in Calw,
Präsident der Hans-
Georg-Gadamer-Gesell-
schaft für hermeneu-
tische Philosophie,
geschäftsführender
Herausgeber der Zeit-
schrift „Archiv für
Begriffsgeschichte“
und außerplanmäßiger
Professor für Philo-
sophie, Technische
Universität Darmstadt.

Gadammers dialogische Hermeneutik heute

„Sprache ist nur im Gespräch“ – so lautet ein gedankenweckendes Paradox, das der Philosoph Hans-Georg Gadamer (1900–2002) zu einem festen Bestandteil seiner Reflexionen über das Menschheitsmerkmal Sprache gemacht hat.

Natürlich wusste der Begründer der philosophischen Hermeneutik sehr genau, dass sich der *modus essendi*, die Seinsweise von Sprache und Sprachen –, des Deutschen etwa oder des Koreanischen – nicht auf ihren gesprächsweisen Vollzug, ihre soziale Aktualisierung in Rede oder Schrift reduzieren lässt. Als Vermögen des Menschen ebenso wie als dispositionale Struktur von je bestimmter Prägung – des Deutschen hier, des Koreanischen dort – ist Sprache vielmehr auch eine überaktuelle Realität: virtuell, abstrakt und von normativer Kraft – der Kraft des kollektiv Eingewöhnten und nach gemeinschaftlich geteilten Maßstäben Richtigen, wie es Grammatiken und Wörterbücher kodifizieren. Sprache hat ihr Sein nicht nur im Gespräch, sondern vielmehr auch als Kompetenz und als System.

Indessen sind die Regelsysteme natürlicher Sprachen ihrerseits nicht invariant starre, sondern wandelbare, geschichtlich sich entwickelnde Systeme. Und es ist eben das Gespräch im weitesten Sinne – der lebendige Sprachgebrauch der über die Welt und miteinander Sprechenden oder Schreibenden –, durch den sich der Wandel der Systeme vollzieht: in rieselnder Langsamkeit zumeist, bisweilen freilich auch in abrupten Schüben wie etwa beim Aufkommen neuer Wörter oder Wendungen, die sich in Windeseile massenhaft verbreiten. Gadamer hat also in wohlbestimmter Hinsicht recht: Auch als sprachgebrauchsorientiertes Regelsystem bleibt Sprache von ihrer faktischen Praxis umgriffen – und in diesem Sinne „im Gespräch“.

Die eigentliche Pointe der Gesprächsemphase Gadammers ist indessen keine historische oder meta-historische, sondern eine philosophische. Nicht die wesenhafte Geschichtlichkeit der Sprache(n) bildet den Fluchtpunkt des eingangs zitierten Diktums, sondern ihre Kommunikativität: die schwerlich zu überschätzende und allerdings fragile Funktion, Medium interpersonalen Verstehens und interpersonalen Verständigung zu sein. Es ist denn auch ein normativ gehaltvoller, an Wahrheitserkenntnis und vernünftiger Konsensbildung orientierter Begriff von Gespräch, den Gadamer in seinem 1960 erschienenen Hauptwerk *Wahrheit und Methode* und thematisch einschlägigen Arbeiten der Folgezeit entfaltet hat – so in den Aufsätzen *Mensch und Sprache* (1966), *Sprache und Verstehen* (1970) oder – schon vom Titel her problembewusst und mit Hindernissen, äußeren wie inneren, rechnend – *Die Unfähigkeit zum Gespräch* (1972).

Wie man das Sprechen verliert

In diesem letztgenannten Essay, der sich wie die anderen auch in Band II seiner *Gesammelten Werke* nachlesen lässt, identifiziert Gadamer viele Jahrzehnte vor den medientechnologisch induzierten Kalamitäten unserer Zeit „objektive gesellschaftliche Umstände“, „durch die man das Sprechen verlieren kann, das Sprechen nämlich, das Zu-jemandem-Sprechen ist und Auf-jemanden-Antworten ist und das wir ein Gespräch nennen“. Man könne sich, so schreibt er, einen „Fortschritt der Technik ausmalen, [...] bei dem man sozusagen eine Brille aufhat, durch die man nicht mehr hindurchsieht, sondern Fernsehen sieht, etwa wie man manchmal jemanden durch den Odenwald wandern und dabei den wohlvertrauten Klängen und Schlagern lauschen sieht, die er in einem Transistorgerät mit sich spazieren trägt.“

Dass die so – unter den Vorstellungsbedingungen der frühen 1970er Jahre – noch gleichsam idyllisch eingehegte Dystopie des Mediensolipsismus inzwischen in Gestalt von VR-Brillen käufliche Wirklichkeit

geworden ist und dass andere, weniger „immersive“, aber kaum weniger solipsistische Formen der Medien- und Gerätenutzung durchweg zur Schwächung und nicht etwa zur Stärkung unserer Gesprächsfähigkeit beitragen, wissen wir. Wir wissen ferner, dass die Abfackelung von Meinungen samt der hinzugehörigen Affektstöße auf X und anderen Plattformen in den allerwenigsten Fällen zu Initialzügen ernsthafter Wechselrede geschweige denn gründlicher Auseinandersetzung werden – und dass die kommunikationstechnische Dominanz der Emission und Konsumtion winziger Zeichenmengen nicht nur zur Schrumpfung von Aufmerksamkeitsspannen, zu oberflächlicher Textverarbeitung und zum progressiven Verlust von Lesekompetenz führt, sondern auch mit der Zementierung von Filterblasen und Echokammern einhergeht, in denen ja gerade nicht Gespräche geführt, sondern in eisernem Schonverständnis-Sein kollektive Monologe exekutiert werden.

Verwilderte Redewelt

Auch zur sozioepistemischen und soziomoralischen Pathologie solcher Echokammern lässt sich aus Gadammers Text *Die Unfähigkeit zum Gespräch* Bedenkenswertes zitieren: „Nur der überhört oder hört falsch, der sich selbst ständig zuhört, dessen Ohr gleichsam so erfüllt ist von dem Zuspruch, den er sich selbst ständig zuspricht, indem er seine Antriebe und Interessen verfolgt, daß er den anderen nicht zu hören vermag.“ Als Verlautbarungen eines weisen Propheten gegenwärtiger Missstände sollte man Gadammers Beiträge zur Philosophie des Gesprächs indessen doch nur in zweiter Linie lesen. Wichtiger als die ihnen beigemischten Warnrufe, von denen sich inzwischen nicht wenige erfüllt oder sogar übererfüllt haben, sind gerade heute die positiven, konstruktiven Intuitionen, für die Gadammers Dialoghermeneutik in resilientem Optimismus wirbt: normativ unveräußerliche Erinnerungen, wie man sie wohl nennen darf, an die humane Möglichkeit des Gesprächs. In ihrem gesellschaftlichen Fortbestand und ihrer noch so bescheidenen, gewiss allemal vorläufigen und auf das immense Ganze der massenmedial überformten und sozialmedial verwilderten Rede- und Handlungswelt gesehen je und je inselhaft begrenzten Verwirklichung hat Gadamer – auch hierin Humanist – „die eigentliche Erhebung des Menschen zur Humanität“ gesehen.

Selbst an handfesten Verhandlungsgesprächen lasse sich das Prinzip dieser Erhebung begreifen: anhand der Gegenseitigkeit der Beteiligten nämlich und ihres zunächst rein formalen, durch den bloßen Eintritt in das Interaktionsformat selbst signalisierten Willens zur Erkundung von Ausgleichs- und Einigungsmöglichkeiten. „Die Begegnung mit dem anderen erhebt selbst da über die eigene Begrenztheit, wo es

nur um Dollars oder um Machtinteressen geht.“ Dass freilich die dialogische Transgression eigener Begrenztheit neben ihrer institutionellen oder quasi-institutionellen Außenseite – man setzt sich da und dort für die und die Zeit unter dieser oder jener Gesprächsagenda zusammen – eine epistemisch wie ethisch-praktisch anspruchsvolle Innenseite hat, dass Verhandlungsgespräche und *mutatis mutandis* alle Formen und Formate dialogischer Interaktion – vom wissenschaftlichen Fachgespräch bis zum politischen Streitgespräch – nur durch Personen, ihre Kenntnisse, Fähigkeiten und Haltungen mit Sinn erfüllt und lebenspraktisch fruchtbar gemacht werden können, führt auf das vielleicht tiefste Thema der Gadamer’schen Philosophie des Gesprächs: auf das Erfordernis, sich im Umgang mit anderen allererst selbst gesprächsbereit und gesprächstauglich zu machen.

An der Spitze der ihrerseits mannigfachen Erfordernisse, die sich aus diesem basalen und gerade in seinem Subjektbezug objektiven Anspruch ergeben, steht nach Gadamer die *Sachlichkeit*: der elementare Sinn für das, was ist, was in Rede und auf dem Spiel steht. Im prosaischen Beispielfall wirtschaftlicher oder politischer Verhandlungen etwa „die wirklichen Interessen des anderen, die den eigenen Interessen entgegenstehen, und die doch, richtig wahrgenommen, vielleicht Möglichkeiten des Sich-Zusammenfindens enthalten“. An den Ergebnissen der Verhandlungskunst erfolgreicher Geschäftsleute und Politiker, die sogar „Barrikaden“ zu überwinden wussten, sei dies exemplarisch abzulesen.

Überwindung von Barrikaden und Blockierungen

Nun liegen allerdings Barrikaden, die dialogisch notwendiges Verstehen und *ipso facto* dialogische Verständigung verhindern, oft genug gar nicht in anderen, sondern in uns selbst. Ein universal taugliches Rezept für die Überwindung dieser inneren, sozusagen erstpersönlichen Barrikaden und Blockierungen gibt es bekanntlich nicht; und es findet sich auch bei Gadamer nicht. Vielmehr sind es durchaus altmodische, dabei gänzlich unveraltete Appelle an einschlägige Tugenden, die er an dieser Stelle in seine Überlegungen eintreten lässt: den Appell an Gerechtigkeit und Geduld, an Sympathie und Toleranz sowie an „das unbedingte Vertrauen auf die Vernunft, die unser aller Teil ist“.

Was dialogische Vernunft mindestens erheischt, hat Gadamer wiederum merksatzhaft bündig in die Kennzeichnung und Empfehlung einer metakommunikativen Haltung zusammengezogen, die man wohl ebenfalls als eine Tugend ansprechen darf, weil sie fallibilistisch und in diesem Sinne demütig mit der Möglichkeit rechnet, in Gesprächen *gegen*

andere unrecht zu haben: „Wir müssen den Anderen und das Andere achten. Dazu gehört, wir müssen lernen, unrecht haben zu können.“

Damit wir gegen andere – ihre Wahrheits- und sonstigen Geltungsansprüche, ihre theoretischen Behauptungen oder praktischen Forderungen – unrecht haben können, müssen diese anderen freilich ihrerseits gegen uns recht haben und Recht erforderlichenfalls auch erlangen können. Dies wiederum heißt: Es müssen Verständigungsverhältnisse herrschen, in deren *politischer Liberalität* und *intellektueller Solidität* sie, die anderen, wirklich zu Wort (und nicht etwa nur zu Schlagworten oder digitalem Geschrei) kommen können; in denen sich die Artikulation ihrer Anliegen – ihre Argumente und weiter ausgreifenden Argumentationen – in Ruhe entfalten und alsdann auch in Ruhe von uns (oder dazu befugten Dritten) erwogen, sachgemäß geprüft und beurteilt werden kann; in denen Einwände oder Widerspruch, Ergänzung oder Zustimmung zum Zuge kommen können, um in geduldig fortgesetzten statt vorschnell abgebrochenen Gesprächen nach und nach zu einer gemeinsamen Sprache zu führen – und schließlich, wie Gadamer dies sehr schön mit einer juridisch getönten Metapher auszudrücken pflegte, auch zu einem gemeinsamen „Spruch“. Unter diesen heute alles andere als garantierten, von mancherlei technischen und sittlichen Faktoren bedrohten, doch noch immer erreichbaren Bedingungen können Gespräche, in denen Sprache belangvoll ist, humane Gespräche sein.

Unbestreitbar?

Zur Subjektivierung von Gewissensentscheidungen in deutschen Parlamenten

Richard Ottinger

Geboren 1989 in Bonn, promovierter Philosoph, Referent Grundsatzfragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Erstmals seit mehr als vier Jahrzehnten ist die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages grundlegend überarbeitet worden. Damit reagiert die schwarz-rote Koalition auf die Verschlechterung der bundesrepublikanischen Debattenkultur, die zunehmend von Verachtung und fehlender Bereitschaft, der Gegenseite zuzuhören, geprägt ist und sich auch in Störungen im Parlament niederschlägt.¹ Ein Faktor, der dafür mitverantwortlich ist, besteht darin,

in, dass Parlamentarier immer häufiger ihre subjektiven Meinungen unter Berufung auf das eigene Gewissen zu immunisieren versuchen. Das ist zu problematisieren, da die Idee des menschlichen Gewissens nicht die Trennung der eigenen Ansicht vom rationalen Diskurs meint, sondern notwendig auch die Wissensbildung im Dialog mit dem Gegenüber einschließt.

In diesem Sinne ist das Gewissen für die parlamentarische Demokratie in Deutschland zentral, da es in seiner unverkürzten Bedeutung den politischen Diskurs in den Parlamenten vor Ideologie und Enthemmung schützt.

Die wichtige Stellung des Gewissensbegriffs ist begründet durch die enge Verbindung zur Menschenwürde und Religionsfreiheit.² Das Grundgesetz garantiert explizit mit seinem Bezug auf das Gewissen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung³ und die Unabhängigkeit der Bundestagsabgeordneten. Diese Unabhängigkeit konstituiert den Deutschen Bundestag als repräsentative Volksvertretung. Konkret besagt Artikel 38 Absatz 1 des Grundgesetzes: „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages [...] sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“

Freiheit der Fraktionswahl, Verbot des Fraktionszwangs

Die Gewissensfreiheit des Abgeordneten sichert somit die Unabhängigkeit parlamentarischer Entscheidungen. Die einzelnen Abgeordneten sind also nicht der Partei, Fraktion, Ethnie, Familie oder dem Geschlecht verpflichtet, sondern allein ihrem Gewissen – eine bewusste Vorgabe der Verfassungsgeber, die gern vergessen wird. Dies geschah etwa 2017, als die niedersächsische Landtagsabgeordnete Elke Twesten von den Grünen, nachdem sie mit der strategischen Ausrichtung ihrer Partei nicht einverstanden war, im Landtag in die CDU-Fraktion wechselte. Dieser Fraktionswechsel zog scharfe Kritik nach sich – unter anderem vom damaligen Kanzlerkandidaten und SPD-Vorsitzenden Martin Schulz, der von „Verrat an den Wählerinnen und Wählern“ sprach.⁴ In Artikel 12 der Niedersächsischen Landesverfassung heißt es allerdings ausdrücklich: „Die Mitglieder des Landtages vertreten das ganze Volk. Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“

Aus den legislativen Vorgaben zum Gewissen leitet sich auch die Freiheit der Fraktionswahl und das Verbot des Fraktionszwangs ab. Letzterer wird oftmals mit der erlaubten Fraktionsdisziplin verwechselt, die die grundgesetzlich gesicherte Gewissensfreiheit der Abgeordneten durchaus einschränken kann, aber nicht final negieren darf.⁵ Durch interne Probeabstimmungen und Absprachen wird produktive Regierungsarbeit gewährleistet, die – wie in der Abstimmungsübersicht des Bundestages immer wieder anschaulich zu beobachten ist – auch Abweichler zulässt.

Auffällig ist, dass in den vergangenen Jahrzehnten immer häufiger bei namentlichen Abstimmungen die Fraktionsdisziplin aufgehoben wurde. Dies ist nahezu routinemäßig bei bioethischen Fragestellungen

1 Jonas Wagner: „Härtere Strafen, lebendigere Debatten“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 204, 03.09.2025, S. 8.

2 Vgl. Art. 4 Abs. 1 GG: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“

3 Vgl. Art. 4 Abs. 3 GG: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“ sowie Art. 12a Abs. 2 GG: „Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.“

4 Vgl. „SPD löscht umstrittenen Tweet zu Twesten - kommentarlos“, in: Die Welt, 04.08.2017, www.welt.de/politik/deutschland/article167403086/Attacke-auf-Politikerin-SPD-loescht-umstrittenen-Tweet-zu-Twesten-kommentarlos.html [letzter Zugriff: 05.09.2025].

5 Vgl. hierzu die Äußerung der Abgeordneten Beate Walter-Rosenheimer in der Bundestagsdebatte um eine mögliche Impfpflicht: „Ich danke meiner Fraktion für die Möglichkeit einer ergebnisoffenen und konstruktiven Debatte. Ich bin froh, dass diese Abstimmung als Gewissensentscheidung anerkannt wurde“, siehe Deutscher Bundestag, 20. Wahlperiode, 28. Sitzung, 07.04.2022, Plenarprotokoll 20/28, 2525.

6 Eine offizielle Liste aller namentlichen Abstimmungen ohne Fraktionsdisziplin gibt es von offizieller Seite des Deutschen Bundestages nicht, da die Entscheidungen innerhalb der Fraktionen und im Ältestenrat gefällt werden. Mit Blick auf die Beantwortung der Frage nach einer vollständigen Liste der freigegebenen Abstimmungen ist jenseits der medialen Berichterstattung die Arbeit des Historikers Michael F. Feldkamp hilfreich. Dieser hat die 29 Aussetzungen der Fraktionsdisziplin zusammengetragen. Auffällig ist, dass die Hälfte der Abstimmungen ohne Fraktionsdisziplin nach der Jahrtausendwende stattfanden und von diesen fünfzehn ganze elf Bundestagsdebatten bioethische Fragen behandelten (vgl. Michael F. Feldkamp: Der Deutsche Bundestag: 100 Fragen und Antworten, 2. Aufl., Baden-Baden 2013. Ich bedanke mich an dieser Stelle herzlich bei Herrn Dr. Michael Feldkamp für den Einblick in das Manuskript der unveröffentlichten dritten Auflage).

7 Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, 166. Sitzung, 07.09.1979, Plenarprotokoll 08/166, 13238.

8 Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, 155. Sitzung, 11.04.2008, Plenarprotokoll 16/155, 16371.

zu beobachten, wie etwa bei den Abstimmungen zur assistierten Suizidbegleitung (2015), zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende (2020) oder zur Impfpflicht gegen SARS-CoV-2 (2022). Aber auch bei gesellschaftlich polarisierenden Themen wie der Abstimmung über die „Ehe für alle“ (2017) wurden mehr namentliche Abstimmungen ohne Fraktionsdisziplin durchgeführt.⁶

Wandel des Gewissensverständnisses

Was auf den ersten Blick wie eine Zunahme von freien Gewissensentscheidungen der Abgeordneten aussieht, könnte allerdings auch eine wachsende Unfähigkeit zum sachorientierten Konsens offenbaren. Diese Lesart scheint sich bei Sichtung der entsprechenden Parlamentsprotokolle zu bestätigen und lässt einen Wandel des Deutschen Bundestages sowohl im Umgang mit der Fraktionsdisziplin als auch im Verständnis des Gewissens bei Abgeordneten vermuten: „Die heute von jedem unter uns zu treffende Entscheidung, ob er das 1969 beschlossene Recht erhalten oder aufheben will, muß er nach bestem Wissen und Gewissen fällen. Das Wort ‚Wissen‘ bedeutet dabei: Gewissensfreiheit heißt in Fragen dieses Gewichts keineswegs die Berechtigung zu noch so gut gemeintem Urteil nach spontanem Empfinden. [...] Gewissensentscheidung bedeutet – und darin sind wir uns wohl alle einig – auch die Pflicht zum sehr sorgfältigen Abwägen aller Argumente für und wider [...]“⁷

Die zitierte Passage stammt von dem Abgeordneten Alois Mertes aus der Bundestagssitzung am 3. Juli 1979, in der über das 18. Strafrechtsänderungsgesetz zur Unverjährbarkeit der Mordverbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft debattiert wurde. Die folgende Äußerung ist hingegen rund drei Jahrzehnte jünger und stammt von Wolfgang Meckelburg aus der Debatte zur Änderung des Stammzellengesetzes: „Jedermann weiß, es ist eine persönliche Gewissensentscheidung. Diese kann man aber nur dann fällen, wenn man respektvoll mit allen vorgeschlagenen Positionen umgeht und dann auch den Respekt der anderen Kolleginnen und Kollegen erwarten darf. Ich habe den Eindruck, dass der Bundestag die Debatte zu dieser Entscheidung mit großem Respekt und auf hohem Niveau führt. Ich habe die Hoffnung, dass meine Entscheidung mit demselben Respekt von denen bewertet wird, die Anforderungen an mich herangetragen haben und andere Erwartungen hatten.“⁸

Beide Zitate illustrieren exemplarisch den Wandel des Gewissensverständnisses, zumindest bei einigen Abgeordneten. Während in den 1960er- und 1970er-Jahren gerade einmal sechsmal von der Fraktionsdisziplin abgewichen wurde, lag der Schwerpunkt in den dazugehörigen Debatten und Abstimmungen weniger auf individuellen

Gewissensentscheidungen als auf der Verantwortung des Parlaments insgesamt.⁹ Damals wurde stärker hervorgehoben, dass Gewissensbildung ein umfassender Prozess sei, der Fachkenntnisse und differenziertes Urteilen einschlieÙe und auf eine Verobjektivierung des Gewissens abziele.

Demgegenüber zeigt sich in den 2010er- und 2020er-Jahren ein anderes Selbstverständnis der Abgeordneten: Das Element der Subjektivität des individuellen Gewissensurteils wird häufiger betont, als autonom und unanfechtbar dargestellt und als solches für respektwürdig erklärt, ohne dass es einer besonderen Begründung bedarf.¹⁰ In diesem Sinne äußerte sich der damalige Wirtschaftsminister und Vizekanzler Robert Habeck in der Diskussion zu aktuellen innenpolitischen Themen vor dem Deutschen Bundestag am 29. Januar 2025 in Berlin: „Ich sage das mit Respekt vor jedem, der sagt: Das ist für mich eine Gewissensentscheidung. – Aber das ist für uns im parlamentarischen Raum der Grund, warum nicht weiter diskutiert wird, weil Menschen zu bestimmten Einstellungen zu Leib und Leben eine so fundamentale moralische Position haben, dass sie sich jeder politischen Argumentation entzieht. Und das respektiere ich natürlich.“¹¹

„Mauer des Parteistolzes“

Neben dieser Unangreifbarmachung von subjektiven Meinungen kommt es jedoch auch regelmäßig zur Überhöhung von individuellen Auffassungen, so zum Beispiel, als die FDP im Rahmen der Diskussion um eine Impfpflicht die gemeinsame Wissensbildung innerhalb der CDU/CSU-Fraktion als „Mauer des Parteistolzes“¹² verunglimpfte und die Unionsfraktion aufrief, sie solle endlich „ihr Gewissen sprechen“¹³ lassen, so als ob die individuelle Position grundsätzlich objektiver sei als die fraktionsinterne Positionsfindung.

Der etwa 2.500 Jahre alte Begriff des Wissens hat seine Wurzeln in der antiken Philosophie und seine Ausprägung vorrangig in der christlichen Theologie erfahren. Mit Blick auf die Genese des Konzepts sind drei Momente für das Gewissen zentral: *Erstens* macht das Gewissen existenziell betroffen. Konkret ist das Gewissen der Anspruch, für das eigene Handeln selbst verantwortlich zu sein, der nicht ohne innere Not überwunden werden kann. *Zweitens* kann das Gewissen angezweifelt werden und letztlich auch irren. Und *drittens* verpflichten dieser Maßstab der existenziellen Betroffenheit sowie die Möglichkeit des irrenden Wissens zur Prüfung und Bildung des eigenen Wissens. Nur wenn alle drei Momente aus Wissensbindung, Wissensirrtum und Wissensbildung berücksichtigt werden, können ethische Werturteile „nach bestem Wissen und Gewissen“ gefällt werden.¹⁴

9 Vgl. Michael F. Feldkamp, a. a. O., siehe Rn. 6, S. 63 f.

10 Diese Entwicklung wird aktuell am Institut für Moralthologie an der Universität Münster von Monika Bobbert und Marius Menke im Rahmen eines DFG-Projekts empirisch und theologisch erforscht (vgl. DFG-Projekt: Wissensverständnisse im Deutschen Bundestag: Ethische Implikationen für Abstimmungen ohne Fraktionsdisziplin, www.uni-muenster.de/FB2/moralthologie/forschen/DFGProjekt.html [letzter Zugriff: 05.09.2025]).

11 Deutscher Bundestag, 20. Wahlperiode, 209. Sitzung, 29.01.2025, Plenarprotokoll 20/209, 27043.

12 Deutscher Bundestag, 20. Wahlperiode, 28. Sitzung, 07.04.2022, Plenarprotokoll 20/28, 2337.

13 Ebd.

14 Vgl. Ludger Honnefelder: Was soll ich tun, wer will ich sein? Vernunft und Verantwortung, Gewissen und Schuld, Weilerswist 2017, S. 61 f.

15 Ebd., S. 50.

16 Vgl. ebd.

17 Vgl. ebd., S. 62.

18 Vgl. Klaus von Beyme: Rechtspopulismus. Ein Element der Neodemokratie?, Wiesbaden 2018, S. 9 f.; vgl. auch „Atmosphäre im Bundestag spürbar verändert“, in: tagesschau, 27.11.2024, www.tagesschau.de/inland/baerelbas-debattenkultur-100.html [letzter Zugriff: 05.09.2025]. Tatsächlich wurden auch frühere Debatten hart und mit Adhominem-Angriffen geführt, woran etwa die Redenschreiberin Jacqueline Schäfer erinnert: „Schon im Wahlkampf zur ersten Bundestagswahl gab es harte Attacken. Schumacher hat Adenauer beispielsweise als ‚Lügenauer‘ bezeichnet. Ein Herbert Wehner hat seine Kollegen im Bundestag ad hominem angegriffen: Er sprach von Tödenhöfer als ‚Hoden-töter‘ und hat Rainer Barzel als ‚Schleimer‘ bezeichnet“ (vgl. Interview zur Debattenkultur: „Je persönlicher ein Redner wird, desto stärker wirkt er“, in: Das Parlament, 29.08.2024, www.das-parlament.de/inland/bundestag/je-persoenlicher-ein-redner-wird-desto-staerker-wirkt-er [letzter Zugriff: 05.09.2025]). Dennoch haben die Debatten in den letzten zwei Jahrzehnten eine neue Qualität mit Blick auf die Quantität der Beleidigungen und Störaktionen.

19 Max Scheler: Der Formalismus in der Ethik und die materiale Wertethik. Neuer Versuch der Grundlegung eines ethischen Personalismus, Halle 1921, auch in: Gesammelte Werke, hrsg. v. Max Scheler, II, Bern 1954, S. 336; vgl. Georg W. F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts. Sämtliche Werke, hrsg. von Hermann Glockner, Bd. VII, S. 196 ff. (§ 137).

Wie der Philosoph Ludger Honnefelder formuliert hat, ist der Mensch in seinem Gewissen „sich selbst aufgegeben“.¹⁵ Die Bindung an das als gut Erkannte und Anerkannte ist der Modus Operandi seiner Selbstgestaltung und somit das, was ihn als Person konstituiert.¹⁶ Dieser Anspruch an das eigene, vor sich selbst verantwortende Selbst hat gleichzeitig immer dialogischen Charakter und muss notwendig den Anspruch des Gegenübers einbeziehen. Aufgrund dieses dialogischen Charakters des Wissens ist eine Wissensauslegung, die sich in vorrangiger Subjektivität, bloÙem Gefühl oder angeblich unmittelbar vernehmbarer göttlicher Stimme erschöpft, grundsätzlich falsch.

Degeneration des Diskurses?

Die sich abzeichnende Tendenz mancher Parlamentarier zu einem subjektiv-immunisierenden Wissensverständnis geht fehl, weil sie zwar die Erfahrung der Wissensbindung anerkennen, nicht aber die Möglichkeit des Wissensirrtums sowie die Notwendigkeit von Wissensprüfung und Wissensbildung berücksichtigen.¹⁷ Ein Wissensurteil, das sich nicht offen zum Diskurs stellt, wird zum subjektiven Fundamentalismus.

Den Parteien der Mitte kommt hier eine besondere Verantwortung zu, denn die einseitige Auslegung des Wissensbegriffs steht in einem direkten Zusammenhang mit der sich ausbreitenden Verschlechterung der Debattenkultur. Diese Degeneration des Diskurses zeichnet sich *erstens* durch eine Form von Verrohung mit einer quantifizierbaren Zunahme von Beleidigungen, Störungen und Aktivismus in den Bundestagsdebatten und *zweitens* durch die zurückgehende Bereitschaft, sich mit verschiedenen Haltungen zu einem Sachverhalt und dessen Inhalt überhaupt erst auseinanderzusetzen, aus.¹⁸ Die zunehmende „Verbarrikadierung“ in der subjektiven Wissensfestung verschafft der wachsenden Polemik an den politischen Rändern weiteren Vorschub. Wenn diese Entwicklung sich im deutschen Parlamentarismus weiter durchsetzt, bewahrheitet sich die in den 1920er-Jahren von Max Scheler formulierte Befürchtung, dass das Gewissen ohne sachorientierte Objektivität zum „Prinzip der Anarchie“¹⁹ werde. Wie ein solches Prinzip die bundesrepublikanische Debattenkultur in der Breite verwandeln würde, ist aktuell bereits in den Beiträgen der extrem rechten und linken Parteien im Bundestag und in den Landtagen zu beobachten. Dass allein die künftig geltende Geschäftsordnung des Bundestages diesen Trend umkehren kann, darf bezweifelt werden.

Der streitbare Weg zum Frieden

Kaltërina Latifi
Geboren 1984 in
Pristina (Kosovo),
ist eine schweizerisch-
deutsche Literatur-
wissenschaftlerin und
Publizistin. Seit 2021
ist sie Kolumnistin
für die Schweizer
Wochenzeitschrift
„Das Magazin“, derzeit
lehrt sie als Privat-
dozentin am Institut
für Germanistik der
Universität Bern.

Konsens und Disput als literarisches Thema

Wo keine Gerechtigkeit ist, da ist auch kein Friede, besagt ein deutsches Sprichwort. Und wo kein Friede (oder Konsens) ist, so könnte man verallgemeinernd sagen, da muss wohl oder übel der Streit vorherrschen. Was in unserer hoch polarisierten Zeit in Vergessenheit

zu geraten scheint: Die angestrebte Gerechtigkeit – oder was jeder Einzelne für eine solche halten mag –, wir können sie als Wertegemeinschaft nur durch das Streitgespräch, den argumentativen Schlagabtausch erlangen. Frei nach Jürgen Habermas gesagt: Konsensfindung ist nur möglich, wenn man sich vorher streitet.

Doch können wir heute denn noch produktiv streiten? Wie steht es um die vielberufene ‚Streitkultur‘ wirklich? Damit meine ich ein Streiten im Sinne einer reflektierten und – um ein in Mode gekommenes Wort zu benutzen – konstruktiven Auseinandersetzung mit der Gegenseite, dem politischen Gegner, dem Kontrahenten, dem Andersdenkenden. Ein niveauvoller Streit setzt eine tolerante Gesinnung der Streitenden voraus (*audiatur et altera pars*). Und er ist erlernbar. ‚Streitpädagogik‘

wäre wohl gerade in unseren Zeiten nicht das nutzloseste aller Fächer. Dazu gehört, dass man sich darin einübt, nicht nur aus der eigenen, sondern auch aus der Sicht des anderen zu argumentieren. Dies könnte so manche neue Perspektive eröffnen. Ist da aber noch irgendein fruchtbringender Funke von Streitlust in uns? Oder hat sich der politische und öffentliche Diskurs längst ins Unversöhnliche zerstritten? Und wenn ja, so bliebe die Frage: Wie weiter?

Wir leben, so scheint mir, in Zeiten, in der unsere gemeinschaftliche Denkflexibilität (und mit ihr in gewisser Hinsicht auch Denkkapazität) allmählich verkümmert, ein starrsinniges Recht-haben-Wollen mehr und mehr um sich greift und das Einfühlungsvermögen nur noch einseitig zündet (wenn sich nämlich dadurch das eigene Weltbild bestätigt sieht). Die Polarisierung hat eine Wunde in das gesellschaftliche Miteinander geschlagen: Wir gegen die! Die gegen uns! Wer seine „Anti-Einstellung“ nicht explizit bekundet (zu welcher Thematik auch immer), macht sich verdächtig und ist, im Umkehrschluss, wohl „pro“! So einfach geht das inzwischen, eine Schwarz-Weiß-Mentalität hat sich in unsere Weltwahrnehmung eingenistet, das Alles-oder-Nichts-Prinzip bestimmt den Diskurs. Wer für einen flexiblen Mittelweg plädiert, der wirkt oft schon altbacken.

Frieden und Streit im Sprachgebrauch

Es genügt ein Blick in unseren Sprachgebrauch, um sich eine erste Vorstellung von den Begriffen ‚Frieden‘ und ‚Streit‘ zu machen (beide Begriffe hier im Bedeutungshorizont von Konsens und Disput verstanden). Man kann interessanterweise ‚Frieden schließen‘, aber keinen Streit, diesen wohl aber schlichten. Frieden lässt sich ‚aushandeln‘, der Streit muss hingegen ‚ausgetragen‘ werden. Man kann stets zum Streiten aufgelegt sein (oder Streit suchen), beim Friedensbegriff funktioniert diese Formel nicht: Oder wie sähe es aus, wenn einer oder eine stets zum Frieden aufgelegt wäre? Ohnehin würden wir doch alle von uns behaupten: Frieden stiften zu wollen! Bei einer siegreichen Auseinandersetzung kann man dem Besiegten sogar, ein Widerspruch in sich selbst, den Frieden diktieren.

Was bei diesen hier zitierten Beispielen ins Auge fällt: Der ‚Frieden‘ will aktiv herbeigeführt werden (man muss etwas dafür tun), er gelingt nicht von selbst, während der Streit wie aus dem Nichts ‚entbrennen‘ kann, sich an etwas ‚entzündet‘ und ‚sich wie ein Flächenbrand ausweitet‘. Wer streitet, gerät aneinander oder geht im Streit auseinander, manche liegen im Streit, entscheidend aber ist die Handlungsmöglichkeit auch bei Streitenden: Der Streit lässt sich beilegen, beenden, den Streit (oder das Kriegsbeil) kann man sogar begraben.

Für die gesellschaftliche Verständigung und diskursive Flexibilität insbesondere in Demokratien haben die sich gegenseitig bedingenden Kommunikationsphänomene von Konsens und Disput eine grundlegende Funktion und Bedeutung. Umso wichtiger ist die Frage, welche Konsequenzen drohen, wenn Friede und Streit oder – mit anderen Worten – Einigung und Differenz nicht mehr als sich wechselseitig voraussetzende, sich korrigierende, auf den Prüfstand stellende Pole auftreten. Wenn sie nicht mehr als ‚Tandem‘ walten, sondern jeweils nur noch für sich selbst stehen.

„Versöhnung ist mitten im Streit“

„Ein jegliches hat seine Zeit, und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde [...]“, ist in der Bibel zu lesen, „lieben hat seine Zeit, hassen hat seine Zeit; Streit hat seine Zeit, Friede hat seine Zeit.“ (Prediger, 3,1–8) Mit diesen Versen wird die Vorstellung einer quasi zyklischen Wiederkehr widerstreitender Kräfte propagiert, da, um es mit Friedrich Hölderlin zu sagen: „Sonnenglut und Frühlingsmilde, / Streit und Frieden“ sich abwechseln.

Im Werk Hölderlins ist diese Idee vorherrschend: dass der Gegensatz eine Voraussetzung für Einheit ist; was sich widerspricht oder zurückweist, kommt (zu gegebener Zeit) erst recht zusammen oder, wie es in *Hyperion* heißt: „Wie der Zwist der Liebenden sind die Dissonanzen der Welt. Versöhnung ist mitten im Streit, und alles Getrennte findet sich wieder.“ Das Individuum (ebenso wie das Kollektiv) ist geprägt von diesen Gegensätzen, es befindet sich stets irgendwo zwischen Streit und Versöhnung, zwischen innerer Spannung und harmonischer Entfaltung, zwischen Auflösung und erneutem Aufblühen.

Aber was hat das mit uns, mit unserer heutigen Lebenswirklichkeit zu tun? Genügt es, zu behaupten, dass, ganz im Hölderlin’schen Sinne, im Konflikt das Potenzial einer Heilung liegt? Das klingt gut, aber was bedeutet es? Dass ‚Heilung‘ im Zusammenhang eines gesellschaftlichen Kollektivs ein unbedingtes Einigsein aller in allen Dingen meint? Und wie sähe ein solches einstimmiges Miteinander aus? Oder handelt es sich hier um einen kontradiktorischen und sich im ständigen Wandel befindlichen Vorgang des Sich-Näherkommens und Sich-wieder-Abwendens? Wir haben es mit einem Paradoxon zu tun: Weil wir in der Differenz (Meinungsverschiedenheit) leben, sehnen wir uns nach Einheit und Stimmigkeit. Man will sich in seiner Ansicht bestätigt fühlen! Doch je mehr wir diese Einheit erreicht zu haben glauben und uns ihrer ‚sicher‘ sind, umso mehr scheint sie wieder zu bröckeln und zerfällt in ihre Bestandteile.

Die Frage muss daher stets lauten, unter welchen Umständen Konsens zustande kommt. Wird er von oben herab ‚diktiert‘ und erzwungen, oder entsteht er idealerweise quasi organisch von ‚innen‘, sodass die nie auflösbare Meinungsvielfalt im vernünftigen Kompromiss zu einer punktuellen Einheit finden kann? Ein immer wieder aufs Neue anzukurbelnder Vorgang. Habermas hat auf die Unerlässlichkeit des „herrschaftsfreien Diskurses“ in (deliberativen) Demokratien hingewiesen, in der Konsens nicht durch Macht, sondern durch Argumentation und rationales Prüfen erreicht wird. Bei einer solchen machtfreien Kommunikation begegnen sich die Kontrahenten auf Augenhöhe. Dazu gehört auch, dass keiner der Disputanten die Deutungshoheit über den jeweiligen Sachverhalt für sich beanspruchen kann. Steht im Voraus bereits fest, wer ‚gut‘, wer ‚böse‘ ist, wer ‚auf der richtigen Seite‘ steht und wer nicht, droht der eigentlich konstitutive Austausch zu einer tautologischen Farce zu werden. Es wird nur noch diskutiert und debattiert, um zuletzt zum immer gleichen Fazit zu gelangen: Wir gegen die! In einer solchen Konstellation wird unter dem Deckmantel der Konsensfindung lediglich Selbstbestätigung betrieben.

Politische und moralische Korrektheitszwänge

Um streiten zu können, muss ein Fundament demokratischen Miteinanders gesichert sein, nämlich die in der Verfassung verankerte Rede- und Meinungsfreiheit. Wie soll man jemals eine Verständigung erzielen, wenn der Austausch von Argumenten aufgrund von zum Beispiel politischen oder moralischen Korrektheitszwängen gehemmt wird? Doch eine Frage bleibt bestehen: Kann es in Anbetracht der pluralen Betrachtungsweisen überhaupt einen immergültigen Konsens geben? Widerstrebt das Bemühen um eine Vereinheitlichung des Verschiedenen nicht sogar demokratischen Werten?

Die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe entwickelte in ihrer postmarxistischen Diskurstheorie den Ansatz einer ‚radikalen Demokratie‘, die – im Gegensatz zur ‚liberalen‘ – die Antagonismen nicht ‚aufzulösen‘ oder zu ‚neutralisieren‘ versucht, sondern gewähren lässt und in sich integriert. Der Disput versteht sich in diesem Kontext als ein konstitutives Merkmal demokratischer Formationen.

Ein Streit ideologischer Art findet sich in Thomas Manns *Der Zauberberg*: der zwischen Lodovico Settembrini und Leo Naphta. Es ist die Auseinandersetzung zwischen einem Humanisten, Rationalisten und Vertreter der Aufklärung und einem jesuitischen Intellektuellen, Mystiker, der ein autoritäres, religiös motiviertes Weltbild vertritt. Hier treffen zwei grundsätzlich verschiedene und unversöhnliche



Zunächst nur Duellanten mit Worten: Lodovico Settembrini (links, dargestellt von Flavio Bucci) und Leo Naphta (Charles Aznavour) in der „Zauberberg“-Verfilmung von 1982. © picture alliance / United Archives | United Archives / kpa

Weltanschauungen aufeinander. Die hitzigen Debatten zwischen beiden handeln von Frieden, Macht, Religion, Geschichte und der Funktion des Individuums. Wobei deutlich wird, dass aufgrund ihrer diametral entgegengesetzten Denkweisen ein Konsens auszuschließen ist: Für Settembrini lässt sich der ‚Frieden‘ nicht unabhängig von einem vernunftorientierten Fortschritt und rationalen Dialog denken; Naphta hingegen glaubt, ‚Frieden‘ könne es nur geben, wenn der Mensch sich dem Absoluten unterwirft. Dieser Disput kann zuletzt nur in einem absurden (gewaltbereiten) Schlagabtausch, einem Duell, kulminieren, den Naphta sozusagen für sich entscheidet, indem er seinem Leben selbst ein Ende setzt.

„Unselig ist dieser Frieden, ärger als jeder Krieg“

Was es bedeutet, wenn die ‚Einstimmigkeit‘ einer Gesellschaft nach außen hin zwar offiziell behauptet, aber von ‚innen‘ her nicht gegeben ist, hat zum Beispiel der albanische Autor Ismail Kadare in vielen seiner Werke aufgezeigt und literarisch verarbeitet. Ein hegemonial etablierter Konsens (absoluter Art), wie er etwa in autokratischen Systemen typisch ist, erlaubt, wenn überhaupt, nur einen Scheindisput zwecks eigener

Machtaufrechterhaltung. Wenn öffentlicher Widerspruch nicht mehr möglich ist, wenn also Konsens und Disput nicht mehr koexistieren können, sondern radikal voneinander entkoppelt werden, wie etwa im albanischen Kommunismus der Jahre 1944 bis 1990, droht Erstarrung oder ‚kommunikative Apathie‘ (in Anlehnung an Habermas’ Theorie des kommunikativen Handelns). Wenn nur noch ein extremer ‚Konsens‘ das Miteinander bestimmt (im Sinne eines: so und nicht anders), verkommen Demokratien zu technokratischen Regimen, die keine (politische) Opposition mehr kennen.

In diesem Sinne kann im Werk Kdares ein Satz wie dieser fallen: „Unselig ist dieser Frieden, ärger als jeder Krieg.“ Denn der ‚Frieden‘ kann täuschen und entpuppt sich mit der Zeit mehr als eine listige ‚Ruhe vor dem Sturm‘. Wie in Kdares Roman *Die Brücke mit den drei Bögen*: Der albanische Mönch Gjon beschreibt im Jahre 1378 den Bau einer Brücke, die sich, wie eine alte Frau im Dorf es prophezeit, als „das Rückgrat des Teufels“ erweisen wird, weil sie, sobald sie steht, den osmanischen Soldaten die Überfahrt nach Europa ermöglicht und damit eine jahrhundertelange Okkupation des Balkans durch die Osmanen einleitet. Doch weil trotz der Besetzung noch ‚Ruhe‘ herrscht, alles beim Alten zu bleiben scheint, ziehen die albanischen Grafen, die sich konformistisch zeigen und sich zu osmanischen Vasallen machen lassen, über die Warner her: „Habt ihr nicht behauptet, sagten sie, der Türke werde uns vernichten, ausplündern, in Schande setzen? Aber wir sind noch immer die Herren über unsere Gebiete. Unsere Burgen stehen noch am Platz, unsere Wappen, unsere Ehre und unsere Güter hat man nicht angetastet.“

Vielleicht vergleichbar mit Christa Wolfs *Kassandra*, wo es heißt: „Wann der Krieg beginnt, das kann man wissen, aber wann beginnt der Vorkrieg? [...] Lasst euch nicht von den Eigenen täuschen.“ Durch die Ausgrenzung des kritischen Diskurses oder das Nichternstnehmen der Warner (Kassandra erkennt den drohenden Untergang Trojas, wird aber nicht gehört) kommt es zur Katastrophe. Daher, so ließe sich mit einem weiteren Zitat aus dem Werk Kdares (*Doruntinas Heimkehr*) abschließend sagen, ist es besser, „Unstimmigkeiten auszutragen, als sie im Zeichen der Vermeidung sichtbaren Streits zu unterdrücken, denn Zank mündete schließlich stets wieder in Versöhnung, während Hader, der gar nicht richtig zum Ausbruch“ kommt und daher unverarbeitet bleibt, „auf einen Anlass der Bekundung“ wartet, „und da sich solche Bekundungsanlässe in der Regel zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort“ ergeben, sind „die Auswirkungen wesentlich verdrießlicher als die eines gewöhnlichen Streites“. Wie wäre es also, wenn der alljährlich in der Frankfurter Paulskirche vom Börsenverband des Deutschen Buchhandels verliehene Friedenspreis um die Verleihung eines Preises an Vertreter einer würdigen Streitkultur ergänzt würde?

Wenn Ideen kippen

Über die Abwehr von Extremismus

Felix Neumann
Geboren 1996 in Dresden,
Referent für Extremis-
mus- und Terrorismus-
bekämpfung, Haupt-
abteilung Analyse und
Beratung, Konrad-
Adenauer-Stiftung.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und die Landesämter für Verfassungsschutz (LfV) dienen als Frühwarnsystem gegen Bestrebungen, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland richten. Im Rahmen ihrer Amtsausübung sind

die Behörden als Inlandsnachrichtendienste für das Sammeln und Auswerten von Informationen zu extremistischen und terroristischen Bestrebungen zuständig. Aber zu welchem Zeitpunkt kommt es zum „Kippen von Ideen“, sodass der Verfassungsschutz aktiv wird? Wann überschreiten Akteure die Grenze zum Extremismus, und wie muss eine wehrhafte Demokratie damit umgehen?

Eine solche Bewertung ist aus zwei Gründen nicht immer einfach: *Erstens* verlaufen die Grenzen zwischen der „demokratischen Rechten“ beziehungsweise der „demokratischen Linken“,¹ deren radikalen Auswüchsen und dem Beginn ihrer extremistischen Strömungen oftmals fließend, sodass nicht klar entschieden werden kann, in welchem Bereich sich eine Gruppierung befindet. *Zweitens* bedienen sich jene Akteure regelmäßig einer Sprache und eines Auftretens, die Nähe zur Demokratie suggerieren sollen, um sich scheinbar der Mitte anzunähern, obwohl die eigenen ideologischen Narrative dem diametral entgegenstehen.

Einen definitorischen Rahmen der zentralen Termini bieten das Bundesministerium des Inneren (BMI) und das Bundesamt für Verfassungsschutz. Das Bundesinnenministerium definiert Extremismus als „Bestrebungen, die den demokratischen Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte, seine Normen und Regeln ablehnen [...]. Extremisten wollen die freiheitlich demokratische Grundordnung abschaffen und sie durch eine ihren jeweiligen Vorstellungen entsprechende Ordnung ersetzen. Häufig heißen sie Gewalt als ein geeignetes Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele gut, propagieren dieses oder setzen sie sogar ein.“² Das Bundesamt für Verfassungsschutz nimmt eine ergänzende Unterscheidung zum Begriff „Radikalismus“ vor: „Bei ‚Radikalismus‘ handelt es sich zwar auch um eine überspitzte, zum Extremen neigende Denk- und Handlungsweise, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits ‚von der Wurzel (lat. radix) her‘ anpacken will. Im Unterschied zum ‚Extremismus‘ sollen jedoch weder der demokratische Verfassungsstaat noch die damit verbundenen Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung beseitigt werden.“³

Sobald die Verfassungsschutzbehörden bei einer bestimmten Bestrebung Anlass für die Vermutung haben, dass sich diese gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richtet, gibt es folgende Stufen der Einordnung: Zunächst wird das Beobachtungsobjekt als Prüffall klassifiziert. Dazu müssen erste Anzeichen einer verfassungsfeindlichen Einstellung oder Aktivität erkennbar sein. Die Qualität und Quantität der Informationslage, die in dieser Stufe aus öffentlich zugänglichen Quellen besteht, reicht allerdings noch nicht aus, um von einem expliziten Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit zu sprechen. Erst nach intensiver Prüfung der Datenlage und mit zunehmender Verdichtung einer verfassungsfeindlichen Bestrebung wird der Prüffall zum Verdachtsfall.

Ab diesem Zeitpunkt dürfen die Sicherheitsbehörden auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln agieren. Darunter fällt beispielsweise der „Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observationen oder Bild- und Tonaufzeichnungen“.⁴

In einer letzten Phase kann der Verdachtsfall in die Kategorie einer extremistischen Bestrebung hochgestuft werden. „Aus der Beobachtung [...] während der Verdachtsphase muss hervorgehen, dass sich die tatsächlichen Anhaltspunkte dergestalt verdichtet haben, dass die Überzeugung besteht, dass es sich tatsächlich um extremistische Bestrebungen handelt.“⁵ Sollten die Behörden zu einem späteren Zeitpunkt zu dem Ergebnis kommen, dass jene Überzeugungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht mehr in diesem Ausmaß bestehen, kann eine Herabstufung auf einen Verdachtsfall erfolgen.

Während die Prüfung extremistischer Tendenzen nach einem klaren Schema abläuft und politische Vereinigungen betrifft, bezieht sich der Begriff Radikalisierung auf individuelle Prozesse, für die es keine Blaupause gibt. Die Forschung legt aber nahe, dass sogenannte

1 Zur Verwendung der Begrifflichkeiten „demokratische Rechte“ und „demokratische Linke“ vgl. Rudolf van Hüllen: Wie unterscheiden sich Rechtsextremisten von rechten Demokraten?, www.kas.de/de/web/extremismus/rechtsextremismus/wie-unterscheiden-sich-rechts-extremisten-von-rechten-demokraten [letzter Zugriff: 06.10.2025].

2 Bundesministerium des Innern: Extremismus, www.bmi.bund.de/DE/themen/sicherheit/extremismus/extremismus-node.html [letzter Zugriff: 06.10.2025].

3 Zur Begriffsunterscheidung siehe Bundesamt für Verfassungsschutz: Extremismus, www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/glossareintraege/DE/E/extremismus.html [letzter Zugriff: 06.10.2025].

4 Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste: Prüffall, Verdachtsfall, Vorliegen einer gesichert extremistischen Bestrebung. Definitionen und Einordnung, WD 3 - 3000 - 125/24, 28.11.2024, S. 7, www.bundestag.de/resource/blob/1035448/289912898cfd42fa378494e7da008b3e/WD-3-125-24-pdf.pdf [letzter Zugriff: 06.10.2025].

5 Verwaltungsgericht Köln: Urteil 13 K 207/20, Rn. 566, 08.03.2022.

Push- und Pull-Faktoren als Gründe für den Radikalisierungsprozess erachtet werden können. Unter Push-Faktoren werden Sachverhalte verstanden, die Individuen anfälliger für extremistische Bestrebungen machen. Darunter fallen vor allem persönliche und politische Krisen, Orientierungslosigkeit, schulische oder berufliche Misserfolge, aber auch Diskriminierungserfahrungen aufgrund von Herkunft oder Religion.

Radikalisierungsbeschleuniger Internet

Pull-Faktoren sind hingegen gezielte Angebote aus der extremistischen Szene. Neben dem Zugehörigkeitsgefühl, der Möglichkeit des internen Aufstiegs und klaren Regeln spielen auch Opfernarrative und das Angebot eines Freund-Feind-Schemas – verbunden mit der eindeutigen Benennung des vermeintlichen Problemverursachers – eine zentrale Rolle.⁶

Unabhängig von der Art des Extremismus kann man darüber hinaus feststellen, dass das Internet ein Beschleuniger von Radikalisierung ist. Der Zugang zu entsprechenden Informationen wird erleichtert, das Angebot ist vielfältig, und mittels Messengerdiensten ergeben sich einfachere Aktivierungsmöglichkeiten, so dass eine große Anzahl von Menschen schnell mobilisiert werden kann.⁷ Besonders Plattformen mit unzureichenden Regulierungsmechanismen, wie beispielsweise Telegram, erhöhen die Gefahr der Radikalisierung für (jüngere) Personen, zumal extremistische Inhalte nicht effizient gelöscht werden.

Der juristische Handwerkskoffer der wehrhaften Demokratie kann auf verschiedene Instrumente zum Schutz der Demokratie zurückgreifen. Partei-, Vereins- und Betätigungsverbote sind dabei nicht nur gängige Mittel, sie werden oftmals auch in den Medien lebhaft diskutiert.

Bisher traten lediglich zwei erfolgreiche Parteiverbotsverfahren durch das Bundesverfassungsgericht in Kraft: 1952 bei der Sozialistischen Reichspartei (SRP) sowie 1956 bei der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Zwei Verfahren gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 2003 und 2017 scheiterten hingegen. Vereinsverbote gegen extremistische Organisationen durch das Bundesinnenministerium werden häufiger ausgesprochen. Im Bereich „Rechtsextremismus“ sind bisher insgesamt zwanzig Vereine verboten worden, im Phänomenbereich „Islamismus“ neunzehn, beim Linksextremismus lediglich ein einziger. Betätigungsverbote – wie beispielsweise gegen die schiitische islamistische Organisation *Hizb Allah* – „werden gegenüber solchen ausländischen Vereinen erlassen, die im Inland nicht über nachweisbare Strukturen verfügen, bei denen allerdings unterhalb der Schwelle förmlicher Strukturen eine Betätigung im Inland nachweisbar ist.“⁸

Die Partei-, Vereins- und Betätigungsverbote verfolgen das Ziel, die Aktivitäten derer, die sich aktiv gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung stellen, zu unterbinden. So hat ein Vereinsverbot etwa zur Folge, dass ein Verein aufgelöst und das Vereinsvermögen beschlagnahmt wird. Außerdem ist die Verwendung der Vereinssymbolik und die Gründung von Nachfolgeorganisationen untersagt. Der entscheidende Vorteil des Instruments eines Vereinsverbotes ist somit das

6 Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus e. V.: Radikalisierung und Deradikalisierung, www.bag-relex.de/wissen/radikalisierung-deradikalisierung/ [letzter Zugriff: 06.10.2025].

7 Bundesamt für Verfassungsschutz: Abschlussbericht 2022. Mainstreaming und Radikalisierung in sozialen Medien, S. 8.

8 Bundesministerium des Innern: Fragen und Antworten zum Betätigungsverbot Hizb Allah, www.bmi.bund.de/SharedDocs/faqs/DE/themen/sicherheit/hizb-allah/hizb-allah-liste.html [letzter Zugriff: 06.10.2025].

Zerschlagen bestehender Strukturen. Involvierte Personen können nicht mehr auf finanzielle Ressourcen und die materielle Infrastruktur zurückgreifen, um ihre Aktivitäten zu finanzieren und durchzuführen. Die Verwendung entsprechender Symbolik, beispielsweise von Flaggen oder Abzeichen, für propagandistische Zwecke ist ebenfalls nicht möglich, wodurch der Wiedererkennungseffekt verhindert werden soll.

Langfristig gelöst sind extremistische Herausforderungen damit jedoch oftmals nicht. Insbesondere beim Rechtsextremismus lässt sich erkennen, dass die einzelnen Gruppierungen im stetigen Austausch miteinander stehen, weshalb Mitglieder einer verbotenen Organisation mit ihrem gesammelten Wissen und bestehenden Kontakten leicht Zugang zu anderen Strukturen erhalten. Eine Entfremdung vom rechtsextremen Gedankengut, also eine Deradikalisierung, lässt sich mit dem Instrument des Partei- oder Vereinsverbots meistens nicht erreichen.

Erkennen, verbieten, entgegenwirken

Der Umgang mit Extremismus ist eine komplexe Angelegenheit, die Sicherheitsbehörden, Medien und Politik – aber auch die Demokratie als Ganzes – vor große Herausforderungen stellt. Die jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichte der Länder sowie des Bundes zeigen, dass extremistische Bedrohungen aus unterschiedlichen politischen Richtungen, den sogenannten Phänomenbereichen, kommen und es sich nicht um eine singuläre Gefahr handelt.

Extremismus, ganz unabhängig von seiner entsprechenden Ausprägung, muss frühzeitig erkannt und klar benannt werden. Auch auf kleinere extremistische Ausprägungen

muss hingewiesen werden. Mit Blick auf die kommunikative Auseinandersetzung sind zwei Aspekte zentral: Zum einen ist eine Hierarchisierung des Gefahrenpotenzials unabdingbar, die Phänomenbereiche dürfen allerdings nicht politisch instrumentalisiert werden. Nach aktueller Datenlage stellt der Rechtsextremismus sowohl qualitativ als auch quantitativ die größte Bedrohung für die Demokratie dar. Die Reichsbürgerbewegung ist hingegen deutlich kleiner; sie aber nur als eine Gruppierung verirrter Rentner zu bezeichnen, wäre kommunikativ fatal. Zum anderen gehören sowohl die „demokratischen Rechte“ beziehungsweise „demokratische Linke“ als auch radikale Ideen zum Bestandteil eines demokratischen Staates.

Verbote sind ein solides, aber kein allumfängliches Mittel der wehrhaften Demokratie. Gleichermaßen wichtig sind Maßnahmen der Prävention und Deradikalisierung – beides Konzepte, die langfristig angelegt sind und keine unmittelbare Wirkung, wie etwa die von Vereinsverboten, aufweisen. Dennoch bilden sie einen Grundpfeiler bei der Bekämpfung von Extremismus, weswegen ein personeller Ausbau sowie die kontinuierliche fachliche Anpassung an aktuelle Entwicklungen auf Länder- und Bundesebene gewährleistet werden muss. Sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche Träger fördern bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ein demokratisches Werteverständnis, unterstützen ein kritisch denkendes Weltbild und beraten bei individuellen Fällen. Dadurch kann einem Abrutschen in die extremistische Szene präventiv entgegengewirkt werden; gleichzeitig eröffnen sich Möglichkeiten des effizienten Ausstiegs. Nur in diesem Zusammenspiel aus harten und weichen Maßnahmen der Extremismusprävention ist der langfristige Schutz der Demokratie sichergestellt.

Zölle, Handelskonflikte, Wirtschaftskriege

Victor Mauer

Geboren 1968, promovierter Historiker, Lehrbeauftragter am Institut für Geschichtswissenschaft, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Werner Plumpe: Gefährliche Rivalitäten. Wirtschaftskriege – von den Anfängen der Globalisierung bis zu Trumps Deal-Politik, Rowohlt Berlin Verlag, Berlin 2025, 320 Seiten, 25,00 Euro.

Was sie für die Weltordnung und Weltwirtschaft bedeuten

Wirtschafts- und Handelskriege gehören seit dem 17. Jahrhundert zur Geschichte der internationalen Beziehungen. Ob Obrigkeiten oder Staaten: Sie alle verstanden den internationalen Handel als Nullsummenspiel, in dem der eine gewinnt, was der andere verliert. Die Schädigung der wirtschaftlichen Möglichkeiten des Gegners zur eigenen Stärkung, so stellt der Frankfurter Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe fest, erschien dem Verursacher als legitim, bisweilen geradezu als zwingend. Dabei zeigt die Geschichte, dass Wirtschafts- und Handelskriege stets erhebliche Störungen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Folge hatten und in der Regel mit einem hohen Preis für beide Konfliktparteien verbunden waren.

Die Schädigung der wirtschaftlichen Möglichkeiten des Gegners zur eigenen Stärkung, so stellt der Frankfurter Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe fest, erschien dem Verursacher als legitim, bisweilen geradezu als zwingend. Dabei zeigt die Geschichte, dass Wirtschafts- und Handelskriege stets erhebliche Störungen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Folge hatten und in der Regel mit einem hohen Preis für beide Konfliktparteien verbunden waren.

Gerade deshalb setzten die Vereinigten Staaten seit den 1940er-Jahren nach dem Vorbild der *Pax Britannica* in ihrem, dem „amerikanischen Jahrhundert“ (Henry Luce), auf eine inklusive Ordnung, die in einer geteilten Weltordnung das überragende Gewicht des Ordnungstifters garantierte, zugleich aber den Teilnehmern dieser Ordnung eigene Entfaltungsmöglichkeiten bot. Konkurrierende Interessen waren Teil der *Pax Americana*, Wirtschaftskriege im eigenen Lager indes ausgeschlossen. Zu groß waren die Vorteile in dieser inklusiven Ordnung für alle Seiten.

Vor diesem Hintergrund rieb sich mancher Beobachter die Augen, als der amerikanische Präsident am 2. April 2025 im Rosengarten des Weißen Hauses den Beginn einer neuen amerikanischen Zollpolitik zum „Tag der Befreiung“ erklärte. „Wir werden Länder dafür bestrafen“, so fuhr Donald Trump fort, „dass sie in unserem Land Geschäfte machen und uns Arbeitsplätze, unseren Wohlstand und vieles andere wegnehmen.“ Die selbst gewählte Abkehr von der alten Ordnung des liberalen Internationalismus hätte kaum wirksamer inszeniert werden können. Doch manchem erschien die ausgelassene Stimmung wie der letzte Walzer auf der Titanic.

Liberaler Internationalismus

Gefährliche Rivalitäten aus der Feder von Werner Plumpe ist nicht das Buch zum Katastrophenfilm einer Ordnungsmacht, die in ihrem Abstieg zur revisionistischen Macht wird und mit ihrer gegenüber Feind *und* Freund auf Einschüchterung abzielenden Politik den Verlust von Autorität und Glaubwürdigkeit nach sich ziehen sowie Einfluss und Machtstellung der USA langfristig unterminieren wird. Aber es ist das Buch der Stunde, das in zehn Kapiteln das historische Wechselspiel von Phasen geregelter und friedlicher ökonomischer Arbeitsteilung

mit heftigen Konflikten, die von Momenten des Wirtschaftskrieges bis hin zu gewaltsam ausgetragenen Auseinandersetzungen geprägt waren, auf analytisch-brillante Weise verdeutlicht.

Die Verhaltensmuster wiederholten sich über Jahrhunderte: vom Verhältnis Portugals gegenüber der aufstrebenden niederländischen Handelsflotte zu Beginn des 17. Jahrhunderts über die Agenden des Merkantilismus zum Ende des 17. Jahrhunderts, die großen französisch-britischen Auseinandersetzungen des 18. Jahrhunderts und den Zerfall der Weltwirtschaft zwischen 1914 und 1945 bis hin zu der heutigen Rivalität zwischen den USA und der Volksrepublik China, in der der „Weltmarkt ohne Hüter“ dasteht.

Von der alten Wirtschaftsordnung, von freiem Handel und offenen Märkten hat die Bundesrepublik Deutschland wie nur wenige andere Staaten profitiert. Das hatte viel mit ihrer Integration in die Strukturen des Westens, einer Mischung aus angebotener Einbindung und selbst gewählter Bindung, zu tun. Die Angebotsseite verkörperte kein anderer Staat mehr als die Vereinigten Staaten von Amerika. Allen gegenläufigen Trends zum Trotz legten sie die Grundlagen für eine weitgehend wohl-tätige Hegemonie in den 1940er-Jahren, als der Systemkonflikt konkurrierender Ordnungs-ideen zum zwischenstaatlichen Legitimitätskonflikt mutierte. Die Kontingenz der Umstände wurde mit dem jeweils eigenen Geschichtsverständnis kurzgeschlossen, die Welt mit der Beweisführung der Inquisition in Freund und Feind eingeteilt und der Streit um Macht und Einfluss mit unerbittlicher Intensität ausgetragen, weil es um mehr ging „als um Macht, Einfluss, Interessen, in gewisser Hinsicht um mehr als das Dasein, nämlich um das Daseinsrecht“ (Peter Graf Kielmansegg).

Als „Empire by Invitation“ hat der norwegische Historiker und langjährige Direktor des Osloer Nobel-Instituts Geir Lundestad die

westliche Ordnung einmal treffend beschrieben. Die USA stabilisierten und garantierten sie zu hohen Kosten. Und sie profitierten von ihr in erheblichem Maße. Seit den Tagen von Bretton Woods im Sommer 1944 gehörte dazu auch die Überzeugung, ein System zur Stabilisierung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung etablieren und als Scharnier für die Weltwirtschaft Wirtschaftskriege künftig vermeiden zu müssen. Als Subsystem wurde die multilaterale Selbstkontrolle der europäischen Integration zum wesentlichen Baustein der *Pax Americana*.

Mit der Zeitenwende von 1989/1991 ging die Ordnung des liberalen Internationalismus gleichsam in die globale Verlängerung. Denn mit dem Ende des Kalten Krieges schickten sich die USA an, von der Führungsmacht des Westens zur Führungsmacht der Welt aufzusteigen und die internationale Ordnung dauerhaft zu prägen.

Ende einer Ordnung

Heute ist unverkennbar, dass der Versuch, den „unipolaren Moment“ (Charles Krauthammer) für die Etablierung einer neuen liberalen Weltordnung zu nutzen, an sein Ende gekommen ist. Unter der Führung der USA trägt der alte Westen eine erhebliche Verantwortung für die neue Weltunordnung. Unübersichtlichkeit und Unberechenbarkeit bestimmen die Politik des 21. Jahrhunderts. Der Zerfall der alten Ordnung weist mit der Rückkehr des Neomerkantilismus und dem Rückgriff auf Zölle als Instrument der Außenwirtschaftspolitik, ja mehr noch: auf Handels- und Wirtschaftskriege zugleich selbstzerstörerische Züge auf. Die Weltwirtschaft tritt in eine Übergangsphase mit ungewissem Ausgang.

Dass Wirtschaftskriege in Konstellationen weltwirtschaftlicher Integration „zu einem Rückgang von Leistungsfähigkeit und Wohlstandsniveau führen, ohne dass dadurch

sichergestellt wäre, dass die mit ihnen verbundenen politischen Zwecke erreicht werden“, macht Werner Plumpe deutlich. Daraus folgt zwingend, so fährt der emeritierte Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main fort, „dass Wirtschafts- und Handelskriege bestenfalls situativ und kurzfristig gerechtfertigt werden können. Dauerhaft sind sie für alle Parteien schädlich. Sie können im strengen Sinne auch nicht gewonnen werden, da anhaltender wirtschaftlicher Erfolg von gelingender Kooperation abhängt“ (S. 223).

Werner Plumpe ist weit davon entfernt, der Geschichte die Funktion einer Blaupause für Handlungsanweisungen zu erteilen. Historisches Wissen als Beitrag zur Selbstverständigung in der Gegenwart will er aber sehr wohl nutzbar machen; und das heißt: die Aufmerksamkeit dafür erhöhen, was eine kurzfristige und unüberlegte Politik langfristig anrichten kann.

Wirtschaftskriege, das betont der mit dem Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik ausgezeichnete Historiker immer wieder, sind ein Mittel zur Austragung von Konflikten, nicht ihre Ursache. Sie folgen keiner ökonomischen Rationalität, sind vielmehr Teil weitergehender politischer Rivalitäten. Und gerade das macht sie so gefährlich.

Nirgendwo wird das deutlicher als am Beispiel der amerikanisch-chinesischen Rivalität. Nicht der atemberaubende wirtschaftliche Aufschwung Chinas an sich wurde zur Herausforderung für die USA, sondern die Tatsache, dass das „Reich der Mitte“ sich nicht bereitwillig der *Pax Americana* fügte und vielmehr eigene Strukturen jenseits der amerikanischen Ordnung aufzubauen begann. „Das Ökonomische“, so konstatiert Plumpe, „wurde aufgrund seiner Dimension deshalb politisch, weil es die Gewichte und Handlungskapazitäten in der Machtkonkurrenz definitiv zu verschieben drohte“ (S. 23). Der Garant jener Ordnung, die

Vereinigten Staaten von Amerika, die Chinas Aufstieg ohne eigene Stabilisierungsbeiträge ermöglichten, sah sich plötzlich als Opfer unfairer Praktiken. Dass mangelnde Wettbewerbsfähigkeit ein nicht unerheblicher Grund für das Außenhandelsdefizit der USA ist, wird dabei ignoriert. In erfreulicher Deutlichkeit betont Werner Plumpe, dass hinter dem Niedergang älterer amerikanischer Industriegebiete nicht vorrangig die chinesische Konkurrenz stehe, sondern eine Mischung aus Bürokratisierung, fehlender technologischer Dynamik und mangelndem Konkurrenzdruck.

Welche Zukunft?

So gesehen, ist die konfrontative Politik des US-Präsidenten, der internationale Beziehungen als Nullsummenspiel und nicht auch als Kooperation zum gegenseitigen Nutzen begreift, der Versuch, die eigene Dominanz wiederherzustellen, und sei es um den Preis, in eine Ära der Wirtschaftskriege zurückzukehren. Dabei knüpft er an Rezepte der englischen Handelspolitik des 17. und 18. Jahrhunderts an. Was Donald Trump dabei übersieht, ist die Tatsache, dass „die Illusion der Handlungsfähigkeit die eigene weitgehende Unabhängigkeit von der globalen Arbeitsteilung voraussetzt“ (S. 194 f.). Tatsächlich sind die USA als immer noch größter Importmarkt der Welt heute abhängiger von der Weltwirtschaft als je zuvor. Und sie sind auf die Kooperation mit Chinas Wirtschaft angewiesen. Eine Abkopplung von der globalen Arbeitsteilung hätte somit verheerende Konsequenzen.

Damit stellt sich die Frage, die Werner Plumpe am Ende seines Buches aufwirft: „eingehegte Ordnungslosigkeit oder zerstörerischer Konflikt“? Das alte Konzept einer durch einen dominanten Akteur geprägten inklusiven Ordnung, sei es zur Zeit der *Pax Britannica*, sei es im Kalten Krieg oder zur Zeit des „unipolaren Moments“, so viel lässt sich sagen, gehört der Vergangenheit an. Die Zeit eines relativ stabilen weltwirtschaftlichen Ordnungsrahmens ist bis auf Weiteres vorüber, ein Ordnungsstifter, der die Kosten für die Aufrechterhaltung der Ordnung übernimmt, nicht in Sicht; vielmehr müssen wir von einer neuen Ordnungslosigkeit ausgehen, in der die Wahrscheinlichkeit für Wirtschaftskriege, die jegliches Regelvertrauen zerstören, ebenso sehr zunimmt wie Wachstumsverlust und Wohlfahrtseinbußen absehbar werden.

Nun mag man einwenden, dass es dauerhafte Stabilität in Ordnungen, die eine sich laufend ändernde ökonomische Welt strukturieren sollen, gar nicht gibt. Die Frage, so Werner Plumpe, „lautet immer, ob diese Erosion in neue Formen von Ordnung oder in eine ordnungslose Phase von Auseinandersetzungen und Konflikten mündet“ (S. 232). Letzteres ist jedenfalls kein „Tag der Befreiung“, wie Donald Trump meinte. Im Gegenteil: Die Erinnerung an die Zwischenkriegszeit sollte hier mahnende Warnung sein. In der gegenwärtigen Phase des Übergangs wird man womöglich schon mit permanenten Prozessen des Neuaushandelns zufriedener sein, die zumindest zeitweilig Stabilität versprechen.

Publikation Seit einiger Zeit gibt es die Kontroverse um die **politische Neutralität zivilgesellschaftlicher Organisationen** und deren Förderung durch die öffentliche Hand. Der Beitrag *Staatliche Förderung der Zivilgesellschaft* geht der Frage nach, wie Staat, Politik und Zivilgesellschaft wieder zu einem gemeinwohlorientierten Miteinander finden können.

Publikation In Deutschland leben rund 25 Millionen Menschen mit **Migrationshintergrund**, die eine bedeutende Rolle für den Ausgang von Wahlen spielen. Die Studie *Wahlverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund* untersucht und erläutert, wie sich parteipolitische Präferenzen und politische Einstellungen ausgewählter Herkunftsgruppen in den vergangenen Jahren entwickelt haben.

Publikation **Deutschlands Außenwirtschaft** steht unter Druck: Geopolitische Instabilität, wachsende Abhängigkeiten von China und stockende Handelsabkommen gefährden Wohlstand und Handlungsfähigkeit. Die Publikation *Prioritäten einer interessengeleiteten deutschen Außenwirtschaftspolitik* plädiert für eine Realpolitik, die Deutschland wirtschaftlich und sicherheitspolitisch handlungsfähig erhält.

Publikation **Rechtspopulistische Parteien** erzielen in vielen europäischen Ländern bei Wahlen mittlerweile Rekordergebnisse

und setzen die Konkurrenz im Parteiensystem zunehmend unter Druck. Die Studie *Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung* analysiert den Umgang unterschiedlicher EVP-Parteien mit rechtspopulistischen Kräften in zehn europäischen Ländern und zeigt, dass sich diese Parteien erheblich in Radikalität, Ideologie und Kooperationsbereitschaft unterscheiden und deshalb die Auseinandersetzung mit ihnen differenzierte Strategien erfordert.

Publikation Personalmangel, Ausrüstungsdefizite und organisatorische Schwächen gefährden die **Verteidigungsfähigkeit Deutschlands**. Die Analyse *Thank you for your service! Stellschrauben für eine kriegstüchtige Bundeswehr* argumentiert, dass strukturelle Reformen, mentale Wehrhaftigkeit und gesellschaftlicher Rückhalt notwendig sind, um die Bundeswehr als glaubwürdige Verteidigungskraft neu aufzustellen.

Personalie Veronika Ertl leitet seit November 2025 das Länderprojekt Jordanien mit Sitz in Amman.

Personalie Hans-Jörg Dietsche übernimmt ab Dezember 2025 das Rechtsstaatsprogramm Naher Osten und Nordafrika mit Sitz in Beirut (Libanon).

Personalie Annette Schwarzbauer wird ab Dezember 2025 die Leitung des Länderprojekts Peru mit Sitz in Lima übernehmen.

Die nächste Ausgabe erscheint im Februar 2026 zum Thema:

Lebensmittel Hoch politisch!

Mit Beiträgen unter anderen von Silvia Breher, Peter H. Feindt, Martina Meister und Andreas Mundt.

Impressum

PoM 25/Ⅴ, Nr. 593, 70. Jahrgang,
ISSN 0032-3446

Die Politische Meinung



Herausgegeben für die
Konrad-Adenauer-Stiftung von
Norbert Lammert und Bernhard Vogel†

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Geschäftsführung
Konstantin Otto
Jenny Kahlert (Assistenz)

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (02241) 2462592
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat
Stefan Friedrich, Ulrike Hospes,
Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

Verlag und Herstellung
Fromm + Rasch GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück
Telefonnummer: (0541) 310-333
kas@frommrasch.de

Konzeption und Gestaltung
Stan Hema, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen
Die Politische Meinung erscheint fünfmal im Jahr. Der Bezugspreis für fünf Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 12,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



Strix über Frankreich

Gelangweilt und spöttisch blickt die groteske Figur „Strix“ von einem Turm der Kathedrale Notre-Dame auf die französische Hauptstadt herab. Offenbar muss dieser Dämon des Streits wenig tun, damit sich sein schändliches Werk erfüllt.

„Strix“ ist keine mittelalterliche Schöpfung, sondern wurde um 1853 aufgestellt. Gemeinsam mit anderen phantastischen Wesen kommentiert die Skulptur die Zerrissenheit des damaligen Frankreichs in einer Zeit tiefgreifender gesellschaftlicher und politischer Umbrüche. Nach dem Scheitern der Julimonarchie 1848 und der Zweiten Republik 1852 errichtete Napoleon III. sein autoritäres Kaisertum.

Heute leben wir – es wird bis zur Ermüdung betont – in einer „Zeitenwende“. Doch Gesellschaft und Politik tun sich schwer, die notwendigen Anpassungsprozesse in Gang zu setzen. Frankreichs Regierungskrisen waren zuletzt ein beredtes Beispiel dafür. Aber die „Strixe“ dieser Welt blicken nicht allein auf Paris und Frankreich herab.

Foto: @picture-alliance /
Herve Champollion / akg-images



